

# Landesinfo Baden-Württemberg



Demonstration: „Spart's euch – Initiative für eine solidarische Stadt“ am 16. Juni 2016, Karlsruhe, siehe S.7

**Landesparteitag I**  
**Landesgremien**  
**neu gewählt**

S. 2

**Gesundheit**  
**Podium zur**  
**Klinikfinanzierung**

S. 8

**Rechtspopulismus**  
**Prof. Dörre**  
**Fremde - Feinde**

S. 21

**Freihandel**  
**17.09. Demo**  
**gegen TTIP, CETA**

S. 4

**Schwerpunkt Türkei**  
**Solidarität**  
**mit der HDP**

ab S. 15

**Landesparteitag II**  
**Beschlossene**  
**Anträge und**  
**Podien**

ab S. 24

**Inhalt**

■ ■ ■ ■  
 Fahrplan zur Bundestagswahl 2017 5

■ ■ ■ ■  
 Kosten bei Stuttgart 21: es wird  
 zweistellig 9

■ ■ ■ ■  
 „Das muss drin sein“ in  
 Baden-Württemberg 12

■ ■ ■ ■  
 R. Pitterle „Haben Sie schon einen  
 Briefkasten in Panama?“ 14

■ ■ ■ ■  
 H. Hänsel:  
 Militär statt Entwicklung 18

■ ■ ■ ■  
 M. Schlecht  
 Im Schatten des Brexit 18

■ ■ ■ ■  
 „Menschenrechte gibt es nur im  
 Gesamtpaket“ 20

■ ■ ■ ■  
 Weitere Beschlüsse des  
 Landesparteitages 27

**Das nächste Landesinfo** erscheint Oktober 2016.

**Redaktionsschluss** für das Landesinfo 4/2016 ist der 30. September 2016.

**Bezug:** Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Beilagenhinweis:** KLAR Zeitschrift Bundestagsfraktion

**Herausgeber und Verlag:** DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

**Redaktion:** Walter Kubach, Alfred Küstler, Matthias Paykowski, David Schecher, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortlich), Dagmar Uhlig.  
 Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Herstellung:** Landesverband DIE LINKE Baden-Württemberg e-mail: lgs@die-linke-bw.de

**Druck:** VisitYou.de, Echterdingen

**www.die-linke-bw.de/**

# Landesparteitag tagte in Stuttgart

**Auf dem Landespartei-tag am 25. und 26. Juni wurden alle Gremien der Landespartei für die Periode von zwei Jahren neu gewählt, die Gremien der Landespartei bestehen nun aus den folgenden Personen:**

**Landesvorstand (20 Sitze)**  
 In den **geschäftsführenden Landesvorstand** wurden sechs Mitglieder gewählt: Heidi Scharf (Landessprecherin, Schwäbisch-Hall), Dirk Spöri (Landessprecher, Freiburg), Kathleen Kamprath (Landesschatzmeisterin, Stuttgart), Sahra Mirow (stellv. Landessprecherin, Heidelberg), Elwis Capece (stellv. Landessprecher, Karlsruhe), Bernhard Strasdeit (Landesgeschäftsführer, Tübingen).

In den **erweiterten Landesvorstand (14 Sitze)** wurden gewählt: Daniel Anton (Freiburg), Christoph Cornides (Mannheim), Matteo Di Prima (Lörrach), Laura Halding-Hoppenheit (Stuttgart), Heide Hepach (Karlsruhe), Alexander Kauz (Emmendingen), Gregor Mohlberg (Freiburg), Biggi Ostmeier (Böblingen), Barbara Rochlitzer (Stuttgart), Alexander Relea-Linder (Ostalb), Jasmin Runge (Ravensburg), Sabine Skubsch (Karlsruhe), Jessica Tatti (Reutlingen), Claudio Wellington (Bodensee).

**Landesschiedskommission: (6 Sitze)**  
 Gewählt wurden Inge Jakowlew, Franziska Stier, Eva Vogt, Markus Hassold, Kevin Kulke, Simon Pschorr.



*Der neue geschäftsführende Landesvorstand auf dem Landesparteitag*

**Landesrevision (4 Sitze):**

Gewählt wurden Petra Braun-Seitz, Johanna Tiraks, Max Kemnitz, Steven Kunz

**Beschlüsse:**

Der Landesparteitag verabschiedete eine Resolution zu den Aufgaben des Landesverbandes und behandelte zahlreiche Anträge, die in diesem Landesinfo ab Seite 24 dokumentiert sind.

**In fünf Arbeitsforen diskutierte der Landesparteitag am zweiten Tag über:**

- Politik gegen Rechts, Integration und gleiche Rechte
- die Fortsetzung der Kampagne „das muss drin sein“
- Kommunalpolitische Handlungsfelder
- Mitglieder -, Organisationsentwicklung und Bildungsarbeit
- Landespolitik gegen Grün-Schwarz



*Landesvorstand während seiner ersten Beratung*

## Gegen eine Brutalisierung der Gesellschaft: Die Ursachen von Gewalt und Terror bekämpfen statt Rassismus schüren!

**Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Katja Kipping und Bernd Riexinger erklären:**

Der brutale Anschlag von Ansbach und die schrecklichen Gewalttaten von Würzburg und München machen vielen Menschen Angst. Die schrecklichen Taten der letzten Tage dürfen aber nicht dazu führen, dass Flüchtlinge und Asylbewerber unter Generalverdacht gestellt werden.

Alle Statistiken und Einschätzungen der Polizei und Justiz zeigen: Geflüchtete sind weder gewalttätiger noch krimineller als der Durchschnitt der Bevölkerung. Viele Flüchtlinge sind gerade vor dem Terror des IS geflohen.

Eine gefährliche Stimmungsmache gegen Geflüchtete führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu mehr Hass und einer Brutalisierung des gesellschaftlichen Klimas. Wer von „Abschiebekultur“ oder gar „Abschiedskultur“ spricht, gießt Wasser auf die Mühlen rechter Gewalttäter und Terroristen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die berechtigte Angst vor Anschlägen reaktionärer Is-

lamisten genutzt wird, um noch mehr Rassismus gegen Menschen muslimischen Glaubens zu schüren!

Wir brauchen jetzt eine besonnene und ernsthafte gesellschaftliche Diskussion über die vielschichtigen Ursachen solcher Gewalttaten und Anschläge. Jede Tat muss rechtsstaatlich beantwortet und verfolgt werden.

Der wachsende Rassismus, rechter Terror gegen Geflüchtete und Andersdenkende sowie Gewalttaten reaktionärer Islamisten sind Zeichen einer Brutalisierung der Gesellschaft. Islamistische Radikalisierung und Rassismus sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir müssen verhindern, dass sie sich wechselseitig aufschaukeln. Die Ursachen, dieser meist von jungen Männern ohne Zukunftsperspektiven verübten Gewalttaten sind vielschichtig. Aber eines steht fest: Es handelt sich nicht nur um „äußere Gefahren“, sondern auch um Krisensymptome einer gespaltenen Gesellschaft. Mehr Abschiebungen oder eine Politik des Ausnahmezustandes wie in Frankreich führen nicht zu mehr

Sicherheit. DIE LINKE steht klar gegen alle Versuche, Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken oder durch Bundeswehreinräufe im Inneren die demokratische Verfassung unseres Landes auszuhöhlen.

Wir brauchen nicht nur besonnene PolizistInnen, sondern auch mehr LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen. Alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben frei von Angst und Gewalt. Das gilt für alle Menschen, die hier geboren sind und auch für alle jene, die in unser Land geflüchtet sind. Ein sicheres Leben heißt ein Leben ohne Krieg, Armut und Diskriminierung. Wir brauchen mehr soziale Sicherheit, die den Menschen Mut zum Leben macht und die Angst vor einer ungewissen Zukunft nimmt. Neben Präventionsprogrammen gegen Gewalt braucht es gleiche Rechte und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen, die hier leben! Für eine Integrationspolitik, die den Menschen wirkliche Zukunftsperspektiven ermöglicht und mehr Unterstützung der ehrenamtlichen Willkommenskultur.

## Unser Neumitgliedertreffen: Mit Motivation und Elan in DIE LINKE

Mit über 320 Neumitgliedern seit November letzten Jahres steht DIE LINKE Baden-Württemberg gut da, im Gegensatz zu anderen Parteien sind wir ein wachsender Landesverband. Besonders erfreulich war dabei auch, dass ein ganzer Schwung neuer Eintritte in den Tagen direkt nach der Landtagswahl erfolgte – sozusagen als Zeichen der Solidarität. Mit vielen Eintritten aus den Jahrgängen der 80er und 90er ist zudem die Altersstruktur bemerkenswert und spiegelt wieder, was wir bereits bei den Landtagswahlergebnissen feststellen konnten: DIE LINKE wird besonders für junge Menschen immer attraktiver. Im Vergleich zu 2011 konnten wir bei den 18-25 Jährigen unsere Ergebnisse verdreifachen.

Höchste Zeit also für ein landesweites Neumitgliedertreffen, um die neuen Genossinnen und Genossen kennenzulernen. Rund 40 Neumitglieder aus vielen verschiedenen Kreisverbänden folgten der Einladung nach Stuttgart, wo sie von Landessprecherin Heidi Scharf begrüßt wurden. Viele kamen eher aus kleineren und ländlichen Kreisverbänden, was für die diversen regionalen Neumitgliedertreffen spricht, die bereits vorher durchgeführt wurden. Da Kennenlernen immer ein zweiseitiger Prozess ist, stellte Bernd Riexinger nach einer Vorstellungsrunde den Teilnehmenden DIE LINKE vor: Wer sind

wir, was sind die Kämpfe unserer Zeit und wie stellen wir uns eine solidarische und friedliche Gesellschaft vor. Anschließend berichtete Karin Binder über die Arbeit der Linksfraktion im Bundestag.

Anhand der ausgehängten Listen zum Eintragen boten wir fünf Diskussionsrunden mit den Themen an, die die Neumitglieder besonders bewegen: So-



ziales, Gesundheit, Arbeit und Gewerkschaft, Kampf gegen Rechts und Außenpolitik. In einer anschließenden Workshop-Phase haben wir dann gefragt: was findet ihr gut an der LINKEN, was nicht und wofür wollt ihr euch einsetzen? Die Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden wir nun im Landesvorstand aufnehmen und diskutieren. Über

die Arbeitsgruppen hinweg wurde ein Punkt besonders hervorgehoben: Alle waren sich darin einig, dass wir als DIE LINKE die einzige soziale und authentische Partei in Deutschland sind. Im abschließenden Plenum stellte Sahra Mirow für den geschäftsführenden Landesvorstand noch vor, welche politischen Angebote es im Landesverband Baden-Württemberg gibt. Reges Interesse gab

es an den Landesarbeitsgemeinschaften und auch an der Kampagne „Das muss drin sein“. Die Materialien wurden gerne mitgenommen, auch die vom Jugendverband solid und vom Studierendenverband SDS. Da die konkrete politische Arbeit letztendlich vor Ort in den Kreisverbänden stattfindet, ist eine der zentralen Aufgaben deswegen immer auch der Parteaufbau in den ländlichen Gebieten. Die vielen Neueintritte bieten hier sicher eine große Chance. Sie machen außerdem deutlich, dass wir eine wachsende und lebendige Partei sind. Die Abschlussrunde fiel entsprechend

positiv aus: Viele fühlten sich nach diesem Treffen motiviert und gestärkt, um sich vor Ort aktiv einzumischen. Ein gelungenes Ende für einen diskussionsreichen Tag in guter Atmosphäre. Vielen Dank an dieser Stelle auch an Dagmar Uhlig und Elwis Capece für ihre Hilfe an der Vorbereitung und Durchführung. Sahra Mirow

## Demonstration gegen TTIP und CETA, Stuttgart 17. September

### Die Lage in Baden-Württemberg

Es ist soweit, wir gehen in die Mobilisierungsphase für die bundesweiten Demonstrationen gegen TTIP und CETA und für einen solidarischen Handel am 17. September in sieben Städten. Auch in Stuttgart werden wir in einem eigenen DIE LINKE-Block auf die Straße gehen. Das baden-württembergische Demobündnis hat sich leider als einziges Bündnis dafür entschieden, das Parteien lediglich unterstützen, nicht aber selbst bei der Planung oder den Kundgebungen mitwirken dürfen. Die baden-württembergischen Grünen unterstützen in der Landesregierung entgegen dem Kurs ihrer Bundespartei die beiden Abkommen. Selbstverständlich gibt das baden-württembergische Bündnis hierzu an, dass beides nicht in einem Kausalzusammenhang steht. Die Lage ist aber dennoch bundesweit einmalig und stellt auch eine bewusste Entscheidung gegen die Empfehlungen des bundesweiten Bündnisses zur Beteiligung von unterstützenden Parteien dar. Gemessen an den tatsächlichen Gegebenheiten und Rückmeldungen aus dem bundesweiten und baden-württembergischen Bündnis scheint uns unsere Einschätzung auch weiterhin richtig.

Selbstverständlich lassen wir uns davon nicht abhalten und bereiten einen großen und lebendigen eigenen Block mit eigenen Redebeiträgen, Programm und Material vor. Deswegen ist es von zentraler Bedeutung, dass die landesweite Mobilisierung gut läuft. Wir empfehlen, dass die Kreisverbände jetzt schon auf die Demonstration hinweisen. Material und Vorlagen, sowohl der Bundespartei, wie auch des Landesverbandes wird den Kreisverbänden zugesendet oder gezeigt wie dieses zu erhalten ist. Ein wenig weiteres Material findet sich unter: <https://www.die-linke.de/politik/aktionen/ttip-und-ceta-stoppen/informationen-und-material/>

### Warum gegen TTIP und CETA

Gegenwärtig hat sich insbesondere Dank des Protestes in Nordamerika und Europa eine Lage entwickelt, in welcher es tatsächlich unklar geworden ist, ob das Freihandelsbündnis TTIP überhaupt

noch zu Stande kommt. Die aktuelle US-amerikanische Regierung wird TTIP nicht mehr verabschieden und auch bei den möglichen nächsten Präsident\_innen überwiegen die Zweifel. Zweifel, die auch von europäischen Parteien aufgegriffen werden und mittlerweile in Deutschland auch bei der SPD angekommen sind.

Die grundlegenden Probleme, wie Demokratieabbau, Sonderkonzerngerichte, sinkende Umwelt-, Verbraucher\_innen und Arbeitnehmer\_innenstandards bleiben aber weiter eine Gefahr, selbst wenn TTIP nicht kommen sollte. Auf der Basis des Freihandelsabkommens zwischen Kanada und der EU (CETA) ist es bspw. amerikanischen Unternehmen genauso möglich den deutschen Staat zu verklagen, wenn Gesetze deren Profite mindern, nur eben über kanadische Tochterunternehmen. Auch geht es nicht nur um TTIP und CETA, es geht um die Freihandelspolitik der EU und BRD. Eine Freihandelspolitik, welche seit Jahrzehnten schon auf die Kosten der Länder des globalen Südens geht. Deswegen stellt DIE LINKE, aber auch das bundesweite Bündnis deutlich weitergehende Forderungen und möchte in Zukunft nur noch Handelsabkommen, welche sich an internationale Umweltrichtlinien, sowie die Empfehlungen der Internationalen Arbeiterorganisation (ILO) richten.

### Material und Hilfestellung:

Material des bundesweiten Bündnisses gibt es bereits und kann kostenlos bestellt werden unter: <http://ttip-demo.de/mitmachen/flyer-plakate/>

Weitere Hilfestellungen des bundesweiten Bündnisses für den medialen Einsatz gibt es unter: <http://ttip-demo.de/mitmachen/> folgen Sie dort dem Link: Alle Werkzeuge für die Mobilisierung finden Sie in unserer praktischen Toolbox

### Busse:

Auch Busse zur Demonstration können



gechartert werden. Busfahrkarten variieren sozialverträglich im Preis zwischen 10 Euro (Sozialticket) bis 50 Euro (Solidarticket). Die Busse müssen eigenverantwortlich gechartert und die Karten vergeben werden. Alle Informationen dazu findet ihr unter: <https://ttip-busse.de/>

### Fragen und Rückmeldungen:

Wenn ihr Fragen oder Rückmeldungen habt, könnt ihr euch bei [david.schecher@heike-haensel.de](mailto:david.schecher@heike-haensel.de) melden. Bitte bedenkt, wenn es hierbei zu großem Andrang kommt, kann das Beantworten der Mails ein paar Tage dauern.

Mit freundlichen Grüßen  
David Schecher, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Heike Hänsel MdB  
Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer DIE LINKE Baden-Württemberg

Veranstaltung zu TTIP und CETA am Mittwoch 14. September um 18.30 Uhr in Geislingen/Steige mit der Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel, im Vereinsheim Glück Auf Altenstadt Auchtweide 5, 73312 Geislingen

## Game Over für TTIP und CETA

### Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Die geplanten Abkommen TTIP und CETA sind am Ende. Die Mehrheit der Bevölkerung hat zu Recht die Nase voll und auch in der SPD mehrt sich der Widerstand. Allein Sigmar Gabriel beweist erneut die moralische Integrität einer Schwingtür: verbal distanziert er sich

von TTIP, will aber gleichzeitig das kanadische Freihandelsabkommen CETA durchdrücken. Dieses Doppelspiel muss aufhören. Gabriel muss TTIP, CETA und auch TISA für gescheitert erklären. Der Vizekanzler und Wirtschaftsminister muss sich entscheiden, ob er Angela Merkel weiter dabei helfen will, eine Verfassung für Großkonzerne zu

schaffen oder ob für ihn die soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Umwelt- und Verbraucherschutz mehr zählen als Profitinteressen. Im Bundesrat könnten die geplanten Abkommen mit den Stimmen der Grünen ad acta gelegt werden. DIE LINKE steht im Bundestag und im Bundesrat bereit, TTIP und CETA ein für alle Mal zu begraben.

## Fahrplan zur Bundestagswahl 2017

### Wahl der Landesliste zum Deutschen Bundestag am 28. Januar 2017

Die nächste Bundestagswahl findet im September oder Oktober 2017 statt. Der genaue Wahltag steht derzeit noch nicht fest. Die Landesliste der Linken Baden-Württemberg wird gewählt entsprechend Bundeswahlgesetz auf einer LandesvertreterInnenversammlung am 28. Januar 2017 in Stuttgart-Möhringen. Das heißt: die 200 VertreterInnen werden ausschließlich zum Zweck der Landeslistenaufstellung gesondert auf der **Kreismitgliederversammlungen** der Kreisverbände gewählt. Der Delegiertenschlüssel wurde den Kreisverbänden bereits mitgeteilt. Stimmberechtigt bei der Wahl der VertreterInnen sind nur solche Mitglieder, die mindestens 18 Jahre alt und in Baden-Württemberg nach Wahlgesetz wahlberechtigt sind. Die VertreterInnen zur Landesversammlung am 28. Januar 2017 sind quotiert (entsprechend Landessatzung) zu wählen.

### Wahl der Direktkandidatinnen - und Kandidaten der Wahlkreise

Baden-Württemberg hat 38 Bundestagswahlkreise. Die Wahlkreisgrenzen stimmen nicht überall mit den Verwaltungsgrenzen der Landkreise und Gemeinden überein. Die 38 Direktkandidatinnen oder Direktkandidaten werden gesondert gewählt auf **Wahlkreis-Mitgliederver-**

**sammlungen**. Stimmberechtigt bei der Wahl der DirektkandidatInnen sind nur solche Mitglieder, die 18 Jahre alt sind, im Wahlkreis den Hauptwohnsitz haben und bei der Bundestagswahl wahlberechtigt sind. Die Einladung zu den Versammlungen muss schriftlich erfolgen. Eine Mustereinladung wurde vom Landesbüro versendet. Die Einladungen und die Einladelisten sind jeweils mit dem Landesbüro abzustimmen, weil es einzelne Mitglieder gibt, die im Wahlkreis zwar den Hauptwohnsitz haben, aber in anderen Kreisverbänden oder gar anderen Landesverbänden organisiert sind. Bis zur Wahl der Landesliste im Januar sollen nach Möglichkeit alle Direktkandidaturen in den Wahlkreisen feststehen.

### Vier Regionalversammlungen und Landesausschuss

Zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes und zur Vorstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Landesliste finden bis Jahresende vier regionale Mitgliederversammlungen statt: in Nordbaden, Nordwürttemberg, Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern. Die regionalen Mitgliederversammlungen haben keine wahrrechtlichen Befugnisse, sondern beratenden Charakter. Die Regionalversammlungen werden einberufen vom Landesbüro in Absprache mit den Kreisvorständen der jeweiligen Region.

Am Sonntag, 23. Oktober findet die konstituierende Sitzung des Landesausschusses statt. Dort wird unter anderem über Kriterien und Anforderungen diskutiert, die wir als Landesverband an die zukünftigen Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg haben.

### Vorwahlkampfphase und heiße Wahlkampfphase 2017

Die Kandidatinnen und Kandidaten machen sich in den Wahlkreisen bekannt und nehmen in der ersten Jahreshälfte an Seminarangeboten der Landespartei teil. Für die Vorwahlkampfphase ist ein Veranstaltungs- und Aktionsprogramm vorgesehen. Die Personenflyer und Personenplakate werden erstellt, ebenso die Landesseiten für die Bundeswahlzeitung. Die Hauptmaterialien und Plakate für die Bundestagswahl werden von der Bundespartei erstellt und an die Wahlkreise ausgeliefert. Für die zentralen und dezentralen Wahlkampfveranstaltungen wird ein landesweiter Kalender erstellt. Voraussichtlich bis Ende Juni müssen alle Wahlunterlagen bei den Ämtern bzw. Kreiswahlleitern abgegeben sein. Im Juli 2017 beginnt die heiße Wahlkampfphase. Diese wird sich voraussichtlich wieder aufteilen in eine Juliphase und eine kurze Phase nach den Sommerferien. Die Bundestagswahl findet im September oder Anfang Oktober 2017 statt.

## Mannheim braucht endlich ein kommunales Wohnungsbauprogramm für bezahlbaren Wohnraum – ein Grundstock kann jetzt gelegt werden!

Nach der neuesten Sachstandsklärung für das Konversionsgelände Franklin-Mitte soll es ein gemischter Stadtteil werden. Auch 686 Mietwohnungen unter 7,50 Euro/m<sup>2</sup> Kaltmiete und 253 Eigentumswohnungen zu einem Kaufpreis unter 2.800 Euro/m<sup>2</sup> soll es dort geben. Das wären zusammengerechnet 30% der dort geplanten Wohneinheiten für „breite Schichten der Bevölkerung“, wie es früher einmal bei der Definition des Sozialen Wohnungsbaus hieß. Die Anschaffung von bezahlbaren Eigentumswohnungen rechnen wir einmal hinzu, weil sie inzwischen auch für „Normalverdienende“ eine Option ist, um im Alter, wenn die Rente nicht mehr das ist, was sie mal war, Entlastung von den Mietkosten zu haben. Aber für die meisten „Normalverdienende“ ist das doch unerreichbar in der Kinderphase. Und für die, die jeden Cent zweimal umdrehen müssen, völlig illusorisch. Also bleiben letztlich 22% Wohnungen bis 7,50 Euro/m<sup>2</sup>. Für die 686 Mietwohnungen sollen Landesmittel der Wohnraumförderung in Anspruch genommen werden, was dann zu der

altbekannten Mietpreisbindung für 15 bis 25 Jahre führt. Auf Sullivan soll es auch nochmal ca. 200 bezahlbare Wohnungen geben, zusammen dann knapp 900 „bezahlbare Mietwohnungen“.

Was ist damit für Mannheim insgesamt gewonnen? Gegenüber dem Stand von 2008: nichts! Nicht einmal die Verluste an bezahlbaren Wohnungen werden vollständig ersetzt. In der Vorlage V352/2015 rechnet die Verwaltung selbst vor, dass zwischen 2008 und 2014 glatte 800 Wohnungen im Bereich bis 7,61 Euro/m<sup>2</sup> entfallen sind, „von 18.430 im Jahr 2008 auf aktuell 17.630“. „Die Abnahme wird vor allem durch die Verringerung des GBG-Gesamtbestandes verursacht.“ Hier sind noch nicht die 122 Wohnungen in der Neckarstadt Ost (Abriss-Projekt Main-Kinzig-Straße) sowie weitere 190 zum Abbruch vorgesehene Wohnungen in Schönau Nord eingerechnet, die im Siedlungsmonitoring-Bericht 2014 benannt werden; zusammen also ein Defizit von über 200 bezahlbaren Wohnungen trotz der Pläne auf Franklin!

Der Wohnungsbau insgesamt ist in

Mannheim durchaus als stürmisch zu bezeichnen. Seit 2015 werden Bebauungspläne umgesetzt oder neu erstellt für Wohngebiete wie Q 6/Q 7, T 4/T 5, Turley, Glücksteinquartier, Postareal, Ehemalige III. Medizinische Klinik Waldhof. Es dürften zusammengenommen gut über 1.000 Wohneinheiten sein. Aber keine einzige wird im bezahlbaren Preissegment sein – von den drei Wohngruppen auf Turley einmal abgesehen.

Wie die heilige Monstranz trägt die Gemeinderatsmehrheit vor sich die Aufgabe her, für besserverdienendes Publikum Wohnraum in Mannheim zu schaffen. Das mag ja auch gerne geschehen, braucht aber keiner besonderen kommunalen Achtsamkeit außer eben städtebaulicher Planung und in der Tat auch Erschließungskosten, die nicht wieder reinkommen.

Es wird aber ohne besondere kommunale Aufmerksamkeit und ohne finanzielle Zuschüsse keine einzige Wohnung im bezahlbaren Segment entstehen. Trotzdem wird die zweite Monstranz gepflegt und herumgetragen: „Mannheim hat (und

braucht) kein eigenes Wohnungsbauprogramm.“

Wie sollen die Menschen von der GBG-Warteliste, die zunehmenden Altersarmen, die viel zitierten jungen Familien oft ohne sichere Arbeitsplätze, die Geflüchteten mit Bleiberecht und Freizügigkeit, die Menschen in den niedrig bezahlten Serviceberufen jemals an eine Wohnung kommen, die nicht die Hälfte und mehr des Monatseinkommens auf-

frisst?

Die Monstranzen gehören in die Ecke. Ein kommunales Wohnungsbauprogramm gehört mit dem nächsten Doppelhaushalt eingerichtet. Der laufende Haushalt 2016 wird – so der neueste Halbjahresbericht – voraussichtlich mit einer Ergebnisverbesserung von 54 Millionen Euro abschließen. Von denen geht in den kommenden Jahren vielleicht die Hälfte für Folgeeffekte ab (z.B. sinkende Finanzausgleichs-

zahlungen). Aber sind nicht 20 Millionen Euro ein guter Grundstock für einen revolvierenden Wohnungsbau-Fonds in Mannheim? Der Kämmerer warnt, das Geld nicht zu verpulvern, sondern an die absehbar nachlassende Finanzkraft der kommenden Jahre für Investitionen zu denken. Mag sein, dass er Recht hat. Aber Wohnungsbau in dieser Situation wie jetzt ist garantiert eine gute Investition!

*Thomas Trüper, Stadtrat in Mannheim*

## DIE LINKE fordert kostenlosen Schulweg auch in Baden-Württemberg

DIE LINKE Baden-Württemberg empfiehlt allen Eltern, Zahlungsvorbehalt für Schulweg-Kosten zu erklären. DIE LINKE fordert Ministerpräsident Kretschmann auf, endlich dafür zu sorgen, dass Schüler auch in Baden-Württemberg kostenlos zur Schule kommen. Die Nachbarbundesländer Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz machen es bereits vor: Dort ist der Schulweg in den ersten 10 Schuljahren kostenlos. Das muss auch im reichen Baden-Württemberg möglich sein!

Dirk Spöri, Landessprecher der LINKEN Baden-Württemberg: „Mi-

nisterpräsident Kretschmann sollte sich an der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen ein Beispiel nehmen und dafür sorgen, dass der Schulweg für jedes Kind bis zur 10. Klasse kostenfrei wird. Sogar die CSU in Bayern macht auf diesem Gebiet eine sozialere Politik als die Grünen in Baden-Württemberg. Das muss sich dringend ändern, der Zugang zu Bildung muss kostenlos sein! Sogar die Landesverfassung schreibt in Artikel 11 vor, die Teilnahme am Schulunterricht unabhängig von der wirtschaftlichen Lage zu ermöglichen. Doch monatliche Fahrtkosten von 40 bis 80

Euro sind für viele Familien eine echte Belastung. Das sind immerhin 20 bis 40% des Kindergeldes. Hier muss Winfried Kretschmann jetzt handeln – im Sinne der Familien!“

DIE LINKE fordert alle Eltern im Land auf, den von der Initiative „Eltern für Elternrechte“ (elternrechte-bw.de) bereit gestellten Zahlungsvorbehalt zu unterschreiben. So können die Eltern der Forderung nach kostenlosem Schulweg Nachdruck verleihen. Zuletzt hatten mehrere Medien über die Klagen der Initiative „Eltern für Elternrechte“ vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen berichtet.

## Betrifft: Geheimpapier der Landesregierung

Gerade hatte die grün-schwarze Landesregierung unseren Städten und Gemeinden striktes Sparen ohne „Schonbereiche“ verordnet. Knapp 2,6 Mrd. Euro bis 2020, hauptsächlich bei den Landeszuschüssen für die Kommunen. Weil im Landeshaushalt angeblich kein Geld für 3.900 befristet angestellte Lehrer da sei, entlässt sie die Regierung während der Sommerferien in die Arbeitslosigkeit (und in Hartz IV), - und stellt sie im September wieder ein. Von 5.000 ausgebildeten Referendaren nicht zu reden. Eine Woche später: Grün-Schwarz genehmigt sich 98 neue Stellen in den Ministerien

und drei Staatssekretäre für 7 Mio. Euro. Im krassen Widerspruch zum „Sparen“ steht besonders das Geheimpapier von Grün-Schwarz neben dem öffentlichen Koalitionsvertrag: Es enthält eine Liste von 43 Maßnahmen in Höhe von insgesamt 2,2 Milliarden Euro, die keinen „Haushaltsvorbehalt“ haben, d.h. nicht gekürzt werden dürfen.

Dieses Vorgehen ist ein klarer Angriff auf unsere Demokratie. Denn das Haushaltsrecht des Parlaments ist das entscheidende Lenkungsinstrument, wie sich unsere Gesellschaft entwickeln soll, und deshalb das Kernstück der öffent-

lichen Diskussion. Aber hier wird wie beim-ENBW-Deal von Mappus am Parlament vorbei gehandelt. Und Kretschmann – wie ein kleines Kind beim Naschen erwischt - bagatellisiert diesen schwerwiegenden Verstoß damit, dass schon immer genascht wurde. Merke: Bei Grün-Schwarz bleibt alles beim Alten. Deshalb: Rücknahme des Papiers oder Rücktritt der Regierung heißt die Alternative!

*Dr. Emanuel Peter, Stadtrat in Rottenburg und Mitglied im Tübinger Kreistag*

## DIE LINKE unterstützt Elternprotest gegen schlechte Bezahlung der Erzieherinnen

*Rottenburg: „Wir sind besorgte Eltern der Hohenberg-Kita. Unsere Kinder gehen in die gleiche Krippengruppe. Sie müssen sich nun schon an die fünfte Erzieherin gewöhnen. In Gesprächen haben wir erfahren, dass die Situation in vielen Rottenburger Kitas ähnlich ist. Dabei brauchen gerade kleine Kinder bekannte Gesichter ihrer Erzieherinnen, um sich wohl zu fühlen, Vertrauen zu gewinnen und sich gesund zu entwickeln. Wenn wir unser Kind in eine Kita geben, erwarten wir, dass die Welt dort in Ordnung ist.“*

Bei Gesprächen mit Erzieherinnen stellte sich heraus, dass einer der Hauptgründe für den häufigen Wechsel die Eingruppierung ist, auch wenn die Stadt nach Tarif bezahlt. Erhalten sie einen Vertrag als Gruppenleiterin (S8) oder als so genannte Zweitkraft (S4). Viele haben eine Ausbildung zur Erzieherin absolviert, die dauert ca. doppelt so lange wie die zur Kinderpflegerin. Unsere Zweitkräfte sind pädagogisch top qualifiziert und keinesfalls nur für Pflege, Füttern und Anziehen der Kleinkinder zuständig. Denn sie ersetzen oft die Leitung,

betreuen, pflegen, erziehen die Kinder, planen/organisieren und führen Elterngespräche. Sie wurden mit ihrer Qualifikation eingestellt, aber als Kinderpflegerin eingruppiert und auf eine Karriere als Gruppenleiterin verdrängt. Wir wollen eine bessere Einstufung der Erzieherinnen wie in umliegenden Kommunen, auch wenn es Mehrkosten bedeutet. Das sollten uns die Kinder wert sein. Dafür wurden Unterschriften gesammelt. DIE LINKE Rottenburg unterstützte im Gemeinderat und auf der Straße diese Aktion der Eltern und Erzieherinnen.

## Karlsruhe: Spart's euch – Kampagne gegen Streichungen und Gebührenerhöhungen

Der Gemeinderat Karlsruhe soll bis 2022 in den Haushalten 400 Millionen Euro einsparen. Dazu legte der OB Mentrup ein Programm von Kürzungen, Streichungen und Gebührenerhöhungen vor, die schwere Einschnitte im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich sowie der Gesundheitsvorsorge und im ÖPNV bedeuten.

Im Gemeinderat haben nur die beiden StadträtInnen der LINKEN konsequent gegen das Sparpaket gestimmt. Alle anderen, von AFD über CDU, FDP, Grüne, SPD, FW bis zur KULT-Fraktion (mit

können ihren Lebensunterhalt nicht von ihrer Rente bestreiten und sind ebenso auf Zuschüsse angewiesen, wie mehr als 1.450 Menschen, deren Arbeitslohn nicht zum Leben reicht.

Hier ein Auszug aus der Liste der „Grausamkeiten“: Abschaffung der kostenlosen Schoolcard für SchülerInnen, Erhöhung des Mittagessens in Ganztageschulen auf 4,10 € (der tägliche Hartz IV-Ernährungssatz für Kinder ist damit aufgebraucht), Kürzung des Zuschusses für die Beförderung von Menschen mit Behinderung, Erhöhung der Eintrittspreise von Zoo und Freibädern, Kürzungen bei der kommunalen Förderung für Langzeitarbeitslose, den Sportprogrammen oder Gesundheitsprojekten. Die Zuwendungen der Stadt für die Wohlfahrtsverbände werden generell um 9 % gekürzt. D.h. Streichungen bei Maßnahmen gegen Jugendgewalt, Straßensozialarbeit, Freizeitpädagogik an Schulen, Hausaufgabenbetreuung, Beratung für Straßenprostitution, Fanprojekt, Seniorenprogramme u.v.m. 11 Millionen sollen allein beim Badischen Staatstheater eingespart werden. Überall wird das auch Arbeitsplätze kosten.

Für anderes ist aber immer Geld da: Die Kombilösung wird für die Stadt mindestens um 300 Millionen Euro teurer als geplant, 367 Mio. kostet sie die Stadt derzeit, die jährlichen Folgekosten von 30

Mio. nicht eingerechnet. Die Neue Messe wird jährlich mit 13 Mio. bezuschusst, der Stadtgeburtstag kostete 19 Mio. Auch wurde jetzt der Bau des neuen Fußballstadions beschlossen, dessen Plankosten schon von 80 auf über 100 Mio. gestiegen sind.

Dagegen hat sich das Bündnis „Spart's euch – Initiative für eine solidarische Stadt“ gebildet. Die Initiative ging vom AKT (Aktion Kollektiv Theatral) aus. Am 16. Juni demonstrierten mehr als 500 Menschen gegen die Sparmaßnahmen. Unterstützt wurde die Aktion vom Personalrat und Chor des Badischen Staatstheaters, ZKM, Ver.di-Betriebsgruppe am Klinikum, Gewerkschaften NGG, Ver.di und GEW, VVN/BdA, DIE LINKE und der Linksjugend. Der Chor des Badischen Staatstheaters sang Verdis Gefangenenchor. Seither werden alle Gemeinderatssitzungen von Protesten begleitet. Einmal spielen die Blechbläser des Badischen Staatsoρχesters, dann treten Schauspielerinnen in Kostümen auf, immer steht ein Infostand auf dem Marktplatz, der sich regen Zulaufs erfreut. Für das Bündnis sind Daseinsvorsorge, sozialer Ausgleich und kulturelle Vielfalt alternativlos. Statt die Spaltung zwischen Arm und Reich zu vergrößern, will es eine Stadt, in der Alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Auf der Gemeinderatssitzung am 26.07. wird Oberbürgermeister Mentrup den Karlsruher Doppelhaushalt vorlegen. An dem Tag ist erneut eine Demonstration geplant.

*Michel Brandt*



Piraten und Partei) treffen mit ihrer Zustimmung vor allem Menschen mit geringem Einkommen, soziale Projekte und den Kulturbetrieb.

Für Bürgermeisterin Luczak-Schwarz kommt das Haushaltsdefizit u.a. durch die gesteigerten Personalausgaben in der Sozial- und Jugendhilfe, sowie der Kinderbetreuung. Die Zustimmung zum Sparpaket begründen manche StadträtInnen mit der Verantwortung für die nachfolgende Generation. Zählen die Kinder, die von Hartz IV leben müssen, nicht dazu?

22.000 Menschen sind in Karlsruhe von Armut betroffen, darunter 5.000 Kinder. Fast 2.700 RentnerInnen über 65 Jahre

## Reutlingen: Heraus aus den geheimen Aufsichtsräten

Das Reutlinger Wochenblatt, vor Ort die auflagenstärkste Zeitung (120 000), widmete ihren Aufmacher am 21.07.2016 einem Vorstoß der beiden Stadträte der Linken Liste Jessica Tatti und Thomas Ziegler. Mit einem Antrag wollen die beiden für mehr Transparenz und Einflussnahme bei den städtischen Eigenbetrieben sorgen. Das Wochenblatt kommentiert diesen Antrag:

„Stärkung Bürgernähe, Transparenz und kommunale Demokratie: Heraus aus den geheimen Aufsichtsräten – die strategische Ausrichtung städtischer Unternehmen gehört in den Gemeinderat, mit dieser Überschrift ihres Antrags fassen die Linken ihre Anliegen zusammen.“

„Diesen Betrieben auf die Finger schauen dürfen die Stadt als Gesellschafter und der jeweilige Aufsichtsrat. In dem sitzen auch Stadträte, Jessica Tatti und Thomas Ziegler zum Beispiel in denen der Wohnungsbaugesellschaft GWG, dem Verkehrsbetrieb RSV und im Aufsichtsrat der Stadthalle, die bekanntlich auch eine GmbH ist. Nur darüber reden, was dort besprochen wird – das dürfen

Stadträte zumeist nicht. Strom, Wasser, Gas, Wohnungen, die Bäder, der Müll, der Busverkehr: In der Tat werden in diesen Unternehmen fast alle wichtigen Entscheidungen für die Menschen in der Stadt getroffen. Gegner einer weitgehenden Offenlegung des unternehmerischen Handelns dort werden nun sagen, dass dies zum Beispiel die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen könnte. Nein, es sei »unbefriedigend«, meint hingegen Ziegler, dass der Gemeinderat hier im Grunde genommen nichts zu sagen hat.

Die Diskussion wird andauern. Spannend ist das Thema allemal. Und so haben die beiden Linken – möglicherweise ja sogar nolens volens – ein Fass für das kommende »Sommerloch« aufgemacht. Ein Begriff, der übrigens positiv besetzt sein sollte. Denn dann, wenn bald alles etwas weniger hektisch zugeht, kann man sich in aller Ruhe einmal Gedanken darüber machen, ob es so bleiben soll, dass die Bürgerschaft ja nicht alles wissen muss, was sich bei RSV, GWG, Müllabfuhr(-Gebühren) und Stadtverkehr so tut. Oder ob – Stichworte: Intransparenz und Ver-

schwiegenheitspflicht – der Gemeinderat bei allen stadtpolitisch bedeutsamen Themen das Heft des Handelns in die Hand bekommen sollte.“

Dem Rechtsanwalt Thomas Ziegler ist es als Fachmann gegeben dem Gemeinderat rechtliche Nachhilfe in dieser Sache zu erteilen: So verweist er in der Antragsbegründung auf die obergerichtliche Rechtsprechung und die Fachliteratur, die im Gegensatz zur Reutlinger Praxis feststellt: „Einer Verschwiegenheitspflicht unterliegt die Kommune als Gesellschafterin einer GmbH gegenüber kommunalen Organmitgliedern im Grundsatz nicht.“ „(...) der Bürgermeister oder Landrat als Vertreter des GmbH-Gesellschafters (...) unterliegt bei der Weitergabe an einzelne Rats- oder Kreistagsmitglieder keiner Verschwiegenheitspflicht.“ Die Reutlinger Linken hoffen nun, dass es zu einer öffentlichen Debatte im Sommerloch kommt und nach der Sommerpause ein entsprechender Beschluss im Gemeinderat durchgesetzt werden kann.

*Rüdiger Weckmann (Kreisvorstand Reutlingen)*

## Böblingen: Podium zur Unterfinanzierung der Krankenhäuser

Unter dem Titel „Personalmangel im Krankenhaus gefährdet Ihre Gesundheit“ veranstaltete der Kreisverband der Linken am 29.6. eine Podiumsdiskussion im Böblinger Arbeiterzentrum. Der Sindelfinger Bundestagsabgeordnete und Stadtrat Richard Pitterle moderierte und stellte gleich klar, dass es am Abend nicht um den Klinik-Standort geht, sondern dass der Linken vor allem die mangelnde Personalausstattung Sorgen bereitet. Mit Martin Loydl, dem Geschäftsführer des Klinikverbands Südwest, mit Dr. Thomas Böhm, einem ehemaligen Betriebsrat (Verdi) des Stuttgarter Katharinenhospitals, und mit dem Linken-Parteivorsitzenden Bernd Riexinger, war das Podium mehr als prominent besetzt.

Dr. Böhm machte den Aufschlag: „Im Krankenhauswesen gibt es für mich drei Plagen, nämlich die Unterfinanzierung der laufenden Kosten, die Unterfinanzierung der Investitionen und das Preissystem, die ‚Fallpauschalen‘, das völlig falsche Anreize setzt. Wenn 40 bis 50 Prozent der Krankenhäuser rote Zahlen schreiben, dann muss doch jeder erkennen, dass hier der Fehler im System liegt und nicht an einer Misswirtschaft.“ Die Unterfinanzierung der laufenden Kosten machte er unter anderem an dem Beispiel der Ambulanzen fest: „Im Schnitt legt ein Krankenhaus pro Ambulanzfall 127 Euro drauf. Das summiert sich in einem Jahr dann schon mal schnell zur Million.“ Nachweislich liege die Einnahmensteigerung der Häuser jährlich ein Prozent unter der Preissteigerung: „Das klingt jetzt erstmal nicht viel, aber bei einem Gesamtbudget einer Klinik von 250 Millionen sind das zweieinhalb Millionen.“

Bei den Investitionskosten machte Böhm die neoliberale Politik der regierenden Parteien für die Unterfinanzierung verantwortlich. Schuldenbremse und Steuerensenkungen führten eben dazu, dass auch dem Land die notwendigen Mittel fehlten, um seinen Verpflichtungen nachzukommen: „Um nur den Bestand zu erhalten, müssten im Land 742 Millionen ausgegeben werden. Tatsächlich gibt das Land 454 Millionen. Das ist zwar viel mehr als früher, aber es reicht nicht.“ Die Häuser nähmen Kredite auf, und Abschreibungen und Zinsen summierten sich dann pro Haus auf bis zu 20 Millionen, was etwa 400 Personalstellen entspräche. „Leistungen in der Daseinsvorsorge müssen nach

Bedarf finanziert werden, eben unabhängig von der Wirtschaftlichkeit. Im Krankheitsfall geht es um Sachentscheidungen, nicht um Geldentscheidungen. Und das ‚DRG‘-System, also das Preissystem der Fallpauschalen zwingt zu Geldentscheidungen.“ Hier wird Böhm merklich emotional: Die Kolleginnen und Kollegen in den Häusern sähen sich immer mit enormem Engagement als den Puffer zwischen „zu wenig Zeit (Geld)“ und notwendiger Pflege. Seit 1996 sei die Belastung auf das Pflegepersonal nachweislich um 36 Prozent gestiegen: Dass sie Leistungen nicht verweigern wollten aber müssten, führe bei ihnen öfters zu psychischen Dissonanzen: „Manche gehen aus dem Beruf raus, manche stumpfen ab, manche verabschieden sich von ihrem Berufsethos. Dieses Preissystem setzt allen unmenschlich und unmoralisch zu.“

**„Die entscheidenden Politiker haben entweder keine Ahnung oder das System wird mit der Absicht eingesetzt, um Kliniken den Garaus zu machen oder sie zu privatisieren.“ Martin Loydl, Geschäftsführer des Klinikverbands Südwest**

„Zu den Ausführungen ist eigentlich nichts hinzuzufügen.“ Etwa die Hälfte der etwa 70 Zuhörer waren neben Patienten und weiteren Interessierten Beschäftigte der Kliniken. Sie waren dann doch etwas überrascht, als der Geschäftsführer Martin Loydl den Ausführungen Böhms weitgehend zustimmte. So meinte er zum Preissystem: „Die entscheidenden Politiker haben entweder keine Ahnung oder das System wird mit der Absicht eingesetzt, um Kliniken den Garaus zu machen oder sie zu privatisieren.“ Loydl verwies aber auch auf den Unterschied zwischen privater und öffentlicher, also kommunal geführter Klinik, und hob lobend die Kreise Calw und Böblingen hervor: „Das Kliniken bezuschusst werden müssen, ist in diesen Kreisen Konsens. Anders als zum Beispiel in Rottweil. Es geht um etwa 20 Millionen jährlich.“ Neben den Fallpauschalen kritisierte er auch die von der Politik geführte Debatte um Betten. „Es sind das Personal, die OP-Stationen oder die Intensivstation, die behandeln, nicht die Betten. Und wir müssen Leistungen vorhalten, auch wenn man sie gerade nicht braucht. Das kriegen wir durch das DRG-System nicht.“ Loydls ernüchterndes Fazit war: „Das Fallpauschalensystem wird

dazu führen, dass 500 kleine Krankenhäuser aussortiert werden. Und das haben Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums auch mal so als Ziel formuliert.“ Loydl vertrat massiv die Ansicht, dass dem Thema in der Öffentlichkeit viel zu wenig Aufmerksamkeit zukommt. „Wir brauchen einen gesellschaftlichen Diskurs, der zu einer breit getragenen Verständigung kommt, wie das Krankenhauswesen der Zukunft aussieht, und wie wir das finanzieren wollen.“

**„Im Bundestag haben die drei Parteien, die das so im Programm haben, sogar eine parlamentarische Mehrheit.“ Bernd Riexinger, Parteivorsitzender DIE LINKE**

„Gesundheit und Pflege sind mit sechs Millionen Beschäftigten die größte Branche in Deutschland. Und alle Beschäftigten sagen, dass sie ihre eigenen Ansprüche nicht umsetzen können, 80 Prozent sind sicher, ihren Job bis zur Rente nicht durchhalten zu können.“ Auch Riexinger macht als Grund dafür die angeblich alternative neoliberale Politik der Regierenden verantwortlich. „Ende der 90er wurden die Lohnnebenkosten als großes Übel ausgemacht, später dann wurden die Arbeitgeberanteile an der Krankenversicherung bei 7,2 Prozent festgeschrieben, die Kostensteigerungen werden nun nur noch die Versicherten zahlen. Krankenkassen und Kliniken wurden in die Konkurrenz geschickt, dabei haben doch im Bereich der Gesundheit und der Pflege Profitinteressen und Wettbewerb nichts zu suchen.“ Und dann legt er das Finanzierungsmodell der Linken vor: „Wir brauchen statt privater Krankenversicherungen eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Die Bemessungsgrenzen müssen weg. Aber dagegen wehren sich natürlich die Privaten und starke Lobbyverbände.“ Insgesamt würden so die Beiträge aber um fünf Prozent sinken. Und auf aktuelle Entwicklungen anspielend meinte er: „Im Bundestag haben die drei Parteien, die das so im Programm haben, sogar eine parlamentarische Mehrheit.“ Um den Pflegenotstand zu beheben, forderte er eine gesetzliche Personalbemessung. „Die Beschäftigten der Charité in Berlin haben durch Streiks eine tarifliche Personalbemessung erkämpft. Und die hatten einen guten Slogan: ‚Mehr von uns ist besser für alle.‘ Und auch für Riexinger war klar: „Das DRG-System muss weg.“

## Fahrpreiserhöhung – Muss das sein?

Gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE in der Regionalversammlung (Region Stuttgart) hat das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. eine Veranstaltung zur jährlichen Fahrpreiserhöhung im VVS (Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart) durchgeführt.

Wolfgang Hoepfner, der im Verkehrsausschuss der Regionalversammlung sitzt, referierte über die politischen Möglichkeiten der Preisgestaltung. Hoepfner ist dabei Fachmann, da er nicht nur seit 29 Jahren selbst Stadtbahnen steuert, sondern auch seit vielen Jahren als Ar-

beitnehmervertreter im Aufsichtsrat der SSB (Stuttgarter Straßenbahnen AG) sitzt. Und Fachmann muss man sein, um den Dschungel der Finanzierungswege im ÖPNV zu verstehen.

Wie zu jedem Jahresbeginn, werden höchstwahrscheinlich auch am 1.1.2017

die Fahrpreise des VVS erhöht werden. DIE LINKE in den verschiedenen Parlamenten wehrt sich dagegen, mit zunehmendem Erfolg. So wurde der Antrag der LINKEN im Landkreis Böblingen mit Stimmgleichheit denkbar knapp abgelehnt. Denn anders als gedacht machen schlussendlich nicht die Verkehrsbetriebe die Preise, sondern die Politik.

Aber von vorn: Die Verkehrsbetriebe im VVS geben nach klaren Vorgaben ihre Ausgaben an, die etwa durch Personalkosten oder Treibstoff steigen können. Die Politik bestimmt aber dann die Preiserhöhung. Laut Hoepfner geht es aber nicht nur um eine Angleichung der tatsächlichen Kosten, sondern um eine Reduzierung der Kosten für die kommunalen Haushalte. So zahlt Stuttgart im Gegensatz zu vergleichbaren Städten nur ein Viertel für ihren ÖPNV. Dage-

gen wird der Autoverkehr in Stuttgart bevorzugt. So beschloss die Regionalversammlung zum Beispiel im Mai die Aufnahme von drei Straßenbauprojekten mit Kosten von insgesamt 800 Mio. € in den Bundesverkehrswegeplan, eine Aussetzung der Fahrpreiserhöhung würde den gesamten VVS gerade mal knapp 6 Millionen kosten. Das ist eine Frage der politischen Prioritätensetzung, die bisher, trotz extremer Feinstaubbelastung, zugunsten des Autos beantwortet wird.

Als LINKE will man aber weiterhin dicke Bretter bohren und auch im nächsten Jahr gegen eine Fahrpreiserhöhung stimmen. Erfolg wird es aber erst geben, wenn genügend Druck aus der Bevölkerung kommt.

In der anschließenden Diskussion wurde nach der Aussage des SPD-

Stadtrats Körner gefragt, der in einem Zeitungsinterview angab, bei der Aufsichtsratssitzung des SSB allein gegen die Fahrpreiserhöhung gestimmt zu haben. Hoepfner hielt dagegen, dass eine Mindereinnahme bei der SSB direkt an die Mitarbeiter durchgereicht würde und der Griff in die Taschen von Beschäftigten nun mal keine linke Politik sei. Die Fahrpreiserhöhung muss im Stuttgarter Gemeinderat gestoppt werden und die Kommune muss dann die Mindereinnahmen übernehmen. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion LINKE/SÖS/PluS im Stuttgarter Gemeinderat wurde von der SPD übrigens nicht unterstützt, wie der ebenfalls anwesende Stadtrat Christoph Ozasek (DIE LINKE) mitteilte.

*Florian Vollert, Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.*

## Kreistag Tübingen: Antrag zum Gäubahn-Ausbau angenommen

**Folgender Antrag der Linken wurde mit kleinen Ergänzungen im Tübinger Kreistag einstimmig angenommen:**

Der Kreistag fordert Bundes- und Landesregierung auf, den zweigleisigen Ausbau der Gäubahn zwischen Stuttgart und Zürich im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) bis 2030 als „vordringlichen Bedarf“ und nicht als „potentiellen Bedarf“ einzustufen und demzufolge mit Planung und Ausbau der Strecke sofort zu beginnen. Der Kreistag fordert den Bund auf, den Ausbau zu finanzieren und dem Öffentlichen Personennahverkehr sowie dem

Ausbau des Güterverkehrs Priorität zu geben.

Begründung der Linkefraktion:

1. Die Gäubahn-Strecke Stuttgart – Zürich gehört ebenso wie die Rheintalstrecke zu den zentralen Zulaufstrecken des neu eröffneten Gotthard-Basistunnels. Deshalb hatte sich die Bundesrepublik Deutschland im Lugano-Vertrag mit der Schweiz 1996 zum Ausbau verpflichtet.  
2. Eine Verschleppung des Ausbaus ist nicht nur wegen der internationalen Verpflichtung völlig inakzeptabel. Auch die Berufspendler aus dem Raum Ergenzingen, Horb und die gesamte Re-

gion Neckar-Alb werden dadurch stark benachteiligt.

3. Die Bundesregierung muss als Anteilseigner der Deutschen Bahn auf den DB-Vorstand einwirken, dass das 55 Milliardenprogramm „Zukunft Bahn“ eindeutig in der dringenden Sanierung von Bahnbrücken, Tunnels und Gleisen, der Priorität des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Ausbaus des Güterverkehrs („Von der Straße auf die Schiene“) anstelle einer weiteren Expansion in das europäische Ausland liegt.

## Kosten bei Stuttgart 21: es wird zweistellig

Nach drei Jahren Prüfung geht der Bundesrechnungshof zumindest intern davon aus, dass Stuttgart 21 zehn Milliarden Euro kosten wird. Damit bestätigt sich das Gutachten von Vieregge und Rössler vom Dezember 2015, in welchem von 9,8 Milliarden Euro Baukosten für S21 ausgegangen wird. „Es ist unverantwortlich jetzt weiter zu bauen. Wir fordern einen sofortigen Bau- und Vergabestopp. Die Finanzierung des Projekts ist völlig ungeklärt“, fasst Hannes Rockenbach, Fraktionsvorsitzender von SÖS-LINKE-PluS die neuen Entwicklungen zusammen. „Die Stuttgart 21-Gegner haben schon vor über einem halben Jahr mit dem Gutachten gezeigt, dass das Projekt mindestens zehn Milliarden kosten wird“, so Rockenbach weiter. „Bisher hat die Bahn unsere Zahlen immer so lange bestritten, bis es nicht mehr anders ging. Diese Salami-Taktik muss sofort ein Ende haben“, fordert Rockenbach. „Die Prognose des Bundesrechnungshofes zeigt, wie hilflos und fern jeder Realität die Appelle des OB und von Verkehrsminister Hermann im Lenkungskreis sind,

die Bahn solle Kosten- und Zeitrahmen einhalten“, ergänzt sein Kollege Thomas Adler, „tatsächlich hängt das Tunnelbahnhofprojekt am seidenen Faden.“

Die Bahn war im Jahr 2008 noch von 2,8 Milliarden Euro Gesamtkosten für Stuttgart 21 ausgegangen, bei der Volksabstimmung im Jahr 2011 wurde von Seiten der Bahn versprochen, dass das Projekt nicht über 4,5 Milliarden Euro kosten würde. Kurz nach der Volksabstimmung rechnete die Bahn schon mit 6,5 Milliarden Euro. Beim heutigen Stand muss von zehn Milliarden Euro ausgegangen werden. „Eine derart groteske Kostensteigerung ist völlig inakzeptabel“, sagt Thomas Adler. „Anfang des Jahres wurden die Umstiegskosten von Vieregge und Rössler auf zwei Milliarden Euro kalkuliert. Damit kann ein leistungs- und zukunftsfähiger Kopfbahnhof gebaut werden“, beschreibt Adler Alternativen. Die „Plan-B-Gruppe“ erarbeitet derzeit eine Umgestaltung der bereits begonnenen Baustellen – hier können ein Busbahnhof, Carsharing-Parkplätze oder Fahrradstellplätze entstehen.

„Die Mehrkosten wollen weder Stadt noch Land tragen – alle nehmen die Bahn in die Pflicht. Was dabei aber zu oft übersehen wird: jeder Euro, der in Stuttgart 21 fließt ist Steuergeld. Somit müssen wir alle für diese verantwortungslose Politik der Projektbetreiber zahlen“, fasst Thomas Adler die Kritik an Stuttgart 21 zusammen. „Neben der Finanzierung geht es aber auch um die Themen Leistungsrückbau, mangelhafter Brandschutz und die ungeklärte Hochwasserabsicherung“, bekräftigt Hannes Rockenbach die Grundsatzkritik am Bahnprojekt. „Die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Bestandsaufnahme in einer Ausschuss-Sondersitzung zu S21 verkommt zu einer weiteren Beschwichtigungssoper der Bahn AG, wenn es keine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Fakten gibt“, fordert Hannes Rockenbach „Dazu gehört auch, dass die Bahn alle Zahlen und Fakten vorher auf den Tisch legt, damit diese von allen Experten geprüft werden können“, ergänzt Thomas Adler.

*Thomas Adler, Stadtrat Stuttgart*



Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. hat am 22. Juli 2016 eine Veranstaltung zur neuen Gemeindeordnung in Heidelberg durchgeführt. Den Raum stellte dabei die Fraktion DIE LINKE/Piraten im Heidelberger Gemeinderat. Referiert hat Dr. Edgar Wunder, Kreisrat im Rhein-Neckar-Kreis und Mitglied im Landesvorstand des Vereins Mehr Demokratie zu den Themenschwerpunkten: Fraktionsrechte, Transparenz und Bürgerbegehren.

## Kommunalpolitik ohne Mandatsträger\*innen

Wir vom parteiunabhängigen Verein Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg entwerfen gerade ein Konzept für linke Kommunalpolitik ohne Mandatsträger\*innen. In vielen Kommunen und Landkreisen gibt es sozial engagierte Bürger\*innen, aber

keinen Ansprechpartner in den Kommunalparlamenten. Da bleibt dann nur außerparlamentarische Opposition, Bündnisarbeit und Guerillataktik. Wir möchten dazu allen Kreisverbänden, Ortsverbänden und interessierten Gruppen das Angebot machen, euch zu

besuchen und mit euch Ansatzpunkte für eine linke Kommunalpolitik zu finden, auch ohne Mandatsträger\*in vor Ort.

Kontakt: Petra Braun-Seitz unter [p.braun-seitz@t-online.de](mailto:p.braun-seitz@t-online.de) oder Florian Vollert unter [florian.vollert@gmx.de](mailto:florian.vollert@gmx.de)

**FREIHEIT | FRIEDEN | GLEICHHEIT | EMAN-  
ZIPATION | NACHHALTIGE ÖKOLOGIE |  
SOLIDARITÄT | SOZIALE GERECHTIGKEIT**



## Ortsgruppe Weinsberg: Industrie 4.0 - Chancen und Gefahren

Der Ortsverband Weinsberg Tal hat gemeinsam mit dem Kreisrat Johannes Müllerschön eine Diskussionsrunde zum Thema Industrie 4.0 im Garten des Ortsverbandsvorsitzenden Ralf Ritter veranstaltet. Dabei wurde erst mal geklärt, um was es geht. Die sogenannte vierte industrielle Revolution soll die zunehmende Verzahnung in der industriellen Produktion mit modernsten Informations- und Kommunikationsmitteln beschreiben. D.h. Produktionstechnik und IT-Technik sollen in einem neuen Ausmaß miteinander verschmolzen werden, ein dazu passender Begriff ist die „menschleere Fabrik“. Es geht aber auch

um die Bereiche Dienstleistung oder Logistik, so braucht ein Ticket, das über die Bahn-App gelöst wird, keine Menschen am Bahnhofsschalter mehr. Den menschenleeren Bahnhof kennen wir bereits im Weinsberger Tal. Der Begriff Industrie 4.0 wurde in Deutschland durch die Bundesregierung geprägt und von der Industrie aufgenommen. In anderen Ländern wird in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mehr die Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft untersucht.

Als Linke sehen wir die großen Potentiale der technischen Fortschritte, befürchten aber eine zunehmende

Arbeitslosigkeit. Die Entwicklung ist ja prinzipiell nicht neu. Bereits im 19. Jahrhundert wehrten sich die schlesischen Weber gegen die Einführung von mechanischen Webstühlen. Wichtig für uns ist, dass der technische Fortschritt von der Gesellschaft in ihrem Sinne gestaltet wird. Weniger Arbeit in der Industrie kann Arbeitszeitverkürzung oder aber bessere Jobs in anderen Bereichen bedeuten. Dazu ist wichtig, dass der Profit aus diesem Fortschritt nicht allein den Kapitalisten überlassen wird, sondern umverteilt wird.

Ob wir im Kapitalismus zu dieser Umverteilung in der Lage sind oder ob

er eben doch als zunehmende Gefahr für die Demokratie und die Lebensbedingungen abgeschafft werden muss,

darüber werden wir ab dem 3.9. in der Seminarreihe „Marx lesen“ des Rosa-Luxemburg-Clubs Heilbronn und der

Macher der Zeitschrift „exit“ weiterdiskutieren.  
Florian Vollert

## „Wir sind die schnellste der Partei'n“ 24h-Lauf für Kinderrechte

Am 9. und 10 Juli von 16:00 Uhr samstags bis 16:00 Uhr sonntags fand, bei zum Teil brütender Hitze, der traditionelle 24-Stunden-Lauf für Kinderrechte im Karlsruher Stadion an der Hertzstraße statt. Der Stadtjugendausschuss organisierte den Lauf und zahlreiche Teams erliefen Spenden für Projekte zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Karlsruhe. Zahlreiche Karlsruher Schulen gingen je mit zahlreichen Schüler\*innen an den Start, deren Teams schließlich sehr viele Stadionrunden erzielen konnten und demzufolge hatte das Schulteam „Fichte rennt“ mit 934 Runden die Nase vorn. Im Ranking der Partei- und parteinahen Organisationen konnte unser Team „Linke solid“, das aus Athlet\*innen der Partei DIE LINKE des KV Karlsruhe und darüber hinaus, aus unserer Linksjugend solid und aus weiteren sympathisierenden

Läufer\*innen bestand, sich Runde um Runde im Ranking auf insgesamt 697 Runden vorarbeiten. Schließlich konnten das Team der Jusos, das der Jun-

Ebenfalls wurden 254,55 € für unser Team „Linke solid“ gespendet, das Kinderrechtsorganisationen in Karlsruhe zugutekommt. Darüber hinaus wurden



noch weitere Gelder für unseren Partner-Verein Flüchtlingskinder Diyarbakir e.V. gespendet. Jedoch war man sich bei den LINKEN einig, dass die Finanzierung von Kinderschutz- und Kinderrechtsorganisationen eigentlich eine rein staatliche, bzw. öffentliche Angelegenheit sei und daher Spendengelder in einem reichen Land nicht notwendig sein dürften. Jedoch war es eine tolle Veranstaltung und ein Karlsruher Team LINKER Sportler\*innen wird auch im nächsten Jahr wieder für den 24-h-Lauf in Karlsruhe die Laufschuhe schnüren

und auch auf diese Problematik bez. leider stattfindender kommunaler Kürzungen im sozialen Bereich aufmerksam machen.

gen Union und das der Grünen/Uferlos auf der Aschenbahn bez. der Anzahl der absolvierten Stadionrunden erfolgreich eingeholt und geschlagen werden.

und auch auf diese Problematik bez. leider stattfindender kommunaler Kürzungen im sozialen Bereich aufmerksam machen.

## Gemeinderat Stuttgart: Geld stinkt - noch.

**Steuergeld sozial, ökologisch und ethisch korrekt investieren: Wir fordern eine Reform der städtischen Anlagerichtlinien.**

Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 werden Geschäftspraktiken von Banken hinterfragt. Wo wird das Geld investiert? Diese Frage stellt sich auch bei öffentlichen Vermögen. Die Debatte wird unter dem Stichwort Divestment geführt. Was bedeutet das? Übertragen auf die Spezialfonds der Stadt Stuttgart bedeutet Divestment: Raus aus fossilen Energien und raus aus der Atomenergie. Geschäftsmodelle, die Profit aus der Produktion von Militärwaffen und Munition erzielen, werden nicht mit öffentlichem Geld unterstützt. Steuergeld darf nicht mehr dort angelegt werden, wo der Entwicklung von gentechnisch veränderten Pflanzen der Weg bereitet wird oder Tierversuche stattfinden. Spekulationsgewinne aus Nahrungsmitteln oder der Ausschachtung von Mietwohnungsbeständen dürfen ebenfalls nicht mit städtischem Kapital erzielt werden.

Positiv formuliert ist Divestment ein ethisch korrektes, sozial und ökologisch nachhaltiges Anlagemodell. Dieses Ziel hat die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS in einem gemeinsamen Antrag mit B90/Grüne formuliert und setzt damit einen Impuls aus der weltweiten Divestment-Bewegung in praktische Kommunalpolitik um.

Der Leitspruch der weltweiten Klimaschutzbewegung lautet: „Wenn es falsch ist, das Klima zu zerstören, dann ist es falsch, von dieser Zerstörung zu profitieren“. Die Aktivisten führen Aktionen wie Blockaden in Braunkohleabbaugebieten durch oder stellen kritische Fragen auf Aktionärsversammlungen von Banken und Konzernen. Mit gezielten Kampagnen wird auf institutionelle Geldanleger Druck aufgebaut, um eine vollständige Dekarbonisierung aller Investments zum Schutz der Biosphäre zu vollziehen. Dekarbonisierung bedeutet den endgültigen Ausstieg aus Öl, Kohle und Erdgas anzupacken und

damit Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen.

Diesem Druck der Umweltschutzbewegung haben bereits viele Versicherer, Staats- und Pensionsfonds aber auch Kommunen nachgegeben. Gerade die Städte und Gemeinden können mit ihren Geldvermögen einen wirkungsvollen Hebel ansetzen, um Druck auf die Finanzmarktakteure aufzubauen.

Nach dem Klimagipfel in Paris lässt sich der Fakt nicht mehr wegdiskutieren, dass die Menschheit am Scheideweg steht: entweder die Menschheit schafft schnell den Übergang in die postfossile Ära, oder wir setzen uns der Gefahr eines unkontrollierten Klimawandels aus. Letzterer zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen und bedroht uns alle existenziell.

Mit dem Antrag „DIVEST NOW!“ unterstreicht unsere Fraktionsgemeinschaft, dass konsequenter Klimaschutz der Ausgangspunkt einer solidarischen und nachhaltigen Stadtpolitik ist. Denn Stuttgart

ist nicht nur der zweitbedeutendste Börsenplatz Deutschlands, sondern auch eine wohlhabende Kommune. Über eine Milliarde Euro an Steuergeldern sind aktuell in Staatsanleihen, Pfandbriefen, Unternehmensanleihen und Aktien gebunden. Aber

wie arbeitet dieses Geld tatsächlich? Zu dieser Frage hüllt sich die Stadtverwaltung seit Jahren in Schweigen. Bis zu den Sommerferien will die Kämmerei den Schleier lüften und dem Gemeinderat Vorschläge unterbreiten, wie sich Divestment in den

städtischen Anlagerichtlinien umsetzen lässt. Wir sind gespannt auf die Debatte. Klimaschutz ist für SÖS-LINKE-PluS nicht verhandelbar.

*Christoph Ozasek, Stadtrat in Stuttgart*

## „Das muss drin sein“ in Baden-Württemberg

Vor inzwischen drei Jahren wurde der Grundsatzbeschluss gefasst, mit einer Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse das Thema soziale Gerechtigkeit stärker in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken. Die fünf Kampagnenforderungen, wie die Finger einer Hand, stellen dar, was eigentlich Selbstverständlichkeiten in einem reichen Land sein müssten. Deswegen sagen wir „Das muss drin sein“.

Nun läuft unsere Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse bereits seit über zwei Jahren, es wird Zeit für eine Halbzeitbilanz. Auf dem Landesparteitag machten wir deswegen im Rahmen des Kampagnenworkshops vorab eine Rückschau zum bisherigen Verlauf der Kampagne und der Aktivitäten in Baden-Württemberg.

Sehr erfreulich ist, dass in vielen Kreisverbänden Aktivitäten stattgefunden haben, zum Teil mit viel Erfolg. Besonders erfolgreich waren unsere Aktionen dann, wenn sie an konkreten gesellschaftlichen Debatten oder Auseinandersetzungen anknüpften, beispielsweise an bestehenden Arbeitskämpfen oder Initiativen in den kommunalen Parlamenten. Dafür bieten die Materialien und Aktionsvorschläge der Kampagne eine gute Unterstützung, was in der Rückmeldungsrunde zur konkreten Umsetzung der Kampagne in den Kreisverbänden noch einmal betont wurde.

In der zweiten Hälfte der Kampagne bis zur Bundestagswahl 2017 wollen wir nun durch eine thematische Einengung der Forderungen weiteren Druck aufbauen. Konkret will sich die bundesweite Kampagne auf die Themen „Mehr Personal in Pflege und Gesundheit“ und „bezahlbare Mieten“ fokussieren. Diese

Zuspitzung auf Gesundheit und Wohnen muss aber nicht zwangsläufig von den KVen umgesetzt werden, wenn diese gerade an einem der anderen Themen ar-

beiten. Die Materialien zu Mindestsicherung statt Hartz IV, Arbeit umverteilen und Befristung und Leiharbeit stoppen werden deswegen auch weiterhin bei der Bundesgeschäftsstelle beziehbar sein. Die Themenreduktion und Zuspitzung war eine der zentralen Forderungen auf der Aktionskonferenz zur Kampagne Mitte April. Das Thema Gesundheit bietet sich insbesondere auch deswegen an, da hier an bereits bestehende Auseinandersetzungen

(z.B. Kampagne von Verdi für eine Personalmindestbemessung) angeknüpft werden kann und wir hier einen hohen Organisationsgrad der Beschäftigten vorfinden. Zudem sind die Aktionen zum Thema Gesundheit bundesweit am besten gelaufen, so auch die Bettentour im Landtagswahlkampf. Wir bekamen positive Rückmeldungen, da wir die einzige Partei waren, die das Thema Gesundheit und Krankenhausfinanzierung im Wahlkampf thematisiert hat.

Es gab weitgehende Zustimmung dafür, dass das Gesundheitsthema in BW vielerorts eine Rolle spielt oder spielen kann. In Böblingen beispielsweise wur-

de bereits eine umfangreiche Broschüre zu Personalmangel in Krankenhäusern erstellt und kreative Aktionen dazu durchgeführt. Unser Ziel wird es nun



sein, uns zu diesem Thema im LV zu vernetzen, weitere Aktionen zu diskutieren und gute Ideen aus den KVen zu verallgemeinern. Nach der Sommerpause werden wir die Aktiven zu einer Telefonkonferenz einladen, um eine Grundlage für ein landesweites Aktiventreffen im Oktober zu schaffen. Hier wollen wir die kommenden Auseinandersetzungen an den Krankenhäusern und in den Pflegeeinrichtungen vorbereiten, um mit der Kampagne ein starkes Signal für gute Arbeits- und Lebensbedingungen im Vorwahlkampf 2017 zu setzen.

*Sahra Mirow*

## „Zuwachs der Normalarbeitsverhältnisse“ - Kein Grund zur Entwarnung

„Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen: Beinahe jede und jeder dritte Kernbeschäftigte arbeitet in Teilzeit, Leiharbeit oder geringfügiger Beschäftigung. Dass vor allem der Bereich der Teilzeitbeschäftigung wächst, zeigt, dass es keinen Grund zur Entwarnung gibt. Im Gegenteil! Der Arbeitsmarkt bleibt tief gespalten. Auch 2015 war jede fünfte Beschäftigung prekär. Gerade Frauen und ausländische Erwerbstätige

stecken häufig in atypischer Beschäftigung fest und werden damit an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Für die Betroffenen bedeutet das zumeist Abhängigkeit von staatlichen Leistungen – auch im Alter – und ein Leben in permanenter Unsicherheit. Angesichts der guten wirtschaftlichen Konjunktur ist das unerträglich!“ so Klaus Ernst, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Ernst weiter: „Arbeit muss Beschäftigten ein gutes Auskommen sichern. Das geht nur, wenn diese zu fairen Bedingungen in regulärer Vollzeit arbeiten können. Die Bundesregierung muss dringend handeln und den Niedriglohnsektor eindämmen. Statt Teilzeit müssen mehr Jobs in anständig entlohnter Vollzeit geschaffen werden. Das Konzept der Guten Arbeit muss für alle gelten.“

## MdB Michael Schlecht: Mindestlohn sofort auf 10 Euro erhöhen – gemeinsam mit SPD und Grüne

**DIE LINKE fordert SPD und Grüne zu gemeinsamer Initiative auf: Bündnis für die Zukunft**

MdB Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, fordert die SPD auf, im Bundestag zusammen mit der Linksfraktion und den Grünen sofort den Mindestlohn von derzeit 8,50 Euro

auf 10 Euro zu erhöhen. MdB Michael Schlecht: „Zehn Euro Mindestlohn – DIE LINKE, SPD und Grüne könnten im Rahmen eines Bündnisses für die Zukunft diesen wichtigen Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Deutschland sofort gehen, die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag ermöglichen dies. Darüber hinaus brauchen wir dringend

eine Erhöhung auf 12 Euro, da sonst die Menschen mit Mindestlohn im Alter unter die Armutsgrenze fallen.“ In der Landeshauptstadt Stuttgart liegt für alleinstehende Mindestlohn-Beschäftigte die Finanzlücke zwischen dem Mindestlohn und dem Existenzminimum (Hartz4) bei 87 Euro pro Monat, v.a. weil die Mieten in Stuttgart so hoch sind.

## 40 Cent pro Liter statt 5.000 Euro Preisgeld.

Anlässlich der Abschaffung der Milchquote am 31.03.15 sah der oberschwäbische Europaabgeordnete Nobert Lins (CDU/EVP) „Chancen für wachstumswillige Betriebe, (...) die bisher von der Milchquote darin gebremst wurden.“

Dabei dachte er wohl eher an Großmilchbetriebe als an regionale Kleinbäuer\*innen, wie sie in Baden-Württemberg überwiegen.

Denn heute, ein Jahr nach der Ab-

schaffung der seit 30 Jahren bestehenden Milchquote, befindet sich der Milchpreis im freien Fall. Hauptgrund für den Preisverfall ist eine gigantische Überproduktion von Milch auf europäischer Ebene.

Baden-Württemberg hat mit 8% Anteil einen relativ kleinen Anteil am gesamten deutschen Milchmarkt. Dies liegt unter anderem daran, dass die Betriebe in Baden-Württemberg mit 40 Kühen im Durchschnitt relativ klein sind. Der Bundesdurchschnitt liegt mit 57 Kühen

das Doppelte sein, d.h. ungefähr das, was der Verbraucher derzeit bei Aldi, Lidl und Co. inzwischen für einen Liter Milch zahlt: 42 bis 46 Cent.

staatliche Eingriffe kategorisch aus. Er setzt stattdessen auf verstärkte Marketingmaßnahmen. Zum Beispiel will er die Verbraucher mit einem landesweiten Wettbewerb für Direktvermarktung von Milchprodukten auf regionale Produkte aufmerksam machen. Der Sieger soll 5.000 Euro erhalten.

Solche Marketingmaßnahmen sind kein geeignetes Mittel, um der Milchkrise zu begegnen, die für viele Kleinbäuer\*innen inzwischen reale Existenzbedrohung bedeutet. Als Sofortmaßnahme muss ein Mindestmilchpreis von 40 Cent pro Liter eingeführt werden, wie ihn u.a. DIE LINKE fordert. Mit Recht weist z.B. die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass die Sanierung des Milchmarktes nicht den Steuerzahler\*innen überlassen werden darf, während die Molkereien von den katastrophal niedrigen Milchpreisen profitierten. Die Arbeitsgemeinschaft fordert, dass auch die Molkereien einen finanziellen Beitrag zur Lösung der existenzbedrohenden Milchkrise leisten müssen.

Annette Groth/Bruno Albert



*Faire Milch als Gastgeschenk: MdB Annette Groth beim Stammtisch des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter in Oberteuringen (Bodenseekreis) am 26.07.16*

schaffung der seit 30 Jahren bestehenden Milchquote, befindet sich der Milchpreis im freien Fall. Hauptgrund für den Preisverfall ist eine gigantische Überproduktion von Milch auf europäischer Ebene.

In Deutschland liefern sich die vier großen Einzelhandelsketten seit Jahren einen Milchpreiskampf. Gleichzeitig erhalten Milchbauern von den Großmolkereien gegenwärtig gerade noch 20 Cent und weniger pro Liter. Der Preisdruck wird von den Discountern über die Molkereien an die Milchbäuer\*innen weitergegeben. Um ihre Erzeugerkosten decken zu können, müsste es fast

pro Betrieb deutlich höher.

Gerade aber diese Kleinbäuer\*innen trifft es dann besonders hart. Sie sind vom Milchpreisverfall in ihrer Existenz bedroht, da sie anders als die großen Betriebe, nicht in der Lage sind, ihre Produktion in einem Umfang zu erhöhen, der zum Überleben notwendig wäre. Auch EU-Subventionen schlagen erst in großen Betrieben richtig zu Buche und können so einen ausreichenden Ausgleich für den jahrelangen Verdienstausschlag bedeuten.

Angesichts dieser Krise schließt der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Hauk (CDU) allerdings

### Einladung zur Konferenz

## „Erneuerung durch Streik III“

**in Frankfurt am Main**

Fr.30.09. 16:30 Uhr bis So.02.10.2016  
15:00 Uhr

Ort: Uni Frankfurt, Hörsaalgebäude  
Campus Bockenheim  
Mertonstr. 17-21  
60325 Frankfurt/ Main

**Programm und Anmeldung unter:**  
[www.rosalux.de/streikkonferenz](http://www.rosalux.de/streikkonferenz)

## Ein „Bundesprogramm Kita- und Schulverpflegung“ fordert die Linksfraktion im Bundestag

Noch immer ist Kita- und Schulverpflegung in Deutschland mangelhaft. Die Mahlzeiten sind zu fett, zu süß und enthalten zu wenige Vitamine und Ballaststoffe. Das Essen erfüllt nicht die ernährungs-gesundheitlichen Anforderungen, ist von schlechter Qualität und schmeckt ganz einfach nicht. Nur die Hälfte der Schülerinnen und Schüler in den Ganztags-einrichtungen nimmt überhaupt an der Gemeinschaftsverpflegung teil. Betroffen sind insgesamt zwei Millionen Kita-Kinder und über vier Millionen Schülerinnen und Schüler. Ein großer Teil davon geht ohne Frühstück aus dem Haus und kommt ohne Vesper in die Schule. Das fehlende Verantwortungsbewusstsein der Eltern müssen die Kinder (oft mit schlechten Schulergebnissen) ausbaden.

Zahlen die Eltern ihre Beiträge nicht, werden die Kinder wie unlängst in Berlin vom Essen ausgeschlossen, oder sie

bekommen wie in Mannheim eben einen Teller Suppe vorgesetzt. Das ist Diskriminierung pur. In Karlsruhe sollen die Elternbeiträge für Schulverpflegung im Rahmen eines „Sparhaushaltes“ der Stadt demnächst auf über 4 Euro angehoben werden. Das können viele Eltern nicht bezahlen.

Klamme Schulträger, Kommunen mit Haushaltssperren und Länder mit der Schuldenbremse werden die Finanzierung einer hochwertigen Schulverpflegung, wie wir sie in unserem Antrag stellen, nicht erfüllen können. Deshalb fordern wir vom Bund die Mitfinanzierung, um seiner staatlichen Vor- und Fürsorgepflicht nachzukommen. Dies ist als Investition zu betrachten. Diese Vorsorge erspart den künftigen Erwachsenen viele ernährungsbedingte Erkrankungen. Die Krankenkassen müssen derzeit weit mehr als 30 Milliarden Euro pro Jahr zur Behandlung

von Diabetes, Gefäß- und Herz-Kreislauf-erkrankungen aufwenden.

Auch deshalb fordert DIE LINKE in ihrem Antrag u.a. die Einführung von verbindlichen Qualitätsstandards, frische Zubereitung des Essens mit regionalen, saisonalen und wenn möglich biologisch angebauten Zutaten, tarifliche sozialver-sicherte Beschäftigungsverhältnisse für die KüchenmitarbeiterInnen, die Einbeziehung der Jugendlichen in die Menüplanung und in die Zubereitung. Ernährungs- und Verbraucherverhalten müssen als Themen in Lehrpläne integriert werden. Und: die Mitfinanzierung des Bundes mit 4,50 Euro pro Mahlzeit muss die beitragsfreie Teilnahme für alle Kids gewährleisten.

**Antrag unter:** <http://dserver.bundestag.btg/btd/18/086/1808611.pdf>

**Weitere Infos:** [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de), Themensuche: Kita- und Schulverpflegung *Karin Binder (MdB)*

## Faire Transporte in Europa

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchten wir Euch bitten, die Europäische Bürgerinitiative „Fair Transport Europe“ zu unterzeichnen sowie unter Genossinnen und Genossen und in Eurem Umfeld für die Unterzeichnung zu werben. Der Wettbewerb um die billigsten Preise auf Europas Straßen

und Schienen wird immer mehr auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Die Folge sind Fernfahrer, die unterwegs im eigenen Auto schlafen müssen, 24-Stunden-Schichten oder „selbständige“ Lokführer. DIE LINKE unterstützt deshalb die Europäische Bürgerinitiative „Fair Transport Europe“, die über eine europäische Entsenderichtlinie durchsetzen will, dass Lohn- und Sozialstandards nicht weiter unter Druck geraten und sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im europäischen Transportgewerbe verbessern. Der diesbezügliche Beschluss unseres Parteivorstandes zur Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative geht auf einen Antrag an den letzten Bundesparteitag zurück, der an den Parteivorstand überwiesen worden war.

Bitte unterschreibt direkt online für ein Europa, in dem Beschäftigte nicht gegeneinander ausgespielt werden und sammelt nach Möglichkeiten Unterschriften bei Veranstaltungen wie Mitgliederversammlungen oder Sommerfesten. Unterschriften können noch bis zum 13. September gesammelt und eingereicht werden.

Online unterschreiben:

### Hier unterschreiben gegen Lohndumping und Sozialabbau:

[www.die-linke.de/politik/aktionen/fairer-verkehr-europa/unterschriftenaktion/](http://www.die-linke.de/politik/aktionen/fairer-verkehr-europa/unterschriftenaktion/)

### Material zur Initiative:

Unterschriftenliste zum Ausdrucken und Unterschreiben:

[www.die-linke.de/fairer-verkehr-europa](http://www.die-linke.de/fairer-verkehr-europa)  
Weitere Informationen:

### Website der Kampagne „Fair Transport Europe“ (externer Link):

[www.fairtransporteurope.de](http://www.fairtransporteurope.de)

### Beschluss des Parteivorstandes:

Unterstützung „Fair Transport Europe“ (vom 4. Juni 2016): [www.die-linke.de/fairer-verkehr-europa](http://www.die-linke.de/fairer-verkehr-europa)

Für Rückfragen oder Rückmeldungen könnt Ihr Euch gerne an den Bereich Kampagnen und Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle ([kp@die-linke.de](mailto:kp@die-linke.de), 030/24009-411) wenden.

Pascal Meiser

Leiter Bereich Kampagnen und Parteientwicklung,  
DIE LINKE, Bundesgeschäftsstelle,  
Fon: 030/24009-341



## „Haben Sie schon einen Briefkasten in Panama?“

**Der Sindelfinger Bundestagsabgeordnete der Linken, Richard Pitterle, ist immer wieder enttäuscht, wie leicht es Reichen und Konzernen gemacht wird, mit krimineller Energie Steuern zu hinterziehen: Die Cum-Ex-Geschäfte blieben 10 Jahre lang möglich, eine Aufarbeitung der Pa-**

**nama-Papers seitens Steuerfahndern ist nicht in Sicht.**

Im Zuge seiner Sommertour 2016 war Richard Pitterle zum Thema Panama Papers und Cum-Ex-Geschäfte in den Städten Horb, Rottweil, Weinheim, Tübingen und Heilbronn. In seinen Ausführungen ging er auf die Steuerhinter-

ziehung von Vermögenden und Konzernen ein.

Knapp 20 Zuhörer fanden den Weg zu der Veranstaltung der Rottweiler Linken am 13.7., als Richard Pitterle in der „Hochbrücke“ seine Ausführungen zur Steuerhinterziehung von Vermögenden und Konzernen vor den Inte-

ressierten darlegte. Er hatte dabei die so genannten Panama-Papers und die Cum-Ex-Geschäfte im Visier.

„Es war offensichtlich ein enttäuschter Mitarbeiter der Kanzlei Mossack-Fonseca, der als Whistleblower der Süddeutschen Zeitung sein Material zur Verfügung stellte. Und das Material war so umfassend, dass die Süddeutsche ein weltweites Netz von 400 Redakteuren aus 80 Ländern spannen musste, um das Material in zwei Jahren aufarbeiten zu können.“ 2,6 Terrabyte Daten entsprechen 1,5 Millionen Büchern mit 500 Seiten. Heraus kam: Mossack-Fonseca hat 44 Niederlassungen und beschäftigt 500 Mitarbeiter. Das Geschäftsmodell ist die Gründung und der Betrieb von Gesellschaften, an denen die Klienten zwar Anteile halten, selbst aber nicht als Gesellschafter oder wirtschaftlich Berechtigte erkennbar sind. Die Kanzlei ist mit Behörden und Banken der jeweiligen Länder gut vernetzt und garantiert so die schnelle Gründung, Sitzverlegung oder Vermögensübertragung der Gesellschaften. In Deutschland sind dabei nicht nur die Deutsche Bank oder die LBBW. Pitterle empört vor allem, dass die Commerzbank dabei ist, die gerade mit ihrer angeblich weißen Weste Werbung macht und in der Finanzkrise von den Steuerzahlern gerettet wurde, nun aber ihren teilweise betrügerischen Kunden hilft, genau diese Steuerzahler zu plündern: Insgesamt sind 28 deutsche Institute dabei, es geht um 1.200 Briefkastenfirmen.

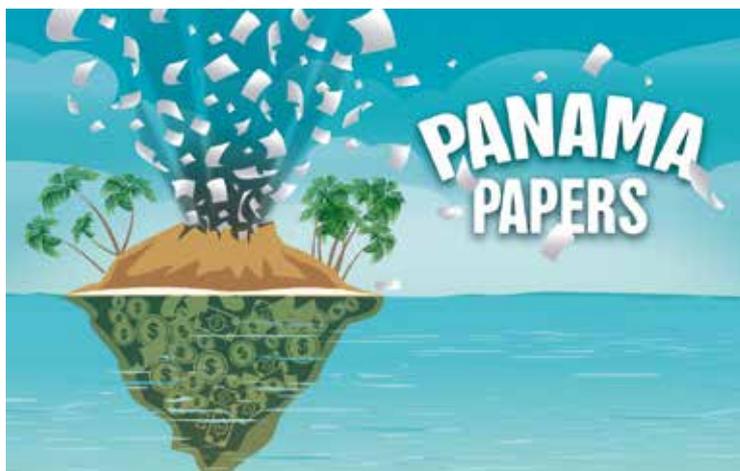
**„Wenn immer wieder Skandale bekannt werden und nichts dagegen unternommen wird, bekommen die Leute das Gefühl, die da oben‘ machen, was sie wollen, und wenden sich immer mehr von der Politik ab.“**

In Tschechien gibt es ein öffentliches Handelsregister. Da kann jeder im Internet eine Firma aufrufen und sieht dann, wer beteiligt ist. Und die Suchfunktion hat noch die Delikatesse, dass man auch einen Investor aufrufen kann, um zu se-

hen, an welchen Firmen dieser Anteile hält. So was bräuchten wir auch in Deutschland, dann wären die ganzen Verstrickungen offenbar. Aber Schäuble will das nicht mit dem recht dünnen Hinweis auf den Daten-

schutz,“ so Pitterle: „Da Steuerfahndung Ländersache ist, habe ich im neuen grünscharzen Koalitionsvertrag geschaut, aber da steht nicht, dass die Landesregierung Steuerfahnder einstellen will. Um aber die geleakten Steuerunterlagen dingfest zu machen, wäre genau das jetzt notwendig.“ Der Linkenpolitiker macht den Unwillen von Behörden, hier energisch durchzugreifen, auch für die um sich greifende Politikverdrossenheit verantwortlich: „Wenn immer wieder Skandale bekannt werden und nichts dagegen unternommen wird, bekommen die Leute das Gefühl, die da oben‘ machen, was sie wollen, und wenden sich immer mehr von der Politik ab.“ Er beklagt, dass Briefkastenfirmen benutzt werden, um den Staat um Steuereinnahmen zu betrügen: „Das bezahlt hier die Mittelschicht: Krankenschwestern, Facharbeiter, Polizisten oder Altenpfleger. Ihnen werden die Steuern gleich am Zahltag vom Lohn abgezogen, und wenn die öffentliche Hand knapp bei Kasse ist, dann steigen die Gebühren für die Kitas oder für die Müllabfuhr.“

Zu seiner Tätigkeit als Obmann der Linken im Cum-Ex-Untersuchungsausschuss erläutert er, dass es vor allem darum gehe, die Strukturen der Untätigkeit im Finanzministerium zu untersuchen. Es dauerte bis 2012, um den legalen



Steuerbetrug letztlich zu unterbinden, der bereits 2002 unter Finanzminister Eichel bekannt wurde. Bei Cum-Ex-Geschäften war es Banken möglich, durch eine geschickte Verkaufs- und Ankaufsstrategie um die jeweiligen Hauptversammlungen herum, wo die Dividenden ausgeschüttet werden, jeweiligen Anteilseignern zweimal eine steuermindernde Bescheinigung auszustellen, sie hätten die Quellensteuer abgeführt. Abgeführt wurde sie aber nur einmal. Der Schaden, der auf diese Weise den Steuerzahlern zugefügt wurde, summiert sich auf 12 Milliarden Euro. Auch hierzu gab es lang bekannte Rezepte zur Unterbindung dieses legalen Betrugs. Dennoch dauerte es zehn Jahre, bis sie angewandt wurden. „Auch dieser Betrug geht letztlich auf Kosten der hart arbeitenden Mittelschicht.“

Zuletzt gab Pitterle noch eine Anekdote aus dem Untersuchungsausschuss zum Besten: „Nach zähen Befragungen von Bankern, die sich durchweg ‚nur noch schemenhaft‘ erinnern konnten, hatten wir einen Banker da, der präzise und konkret antwortete. Als ich mich dafür bei ihm bedankte, sagte er, das sei doch selbstverständlich. Das führte im gesamten Ausschuss zu schallendem Gelächter.“

## Praktische Solidarität und Erfahrungsaustausch mit kurdischen KommunalpolitikerInnen

Die dramatische Situation im Südosten der Türkei ist bekannt. Die Regierung Erdogan betreibt einen Bürgerkrieg gegen die eigene Bevölkerung. In den kurdischen Gebieten wird mit Kriegswaffen auf Jugendliche geschossen, werden ganze Städte belagert, sind 17 Städte teilweise bzw. völlig zerstört, es herrscht der Ausnahmezustand, eine halbe Millionen Menschen sind auf der Flucht.

Aber was viele nicht wissen, es ist auch ein Versuch, Freiheit und Demokratie auf kommunal-politischer Ebene zu verwirklichen. Die Partei DBP (Demokratische Partei der Regionen) setzt auf die Kommune als Lebensort

der Menschen und vertritt nicht nur die Interessen der kurdischen Bevölkerung. Vielmehr versucht sie ein demokratisches, säkulares und pluralistisches Modell, in dem die verschiedenen Ethnien und Religionen gleichberechtigt sind, mit starken, autonomen Kommunalverwaltungen umzusetzen. DIE DBP ist landesweit in der linken Sammelpartei HDP (Demokratische Partei der Völker) organisiert. Die KommunalpolitikerInnen der DBP organisieren ihre Kommunen in schwierigsten Zeiten und haben dabei auch Erfolge auf verschiedensten Gebieten.

Wir möchten als Forum Linke Kom-

munalpolitik in Baden-Württemberg e.V. und LAG Migration - Antirassismus bei der LINKEN ermöglichen, dass es zum Austausch zwischen linken KommunalpolitikerInnen kommt. Wir möchten an unsere Delegationen zu den Parlamentswahlen im Juni und November 2015 und Newroz 2016 anknüpfen. Wir wollen einerseits auf die dramatische Lage in der Südosttürkei aufmerksam machen und Solidarität mit den kurdischen KommunalpolitikerInnen, BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen, aufbauen. Ihnen droht für ihr Engagement Amtsenthebung, Verfolgung und Gefängnis. Ein Ziel ist, dass MandatsträgerInnen,

Kreisverbände oder über einen entsprechenden Antrag ganze Gemeinden Patenschaften für die KollegInnen übernehmen. Andererseits wollen wir uns über die Ziele und bereits errungenen Erfolge der DBP-Politiker informieren und austauschen. Wir als linke KommunalpolitikerInnen können von ihnen sicher etwas lernen.

#### Unser Angebot an Euch ist:

1. Infotreffen in eurem Ort oder

Kreis. Unsere ReferentInnen waren alle bereits vor Ort und können über die Lage berichten. Gemeinsam können wir Patenschaften, Zeitungsberichte oder Anträge besprechen.

2. Landesweite Beratung im November mit KommunalpolitikerInnen und Interessierten zusammen mit einer Delegation von DBP-KommunalpolitikerInnen.

3. Musterantrag für eine Patenschaft von baden-württembergischen Gemeinden mit Gemeinden in den kurdischen Gebieten der Türkei bzw. mit bedrohten KommunalpolitikerInnen.

*Florian Vollert (für das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V.)*

*Gökay Akbulut, Rudolf Bürgel, (für die LAG Migration – Antirassismus bei der LINKEN)*



Krieg im türkischen Kurdistan: Diyarbakir-Sur Ende Februar dieses Jahres. Die Innenstadt von Diyarbakir ist eine von 16 Städten, die 2015 und 2016 völlig oder teilweise vom türkischen Militär angegriffen und zerstört wurden. In Cizre sind 9.800 Gebäude unbewohnbar geworden, die Hälfte von Sur ist mit Planierdraht und Panzern regelrecht plattgewalzt worden. In der Folge haben 500.000 Menschen die Städte verlassen und befinden sich innerhalb der Türkei auf der Flucht. Die türkische Regierung versucht auch, die kommunale Struktur der DBP, die in 110 Kommunen die BürgermeisterInnen und die Mehrheit in den Kommunalparlamenten stellt, zu zerschlagen. Seit Juni letzten Jahres wurden 59 BürgermeisterInnen inhaftiert, 23 befinden sich derzeit im Gefängnis. 34 wurden von der türkischen Regierung abgesetzt. An die 100 GemeinderätInnen befanden sich in Haft, z.Zt. sind 41 inhaftiert. 37 wurden abgesetzt.

## Parlamentarier schützen Parlamentarier

Richard Pitterle nimmt an der Aktion „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ des Bundestags teil und hat für die Abgeordnete im türkischen Parlament, Dirayet Tasdemir, eine Patenschaft übernommen. Tasdemir ist Abgeordnete für die linke Partei HDP, deren Mitglieder in der Türkei einem zunehmenden Verfolgungsdruck ausgesetzt sind. Zuletzt wurde ihre Immunität aufgehoben und Verfahren gegen

alle HDP-Abgeordnete eingeleitet. Hintergrund ist die zunehmende und brutal geführte Auseinandersetzung der türkischen Regierung in den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei.

Pitterle begrüßt die Aktion, bei der nicht nur gefährdete Parlamentarier, sondern auch Journalisten und Rechtsanwälte begleitet werden. Sie alle werden aufgrund ihres Engagement für Menschenrechte und

Demokratie in vielen Ländern der Erde verfolgt. „Ich hoffe durch diese Patenschaften kann der internationale Druck auf die Regierungen erhöht werden, die politische Gegner als Feinde bekämpfen. Auch Dirayet Tasdemir muss als Abgeordnete arbeiten können, ohne mit Gefängnishaft bedroht zu sein.“ erklärt Pitterle sein Engagement

## Kein Festakt für die Fregatte „Karlsruhe“

Die Stadt Karlsruhe unterhält seit 104 Jahren eine rege Patenschaft mit der Fregatte „Karlsruhe“. Der Karlsruher OB Mentrup plant einen Festakt für die Fregatte, die 2017 außer Dienst gestellt werden soll. Es ist das fünfte Kriegsschiff seit der Kaiserlichen Marine, das zweite der Bundesmarine, das den Namen Karlsruhe trägt. Der OB meint, dass Karlsruhe dankbar sein müsse, wenn der Name der Stadt auf den Weltmeeren vertreten wird.

Derzeit befindet sich die Fregatte „Karlsruhe“ im Kriegseinsatz im Mittel-

mehr vor der libyschen Küste. Die EU-Operation EUNAVOR MED hat folgenden Auftrag: „Die Schiffe des Verbands dürfen in internationalen Gewässern Boote anhalten und durchsuchen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie von Schleusern genutzt werden. Sie können beschlagnahmt und umgeleitet, Schleusereverdächtige an Bord eines Kriegsschiffs genommen und an einen EU-Mitgliedsstaat übergeben werden. Die Schiffe sind nach dem Völkerrecht, dem Mandat und den Einsatzregeln („Rules of Engagement“) berechtigt, mi-

litärische Gewalt zur Durchsetzung ihres Auftrags einzusetzen.“ (Presse- und Informationszentrum Marine, 15.03.2016) Mittlerweile ist der Auftrag auch auf Durchsuchen von Schiffen nach Waffentransporten ausgedehnt worden.

Die Proteste vom Karlsruher Stadtverband der Partei DIE LINKE, Friedensbündnis und VNN/BdA haben in den Karlsruher Medien Wellen geschlagen. In einer Presseerklärung schrieb der Stadtverband: „Wir erinnern daran, dass die ersten Schiffe mit dem Namen ‚Karlsruhe‘

Teile von militärischen Aktionen der kaiserlichen sowie der NS- Kriegsmarine waren. Vor dem Hintergrund der vielen Millionen die in den beiden Weltkriegen getötet wurden, ergibt sich überhaupt kein Anlass aus dieser belasteten Historie die Idee für einen Festakt abzuleiten. Auch die Kriegseinsätze der derzeitigen Fregatte ‚Karlsruhe‘ im Rahmen von EU und NATO-Beschlüssen waren und sind keinesfalls politisch un-

umstritten, nicht zuletzt der jetzige Einsatz als Führungsschiff beim Einsatz vor der Libyschen Küste. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger Karlsruhes glauben, dass mit solchen Einsätzen Karlsruhe würdig in der Welt vertreten wird und lehnen diese ab. ... Erst recht nicht, wenn in diesen Tagen eine heftige Diskussion über verschiedene schmerzhaft streichungen im Sozialbereich und anderen Stellen des städtischen

Haushalts stattfinden.“ Wir können uns auch der Forderung des Friedensbündnisses nach Verschrottung der Fregatte anschließen.

Im Gemeinderat fordern Sabine Zürn und Niko Fostiropoulos von der LINKEN schon seit langem die Aufkündigung der Patenschaft.

*Rudolf Bürgel*

## Türkei: »Gegen jegliche Art von Putsch«

**Gespräch mit Feleknas Uca, Abgeordnete der linken HDP. Sie berichtet von zunehmender Repression in der Türkei seit dem Aufstandsversuch.**

porus-Brücke geschlossen wurde und das Militär mit Panzern auf die Straßen fährt. Es war erst nicht klar, was passiert. Das Schlimmste war die Bombar-

Tagen als demokratische Kraft zu präsentieren. Die große Zustimmung für Erdogan könnte nun doch zu dem von ihm gewünschten Präsidialsystem führen. Auf diese Weise kommt man direkt in den nächsten Putsch. Wir sprechen von einer Regierung, die gerade eine Zerreißprobe erlebt. Es gibt mächtige Probleme mit dem Militär und zahlreiche Festnahmen und Entlassungen in allen institutionellen Bereichen. Gleichzeitig wurde in AKP-Kreisen die Aufforderung weiterverbreitet, dass Bürger sich bewaffnen sollen. Zahlreiche Nachrichten-Webseiten sind ohne Richterschluss gesperrt, überall wird eingegriffen. Das ist ein gefährlicher Zustand, die Demokratie ist in Gefahr.

*Befürchten Sie, dass die Repression gegen Kurden, Zivilgesellschaft und Linke weiter zunimmt?*

Auf jeden Fall. Seit dem Putschversuch wird aus Regierungskreisen zu Demonstrationen aufgerufen, die Menschenmassen sind auf den Straßen. Es herrscht eine Hetzstimmung gegenüber Kurden und Aleviten, zum Beispiel in Malatya oder auch in Istanbul. Es gab Übergriffe in verschiedenen Städten auf HDP-Parteibüros. Frauen wurden auf offener Straße angegriffen, Geschäftsleute beschimpft. In Nusaybin haben Sondereinheiten drei HDP-Abgeordnete angehalten, bedroht und attackiert. Es kann passieren, dass die Festnahmen ausgeweitet werden. Als nächstes sind wir Politiker dran, die Immunität unserer Abgeordneten ist bereits aufgehoben. Auch Menschenrechtsaktivisten und Demokraten sind in Gefahr, es kursieren schwarze Listen zu Journalisten.

*Auf Videos sah man viele Demonstranten islamische Parolen rufen. Welche Rolle spielt die Religion?*

Gleich nach dem Putsch wurden die Gebetshäuser von der Regierung aufgefordert, zu Demonstrationen gegen den Staatsstreich zu mobilisieren. Das ist das erste Mal in der Geschichte, dass Moscheen im Einsatz einer politischen Partei standen. Die Religion wird bei diesen Protesten ausgenutzt. Wenn das so weitergeht, muss man befürchten, dass die Islamisierung innerhalb des Landes zunimmt.

*Die HDP forderte am Tag des Putsches eine demokratische Lösung. Wie kann*



*v.l.n.r.: Sahra Mirow, Tobias Pflüger, Karin Binder, Feleknas Uca, Heike Hänsel, Gökay Akbulut beim Landesparteitag am 26. Juni*

*Frau Uca, nach dem gescheiterten Putschversuch diskutiert die türkische Regierung die Wiedereinführung der Todesstrafe. Befürchten Sie, dass dadurch die Distanz zur EU noch größer wird?*

Es kann nicht sein, dass ein Land, das von Demokratie spricht und sich der EU annähern will, von der Todesstrafe spricht. Ein Staat, der diese wiedereinführt, hat keinen Platz innerhalb der EU. Dieser Diskussion muss man sich in der Türkei stellen.

*Halten Sie es für realistisch, dass die Todesstrafe wirklich eingeführt werden könnte?*

Ja. Die rechte MHP hat bereits eine Erklärung abgegeben, dass sie das Vorhaben unterstützt. Auch Präsident Erdogan teilte mit, das Gesetz zu unterschreiben, wenn es im Parlament angenommen wird. Die Todesstrafe jetzt einzuführen, würde aber nicht zur Verurteilung der Putschisten führen. Sie kann nicht rückwirkend angewendet werden. Es bedarf erst einer Verfassungsänderung, das Parlament muss das Gesetz zuvor bewilligen.

*Wie haben Sie den Putschversuch erlebt?*

Ich war in Diyarbakir. Abends erreichte uns die Nachricht, dass die Bos-

dierung des Parlaments. Die Regierung hatte dann schnell die Gülen-Bewegung für den Putschversuch verantwortlich gemacht. Es ist ganz interessant, dass bereits bis zum nächsten Morgen hunderte Menschen festgenommen worden waren. Wie schnell kann man wissen, wer dahinter steckt?

*Was glauben Sie, wer dafür verantwortlich war?*

Im Moment wird sehr viel spekuliert. Man muss sehr vorsichtig sein, jemanden zu benennen. Es geht hier um keine Kleinigkeit, egal, von wem es ausgeht. Unter den Festgenommenen sind hohe Vertreter des Militärs, die verantwortlich waren für die Zerstörung der kurdischen Städte. Bis vor Kurzem wurden sie noch ausgezeichnet für das Töten von Zivilisten. Das widerspricht sich mit einigen Erklärungsversuchen.

*Wie verhält sich die HDP zu dem versuchten Staatsstreich?*

Wir sind gegen jegliche Art von Putsch. Weder ein militärischer noch ein ziviler darf unterstützt werden. Das haben wir noch am selben Abend erklärt. Dieser Staatsstreich war gegen die Bevölkerung insgesamt gerichtet.

*Was meinen Sie mit »zivilem Putsch«?*

Die AKP versucht sich seit einigen

diese in der jetzigen Situation erreicht werden?

Die HDP hat bei einer Fraktionssitzung am Montag einen Plan beschlossen. Die wichtigsten Punkte: Wir fordern einen Untersuchungsausschuss zu dem versuchten Staatsstreich. Dieser Antrag

wurde im Parlament von uns als einziger Partei eingereicht. Der Friedensprozess mit der PKK soll zudem wieder aufgenommen werden. Wir fordern auch die sofortige Aufhebung aller Ausgangssperren in den kurdischen Gebieten. Für eine Lösung der Staatskrise müssen

jedoch alle Parteien und Vertreter der Zivilgesellschaft an den Verhandlungstisch kommen. Die Regierung muss jetzt entscheiden, welchen Weg sie einschlagen will. Eine Lösung kann man nur gemeinsam finden.

*Quelle: Neues Deutschland, 20.7.2016*

## Militär statt Entwicklung

### Gastkolumne von Heike Hänsel (MdB), in neues deutschland

*Heike Hänsel über die Risiken der EU-Außenpolitik und den Missbrauch von Geldern*

Die Militarisierung der EU schreitet immer weiter voran – und macht auch vor klassischen Instrumenten der Friedens- und Entwicklungspolitik nicht mehr halt. Offen wird von der EU und den nationalen Regierungen Druck ausgeübt, um EU-Entwicklungsgelder noch mehr als bisher für die Ausrüstung von Militärs in Drittstaaten zu nutzen. Nun soll nach einem Vorschlag der EU-Kommission zudem das sogenannte Instrument für Stabilität und Frieden dazu verwendet werden, Drittstaaten aufzurüsten.

Auch wenn das Auswärtige Amt in Berlin darin keine Probleme sieht, wird der Ansatz wohl Juristen und Abgeordnete in Brüssel und den EU-Mitgliedsstaaten beschäftigen. Der Grund: Nicht nur die schon jetzt praktizierte Verwendung von Entwicklungsgeldern für militärische Maßnahmen widerspricht geltendem EU-Recht. Auch die weitere Verzahnung von Entwicklungshilfe und gemeinsamer Sicherheits- und Außenpolitik wird von Juristen in Brüssel und Straßburg kritisch gesehen.

Dennoch drängt zuletzt auch die Bundesregierung darauf, das für sieben Jahre mit gut 2,3 Milliarden Euro ausgestattete Instrument für Stabilität und Frieden für die Ausrüstung von Militärs in Drittstaaten zu nutzen. Damit wollen die Bundesregierung und knapp ein Dutzend weiterer EU-Mitgliedsstaaten die Aufrüstung gegen Flüchtlinge forcieren. Schon jetzt unterstützt die EU Polizeibehörden afrikanischer Staaten im Rahmen

von »Reformen des Sicherheitssektors«. Nach Angaben der EU-Kommission ist in den Jahren 2001 bis 2009 dafür eine Milliarde Euro geflossen. Nun geht es darum, auch afrikanische Armeen finanziell zu unterstützen.

Kaum eine Rolle spielt in der Debatte, dass dies – entgegen geltendem EU-Recht – schon jetzt geschieht. Mit der 2003 beschlossenen sogenannten Afrikanischen Friedensfazilität (AFF) werden militärische Maßnahmen afrikanischer Armeen unterstützt. Der Skandal: Die AFF ist Teil des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Seit über zehn Jahren werden mit Geldern aus den Entwicklungsetats der EU-Mitgliedsstaaten also Militärmissionen in Afrika finanziert.

Weil der EEF nicht zum EU-Haushalt gehört, findet all dies weitgehend ohne parlamentarische Kontrolle statt. Zudem steht dieser Missbrauch von Entwicklungsgeldern im Widerspruch zum EU-Vertrag. In dessen Artikel 208 heißt es, diese Mittel sollten für die »Reduktion und Beseitigung von Armut« verwendet werden. Die EU pervertiert dies in das genaue Gegenteil, indem sie Militärausrüstung und den Bau von Kasernen finanziert. Diese Militarisierung verschärft Konflikte und produziert neue Armut und Flüchtlinge.

Ein Blick in die Planungsdokumente der EU zeigt, wohin der Weg führt. Die sicherheits- und außenpolitischen Strategen der EU wollen die bislang offensichtlich rechtswidrige Unterstützung von Militärs in Drittstaaten ausweiten. Die Aufnahme dieses Ziels in das Instrument für Stabilität und Frieden führt dessen Auftrag ad absurdum. Denn die-

ser Fonds war ursprünglich geschaffen worden, um Krisenbewältigung und Versöhnungsarbeit zu finanzieren.

Die Realität sieht aber längst anders aus. In der EU-Ratsarbeitsgruppe für Entwicklungszusammenarbeit wurde unlängst die Ausstattung afrikanischer Staaten für Antiterrormaßnahmen diskutiert. In den Schlossfolgerungen der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fordern Kommandeure laufender Militäroperationen der EU, Gelder aus diesem Fond dafür einzusetzen, die Akzeptanz für ihre Missionen zu erhöhen. Und auch bei EU-Militärmanövern wie Multilayer 2016 spielt das Instrument für Stabilität und Frieden bereits eine feste Rolle.

### Die Gefahren dieser Politik werden in EU-Gremien kaum bis gar nicht diskutiert.

Es geht nicht um Friedenspolitik, sondern um imperiale Maßnahmen. Im Rahmen des Instruments für Stabilität und Frieden werden – etwa in der Demokratischen Republik Kongo, in Kosovo oder Afghanistan – schon lange die Polizei, der Grenzschutz oder paramilitärische Einheiten zur Aufstandsbekämpfung finanziert.

Diese Verwicklung von Entwicklungs- und Militärpolitik ist nicht nur aus friedenspolitischen Erwägungen abzulehnen. Sie ist auch brandgefährlich, weil sie die Trennung zwischen Militär und zivilen Akteuren verwischt. Die Folge: Humanitäre Helfer geraten immer stärker ins Visier von bewaffneten Akteuren. Ihre Warnungen und ihr Protest sind in Brüssel bislang ebenso wirkungslos verhallt wie in Berlin.

## Im Schatten des Brexits

Der Brexit trifft die EU auch deshalb so hart, weil die sogenannte Eurokrise bis heute nicht nachhaltig überwunden ist. Er wird den Handel erschweren. Doch viel schlimmer sind bestehende wirtschaftliche Schiefen in der EU.

Der Brexit hat die Europäische Union schlagartig wieder in den Krisenmodus versetzt. Er trifft die EU auch deshalb so hart, weil die sogenannte Eurokrise bis heute nicht nachhaltig überwunden ist. Eine der maßgeblichen Ursachen, die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse, ist nicht überwunden. Im Gegenteil: Deutschland eilt von einem Leistungsbilanzrekord zum nächsten. Die fragile

wirtschaftliche Lage in Europa seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise droht wieder in sich zusammenzubrechen.

Die Finanzbranche der City of London bangt um ihre wirtschaftliche Existenz. Doch um ihre Arbeitsplätze müssen nicht nur hochbezahlte Banker bangen, auch für Beschäftigte in anderen Ländern geht es um ihren Arbeitsplatz und ihre Bezahlung. Großbritannien ist eng wirtschaftlich verflochten mit den anderen Staaten in der EU. Acht Prozent der deutschen Exporte gehen nach Großbritannien, damit ist die Insel der drittgrößte Exportpartner Deutschlands.

Das macht vier Prozent gemessen am deutschen Bruttoinlandsprodukt. Ein Teil dieser Exporte droht mit dem Brexit wegzufallen. Das abgewertete Pfund verteuert deutsche Waren auf dem britischen Markt und erschwert so deren Absatz. Die Wiedereinführung eines Handelsregimes verteuert durch Warenanmeldung und ähnliches die Kosten der gehandelten Waren zusätzlich. Werden wieder Zölle erhoben, dann führt dies zu weiteren wirtschaftlichen Problemen.

Das abgewertete Pfund verteuert auch den Griechenland- oder Spanienurlaub der Briten erheblich. Der ein oder andere wird seine Reisepläne überden-

ken. Dies kann erheblich Auswirkungen beispielsweise auf den Tourismus in Griechenland haben. Jeder achte Tourist in Hellas kommt aus Großbritannien.

Brisant ist der Brexit aber auch deshalb, weil die eigentlichen wirtschaftspolitischen Schief lagen innerhalb der EU im Schatten des Brexit vollends zu verschwinden drohen. Seit dem Jahr 2000 summieren sich die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse auf mehr als zwei Billionen Euro. Die Kehrseite dieser Überschüsse ist die Verschuldung in Ländern, gerade auch in denen der Eurozone.

Geradezu zynisch ist, dass die deutsche Regierung einerseits stolz ist auf den Leistungsbilanzüberschuss und gleichzeitig die Verschuldung in anderen Ländern kritisiert. Dieser gigantische Leistungsbilanzüberschuss ist die Folge des Lohndumpings in Deutschland in den 2000er Jahren. Die Lohnstückkosten, die sowohl die Entwicklung der Produktivität als auch die Entwicklung der Löhne abbilden, stagnierten beziehungsweise sanken in Deutschland. Erst in den letzten Jahren sind sie wieder gestiegen. 2015 lagen sie rund 15 Prozent über dem Niveau des Jahres 2000. Damit bewegen sich die Lohnstückkosten in Deutschland unter denen der meisten anderen Euroländer.

#### „Der eigentliche Täter ist Deutschland“

Bei ihnen stiegen die Lohnstückkosten von 2000 bis 2008 an; in Griechenland

beispielsweise um 44 Prozent, damit waren griechische Waren gegenüber deutschen nicht mehr wettbewerbsfähig. Mit der brutalen Austeritätspolitik wurden die Lohnstückkosten in Griechenland um ein Drittel gesenkt. Trotzdem liegt damit der Anstieg der Lohnstückkosten in Griechenland 2015 gegenüber 2000 immer noch um 15 Prozentpunkte über dem in Deutschland. Um den Preis der Zerstörung der Binnennachfrage, auf die die griechische Wirtschaft sich viel mehr stützt als die deutsche, wurde der vergebliche Versuch unternommen wieder international wettbewerbsfähig zu werden. Klar ist: Der eigentliche Täter ist Deutschland. Die immer noch zu niedrige Binnennachfrage in Deutschland infolge des Lohndumpings verwehrt den Eurosländern wichtige Entwicklungsimpulse, weil so geringe Importe aus diesen möglich sind. Durch die massiven Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands wird der Eurokurs, trotz massiver Interventionen der EZB hoch gehalten und ist damit zu hoch, insbesondere für die Eurosländer. So wird auch ein Herauswachsen aus der Krise durch Exporte erschwert und gleichzeitig bleibt Griechenland weit offen für zum Beispiel chinesische Importe. So kommt es, dass selbst Zwiebeln aus China sich gegen die heimische Produktion durchsetzen können. Die Bekämpfung der Korruption und einer verfehlten Bürokratie in Griechenland ist ein ehrenvolles Ziel der griechischen Regierung. Aber auch

zusammen mit diversen anderen Verbesserungen der Angebotsseite dürfte es kaum möglich sein, die griechische Wirtschaft und damit die griechische Bevölkerung aus ihrer Misere zu befreien. Für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht nur ein Ende der Austeritätspolitik – wie sie ja auch Sigmar Gabriel proklamiert – notwendig. Vielmehr brauchen wir die Steigerung der Binnennachfrage durch höhere Löhne und Sozialleistungen. Und es bedarf eines massiven Drucks auf Deutschland, seinen unfairen Außenhandel aufgrund des Lohndumpings aufzugeben, damit auch die griechische Wirtschaft, aber auch die vieler anderer Euroländer wieder wettbewerbsfähig wird.

Während meiner jüngsten Reise in Griechenland im Rahmen der Delegation mit Wirtschaftsminister Gabriel gewann ich den Eindruck, dass die griechische Regierung gerade diese deutsche Verantwortung ausblendet und sie nicht in den Gesprächen als Forderungen an die deutsche Seite thematisiert. In der Verantwortung der deutschen Wirtschaftspolitik wurden mit der von der SPD betriebenen Agenda die Löhne für viele Menschen zusammengeprügelt. Dass Sigmar Gabriel davon nichts wissen will, ist bedauerlich, verwundert jedoch kaum noch.

*Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer Sprecher DIE LINKE. im Bundestag*

## Blauer Himmel und politische Sturmfront

### Sommer-Universität der Europäischen Linken in Italien

Etwa 260 Menschen aus 31 Ländern trafen sich vom 20. - 24. Juli zur diesjährigen Sommer Universität der europäischen Linkspartei in Chianciano Terme (Italien). Trotz strahlend blauem Himmel war dieses Treffen überschattet von besorgniserregenden politischen Entwicklungen.

Ursprünglich gar nicht explizit auf der Tagesordnung waren die dramatischen Nachrichten aus der Türkei doch allgegenwärtig. Auf Anregung der baden-württembergischen Delegation (Claudia Haydt, Alexander Kauz, Tobias Pflüger, Jasmin Runge, Claudia Wellington) wurde zudem ein ad hoc Seminar zu diesem Thema zusammen mit türkischen Genoss\*innen durchgeführt. Die Teilnehmer\*innen waren sich zwar einig, dass sie einen militärischen Staatsstreich zwar ablehnen, dass aber gleichzeitig auch die massiv zunehmende Repression der Erdogan-Regierung einem zivilen Staatsstreich ähnelt und dass es notwendig ist, Solidarität für linke Genoss\*innen in der Türkei zu organisieren. Neben Patenschaftsprogrammen für die Abgeord-

neten der HDP, deren Immunität aufgehoben wurde und Unterstützung für verfolgte Gewerkschafter\*innen wurden auch weitere Solidaritätsdelegationen vorbereitet.

Ein zentrales Thema der zahlreichen Plenar- und Seminarveranstaltungen war auch die anhaltende europäische Wirtschaftskrise, einschließlich der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Französische Genoss\*innen berichteten vom breiten, starken und dennoch

wahrscheinlich vergeblichen Protest gegen die Verschlechterungen im Arbeitsrecht. Aus Spanien berichteten linke Aktivist\*innen von massiven Angriffen auf die Arbeitnehmer\*innenrechte. Dort wurden als Ergebnis des massiven Drucks aus Brüssel die Gewerkschaftsrechte massiv eingeschränkt. Sektorale Arbeitskämpfe sind kaum noch möglich, allein innerbetriebliche Verhandlungen sind durch die neuen Gesetze abgedeckt. Tarifverträge verlieren zunehmend ihre



Schutzwirkung und die Fragmentarisierung der Arbeitsbeziehungen macht politische Kämpfe zusätzlich schwierig. Aus zahlreichen Ländern gab es Berichte, dass Gewerkschafter\*innen immer häufiger zu hohen Strafen verurteilt werden. Allein aus Griechenland war ein leichter Gegentrend zu verzeichnen, dort bemüht sich die Regierung zurzeit, sektorale Arbeitskämpfe gesetzlich wieder zu ermöglichen.

Als Auswege aus der in den meisten Ländern tiefen und anhaltenden Wirtschaftskrise wurde eine stärkere Rolle des Staates in der Wirtschaft gefordert und ein Stopp der anhaltenden Privati-

sierungen. Die Teilnehmer\*innen waren sich einig: es gibt keinen Ausweg aus der Krise ohne eine Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse und ein Umsteuern hin zu einer sozialen und ökologischen Wirtschaft - jenseits der zerstörerischen Wachstumslogik. Selbstverständlich standen auch die politischen Konsequenzen des jüngsten NATO-Gipfels in Warschau auf der Tagesordnung. Die militärische Abschottung gegen Flüchtlinge, das Säbelrasseln im Osten des Bündnisgebietes und die Fortsetzung der Militärintervention wurden als gefährliche Unsicherheitspolitik diskutiert. Gemeinsame Protestaktionen in

den verschiedenen europäischen Ländern sollen sich mit dem Thema „Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent des BIP“ beschäftigen sowie mit der Atomwaffen-Strategie der NATO. Beim nächsten NATO-Gipfel 2017 in Brüssel wird versucht möglichst breit zu der dort geplanten Demonstration zu mobilisieren.

Insgesamt waren die lebhaften Debatten eine gute Vorbereitung auf den großen Kongress der EL, der dieses Jahr vom 16. bis 18. Dezember in Berlin stattfinden wird.

*Claudia Haydt (Vorstandsmitglied Europäische Linke)*

## „Menschenrechte gibt es nur im Gesamtpaket“

### Diskussion zu Menschenrechtspolitik und Lebenswirklichkeiten von LGBTTIQ\* in der arabischen Welt

Flucht und Migration haben sich seit der Syrien-Krise aus der außenpolitischen Berichterstattung insbesondere in den innenpolitischen Alltag Deutschlands verlagert. Mit Fragen nach den vielfältigen Fluchtursachen, der Situation der Menschenrechte in den arabischen Ländern setzte sich eine Veranstaltung in Stuttgart am 21. Juli 2016 auseinander.

DIE LINKE in Kooperation mit der Jungen DGAP Baden-Württemberg luden im Rahmen des Christopher Street Day dazu ein, Beweggründe von LGBTTIQ (\*Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Transgender, Intersexual, Queer), die ihr Land verlassen müssen, kennen zu lernen. Annette Groth MdB, Menschenrechtspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Klaus Jetz, Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland, und Olcay Miyanyedi, Modellprojekt zur kultursensiblen sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt, reflektierten die politischen Diskussionen in Deutschland im Spiegel der Beweggründe von Geflüchteten. Die von Martin Kilgus moderierte Veranstaltung analysierte darüber hinaus die aktuelle Situation in Ländern der arabischen Welt.



*DIE LINKE auf dem CSD (Foto: Hägele)*

aus Familienkreisen steht den meisten LGBTTIQ bevor, sodass sie oft keinen anderen Weg sehen, als ihre arabische Heimat zu verlassen.

Klaus Jetz, der seit vielen Jahren Einzelpersonen und Organisation in Nordafrika und im Nahen Osten unterstützt, schilderte die schwierigen Bedingungen in den Ländern. Wichtig sei, dass Förderung und Unterstützung aus dem Ausland nicht nur für Organisationen vor Ort, sondern auch für Exil-Organisationen aus beispielsweise europäischen Staaten zugänglich ist. Aktivistinnen,

Aktivistinnen und LGBTTIQ-Organisation seien häufig nur als Ableger in liberalen Ländern vertreten. Gleichzeitig wies Klaus Jetz auf die Bedeutung hin, die diversen Fluchtursachen anzuerkennen und die Sensibilisierung in den Empfängerländern zu fördern. „Menschenrechte gibt es nur im Gesamtpaket“, lautete sein Plädoyer.

Olcay Miyanyedi, der sowohl über Forschungsprojekte als auch über seine Beratung in Unterkünften die Herausforderungen in Deutschland kennt, schilderte die Defizite im Umgang und die Besonderheiten in der Betreuung von Geflüchteten mit LGBTTIQ-Hintergrund. Fortbildungsangebote, Schulungsmaterialien seien vorhanden, sollten aber häufiger wahrgenommen werden. Abschließend

setzte sich Annette Groth MdB dafür ein, Fluchtursachen und Lebensbedingungen der Menschen in einen breiteren Kontext einzubetten. Die wirtschaftspolitische Verantwortung Deutschlands und Europas sei nicht außer Acht zu lassen und sei der Schlüssel, um Fluchtursachen in Zukunft zu verhindern.

#### Pressekontakt:

*Christoph Ozasek, Stadtrat Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE PluS, c.ozasek@die-linke-stuttgart.de*

*Karoline Gil, Leitung Junge DGAP Baden-Württemberg, www.junge-dgap.de, gil@dgap.org*

## Friedenspolitischer Ratschlag

### DIE LINKE Baden-Württemberg LAG Frieden

**Am Dienstag, 1. November 2016 von 14 bis 18 Uhr in Heidelberg.**

Ort: DIE LINKE Heidelberg, Theodor-Körner-Straße 7, 69115 Heidelberg (nahe Hauptbahnhof)

Programm: 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr: Entmilitarisierung vor Ort. Abzug des Militärs aus den Ländle, Chancen der Liegenschaftskonversion in der Region. Referenten: Claudia Haydt und eine VertreterIn der Region.

16.00 Uhr bis 18.00 Uhr: Deutschlands

Weg zur Militärmacht? Das neue Weißbuch der Bundeswehr und unsere Antworten darauf. Referenten: Tobias Pflüger und ein/e VertreterIn der Informationsstelle Militarisierung.

## Jahreshauptversammlung 2016 der KPF

Am 9. Juli 2016 fand in Stuttgart die Jahreshauptversammlung der Kommunistischen Plattform (KPF) Baden-Württemberg statt. Dort wurden die Mitglieder des Landessprecherrates und die Delegierten zur KPF-Bundeskonferenz gewählt. Ellen Brombacher berichtete über den Magdeburger Parteitag und leitete Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit der KPF ab. Dem schloss sich eine lebhafte Diskussion an. Im Mittelpunkt stand die unbedingte Notwendigkeit, dass DIE LINKE bei ihren friedenspo-

litischen Grundsätzen und fest in der Friedensbewegung verankert bleibt.

In diesem Kontext erfuhren alle Absichtserklärungen hinsichtlich einer rot-rot-grünen Bundesregierung die entsprechende Ablehnung. Kritisiert wurde, dass die Stellungnahme der KPF zu sozialen Problemen zu kurz käme. Die Partei würde das Vertrauen der Prekarierten verlieren. Alle waren sich einig, dass das Hauptproblem die Organisation der praktischen Arbeit ist.

*Renata Eckhoff u. Ellen Brombacher*

### LAG Medien

Hast du Interesse am medialen Auftritt der LINKEN Baden-Württemberg? Würdest dich gerne bei der Gestaltung von Angeboten und der Pressearbeit einbringen? Willst du Medienpolitik diskutieren und Positionen einbringen? Melde dich bei der LAG Medien. Mehrere Aktivist\_innen des Landesverbandes möchten genau hierfür die LAG Medien gründen. Wenn du dabei sein möchtest melde dich unter: [jasmin.runge@yahoo.de](mailto:jasmin.runge@yahoo.de) oder [esquerda@posteo.de](mailto:esquerda@posteo.de)

## Fremde – Feinde Gastbeitrag von Prof. Dr. Klaus Dörre

**Der neue Rechtspopulismus deutet die soziale Frage in einen Verteilungskampf um. Thesen über Pegida, AfD und darüber, wie der wachsende Zuspund für sie zustande kommt**

*Gastbeitrag von Professor Klaus Dörre*  
Dieser Artikel ist die vorab veröffentlichte und gekürzte Fassung eines Aufsatzes von Klaus Dörre, der im September im von K.-S. Rehberg, Franziska Kunz, Tino Schlinzig herausgegebenen Sammelband: »Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und Wende-Enttäuschung? Analysen im Überblick« erscheinen wird. Wir danken dem Transcript-Verlag und der Zeitschrift SOZIALISMUS für die Erlaubnis zum Nachdruck

Nachfolgend konzentriere ich mich auf den Zusammenhang von Rechtspopulismus und sozialer Frage. Meine Sicht der Dinge präsentiere ich in thesenförmiger Zuspitzung und beziehe mich dabei auf eigene empirische Untersuchungen.

**These 1: Der neue Rechtspopulismus ist vor allem eine Bewegung gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes.**

Formationen wie der Front National oder die FPÖ haben immer wieder spektakuläre Wahlergebnisse bei Arbeitern und in Milieus erzielt, in denen linke Parteien und Gewerkschaften lange hegemonial waren. Bei den österreichischen Bundespräsidentenwahlen stimmten im ersten Wahlgang 72 Prozent der Arbeiter für den rechtspopulistischen Kandidaten Norbert Hofer; bei den Angestellten bekam Hofer immerhin noch 37 Prozent und lag damit auch in dieser Gruppe an der Spitze. In Deutschland gibt es eine ähnliche Tendenz. Die AfD war bei den Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bei männlichen Arbeitern und Arbeitslosen besonders erfolgreich. In Sachsen-Anhalt stimmten 37 Prozent der Arbeiter und 38 Prozent der Arbeitslosen für die rechtspopulistische AfD; in diesen Gruppen lag sie vor CDU, SPD und Linken. In Baden-Württemberg votierten 30 Prozent der

Arbeiter und 32 Prozent der Arbeitslosen für die rechtspopulistische Partei; in Rheinland-Pfalz waren es immerhin noch 26 Prozent der Arbeitslosen. Die hohe Zustimmung von Arbeitern und Arbeitslosen erfolgt, obwohl das Programm der AfD trotz Abspaltung des wirtschaftsliberalen Flügels noch immer marktradikale Elemente enthält. Wichtigstes Motiv für die Wahl der AfD ist, neben der Flüchtlingsthematik, die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Das dürfte bei den Protestmotiven von Pegida-Anhängern nicht anders sein. Pegida richtet sich gegen die Universalisierung von Marktvergesellschaftung und Konkurrenz und vor allem gegen deren Folgen. Ökonomische Marktmacht wirkt diffus und abstrakt, sie lässt sich selten eindeutig zuordnen, und die Kritik an ihr kann in unterschiedliche Richtungen politisiert werden. Bewegungen gegen den Markt können, wie die frühen sozialistischen Arbeiterbewegungen, systemtranszendierende Ziele verfolgen; sie können aber auch bloßen Schutz vor marktvermittelter Konkurrenz einfordern und reaktiv-nationalistische oder, wie im Falle faschistischer Mobilisierungen, geradezu terroristische Züge annehmen. Im Unterschied zu den Implikationen des Marxschen Klassenuniversalismus, der unterstellte, die Exploitation des Weltmarktes werde die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestalten, muss in Anlehnung an den Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi (1886–1964) von einer Vielfalt marktkritischer Gegenbewegungen ausgegangen werden. Nivellierende Marktmacht kann unter Lohnabhängigen eine endemische Tendenz bestärken, klassenspezifische Grenzen abzustecken, auf deren Basis sie beanspruchen können, vor dem Mahlstrom des Marktes und der Konkurrenz geschützt zu werden. Genau das leistet Pegida. Sie betreibt eine Politik, die auf Statuserhalt und Schutz der eigenen Lebensweise mittels Flüchtlingsabwehr zielt. Unmut, Unzufriedenheit, Gesellschafts- und Kapitalismuskritik, die unter Lohnabhän-

gigen weit verbreitet sind, dienen dieser Bewegung als Problemrohstoff, der völkisch-ethnopluralistisch verarbeitet wird. Dabei gelingt es einer winzigen, mit Personen aus lumpenproletarischen Kreisen durchsetzten Führungsgruppe, Arbeiter, Angestellte und kleine Selbstständige mit überdurchschnittlicher Bildung und leicht überdurchschnittlichem Einkommen zu mobilisieren, die ihren sozialen Status mit dem Mittel des Ressentiments zu verteidigen suchen.

**These 2: Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen sind kein neues Phänomen. Es gab sie in Ost und West schon lange vor Pegida und der AfD. Grundsätzlich muss zwischen »konformistischen«, »konservierenden« und »rebellischen« Orientierungen unterschieden werden.**

Die »rebellische« Variante findet sich vor allem bei Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Ihnen dient das Feindbild der Anderen, Fremden, Ausländer etc. vor allem dazu, mittels Abgrenzung positiv besetzte eigene Zugehörigkeiten zu konstruieren. Auf die »konservierende« Variante stoßen wir insbesondere bei formal gut integrierten Beschäftigten, die sich mit drohendem sozialen Abstieg konfrontiert sehen oder zumindest von Abstiegsängsten getrieben werden. Sie versuchen, ihre eigene soziale Position zu verteidigen, indem sie Ressentiments als Triebfeder »gesellschaftlicher und politischer Aktion« nutzen, wie der französische Soziologe Robert Castel (1933–2013) schreibt. Ressentiments gegen andere werden gezielt als Mittel in der Konkurrenz um Ressourcen und gesellschaftlichen Status eingesetzt. Im Grunde geht es diesen Beschäftigten darum, das Sicherheitsversprechen des Sozialkapitalismus zu bewahren, indem die Zahl der Anspruchsberechtigten nach ethnischen, nationalen oder kulturellen Kriterien begrenzt wird. Entsprechende Orientierungen umfassen Elemente einer Arbeitersolidarität, deren Funktionsfähigkeit in den Augen der Betroffenen jedoch durch ethnische oder nationale Heterogenität gefährdet wird. In diesem

»reaktiven Nationalismus« paart sich ein rudimentärer Klasseninstinkt mit einer Mischung aus Missgunst und Verachtung, »die auf Unterschieden zwischen sozialen Lagen fußt und bei der man die Verantwortung für das eigene Unglück bei jenen Gruppen sucht, die sich auf der sozialen Leiter knapp oberhalb oder knapp unterhalb der eigenen Position befinden« (Castel). Der »konformistische« Rechtspopulismus ist vor allem bei Menschen in höheren, abgesicherten beruflichen Positionen anzutreffen. Um eine »konformistische« Variante handelt es sich, weil sie wesentlich auf Überanpassung an hegemoniale Normen beruht und sich durch eine eher affirmative Haltung zum marktzentrierten Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Bundesrepublik auszeichnet. Charakteristisch für diese Variante ist, dass Team, Belegschaft und Nation als Gemeinschaften hart arbeitender Menschen konstruiert werden. Wer den Leistungserwartungen dieser Gemeinschaften nicht entspricht, dem wird die Zugehörigkeit verweigert. Was sie von sich selbst erwarten, die vorbehaltlose Erfüllung vorgegebener Leistungsnormen, verlangen die Betroffenen auch von anderen. Das eigene Streben nach nahtloser Integration in die betriebliche Arbeitswelt dient als normative Referenzfolie, um gesellschaftliche Probleme zu bewerten. Integration, etwa von Geflüchteten, ist dann nur noch als Assimilation, als nahtlose Anpassung an die dominante Kultur denkbar. Wer solchen Leitvorstellungen nicht entspricht, läuft Gefahr, als nicht integrationsfähig, mithin ausgrenzbar, abqualifiziert zu werden. Solche Orientierungen haben sich über Jahrzehnte hinweg als rechtspopulistische Unterströmung bemerkbar gemacht, die in demokratischen Parteien, aber auch in den Gewerkschaften wirkten. Neu ist nun, dass sich diese Unterströmung zu einer eigenständigen politischen Kraft formiert, sich organisatorisch verselbständigt und in Gestalt der AfD möglicherweise auf nationaler Ebene etabliert. Das war lange Zeit nicht möglich, weil es dem organisierten Rechtspopulismus an geeignetem Führungspersonal fehlte, vor allem aber, weil es ihm nie gelang, sich glaubwürdig von der nationalsozialistischen Vergangenheit zu distanzieren. Das ist nun anders. Die neue Rechte hat Massenanhänger, und mit jedem Tabubruch erweitert sie das Terrain und den Handlungsspielraum auch für die militante Rechte. Die Distanzierung vom historischen Faschismus ist allenfalls noch als taktisches Manöver nötig. Nazis laufen bei Pegida und den AfD-Aufmärschen mit – und keinen der Demonstranten stört es. Thügida, offen »national-sozial«, zieht an Hitlers Geburtstag durch das thüringische Jena. Die AfD flankiert mit einer

kleinen Anfrage im Landtag und will wissen, ob die Jenaer Universität Räume zur Vorbereitung von Gegendemonstrationen und für Blockadetrainings zur Verfügung gestellt hat. Und die Justiz sieht keinen Grund für ein Verbot der Thügida-Demo, weil diese sich offiziell nur gegen die »linke Diktatur« in Jena richtet – ein Phänomen, das bekanntlich nichts mit dem Hitler-Geburtstag zu tun hat. Das Zusammenspiel von militanten Neo- und Profofaschisten, parlamentarischem Rechtspopulismus und begünstigenden Staatsapparaten erzeugt eine neue »national-soziale« Gefahr. Diese Gefahr entsteht daraus, dass der zeitgenössische National-Sozialismus als radikale Variante der »Volksmeinung« erscheint. Deshalb ist es alles andere als beruhigend, wenn sich der größte Teil der Pegida-Sympathisanten nicht mit rechtsextremer Programmatik identifiziert. Das Problem ist ein anderes. Auch die indifferenten »Wutbürger« finden nichts dabei, ihre Pegida-Happenings gemeinsam mit Alt- und Neofaschisten zu begehen. So wird der »National-Sozialismus« zu einer Meinung unter anderen, wie sie in einem Konzert pluraler Stimmen eben immer auftritt. Dass diese »nationalen Sozialisten« Demokratie und Meinungsfreiheit abschaffen wollen, dass sie Menschen- und Grundrechte, die eine Voraussetzung moderner Demokratien sind, mit Füßen treten, bleibt völlig unerwähnt. Von solcher Duldsamkeit ist es nur noch ein kleiner Schritt hin zu jenen Vigilanten, die Gewalt gegen Geflüchtete als legitime Selbstjustiz begreifen, die den Willen der Mehrheit praktische Tat werden lässt.

**These 3: Je auswegloser es erscheint, als ungerecht empfundene Verteilungsverhältnisse mittels demokratischer Umverteilung von oben nach unten und von den Starken zu den Schwachen zu korrigieren, desto eher tendieren Lohnabhängige spontan zu exklusiver, ausschließender Solidarität. Das macht sie für rechtspopulistische Anrufungen empfänglich.**

Beschäftigte, die sich im finanzkapitalistischen Wettbewerbsregime permanent auf die Probe gestellt sehen, neigen spontan zu Unduldsamkeit gegen Schwächere, weniger leistungsbereite Gruppen. Wir haben dieses Phänomen in unseren Belegschaftsbefragungen sowohl in Ost-, als auch in Westbetrieben erfasst. Und wir haben es auch in Dresden gefunden. Ständige Bewährungsproben begünstigen ein Verhalten, das auf exklusive Solidarität, auf eine kollektive Abwertung sozialer Gruppen durch andere hinausläuft. So waren trotz mehrheitlicher Ablehnung von Hartz IV 54 Prozent der von uns befragten Arbeiter eines Automobilherstellers der Ansicht, es müsse mehr Druck auf Langzeitarbeitslose aus-

geübt werden. 51 Prozent meinen, eine Gesellschaft, in der man jeden auffänge, sei auf Dauer nicht überlebensfähig. Diese Aussage als Indikator für sozialdarwinistische Haltungen fand im Westen noch größere Zustimmung als im Osten. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass der Betrieb und die Stammbesellschaft auch als soziale Orte ausgrenzender Integration funktionieren. Statusgenerierend ist die Leistungsgemeinschaft der produktiv Beschäftigten. Wer nicht dazu gehört – seien es Hartz-IV-Bezieher oder Schulden machende Griechen –, hat im Zweifelsfall keinen oder doch nur einen verminderten Anspruch auf Solidarität. Auffällig ist, dass das Statement »Eine Gesellschaft, in der jeder aufgefangen wird, ist auf Dauer nicht überlebensfähig« bei Arbeitern und produktionsnahen Angestellten die größte Zustimmung findet; am geringsten ist sie bei den Sachbearbeitern. Dem scheint auf den ersten Blick zu widersprechen, dass die produktionsnahen Befragten die Arbeitsmarktreformen am deutlichsten ablehnen und in »Hartz IV« vor allem ein Mittel zur Disziplinierung der Arbeitenden sehen. Und doch ist es die gleiche Statusgruppe von Arbeitern und produktionsnahen Angestellten, die mehrheitlich und im Gruppenvergleich am häufigsten größeren Druck auf Arbeitslose befürwortet. Was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint, lässt sich erklären, wenn man die Relevanz der jeweiligen Statements für die jeweils eigene Statusposition reflektiert. »Hartz IV« als Disziplinierungsmittel betrifft die soziale Positionierung von Arbeitern und produktionsnahen Angestellten, die näher an der Zone der Verwundbarkeit angesiedelt ist als die von Angestellten und Führungskräften. Wer sich aktuell einigermaßen sicher fühlt, weiß doch, dass das soziale Netz im Falle des Arbeitsplatzverlustes durchlässiger geworden ist. Ein Arbeiter, der den gut bezahlten Job in der Exportwirtschaft verliert, wird selbst in prosperierenden Regionen nicht umstandslos einen gleichwertigen Arbeitsplatz finden. Im schlimmsten Fall droht bei längerer Dauer der Erwerbslosigkeit »Hartz IV« und damit der Rückfall auf eine Position unterhalb einer Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität. Schon die diffuse Befürchtung, dass dergleichen drohen könnte, löst Verunsicherung aus.

Die Tendenz zu exklusiver Solidarität richtet sich vor allem gegen Arbeitslose und Ausgeschlossene. Wer arbeitet und leistungsbereit ist, der sieht sich von »Hartz IV« zu Unrecht auf die Probe gestellt. Und dieses Ungerechtigkeitsbewusstsein sucht sich häufig ein Ventil. Der Zorn richtet sich gegen jene, die – vermeintlich – die Bewährungsproben meiden und sich so dem Gebot der Leistungsgerechtigkeit entziehen. Das

Verhalten von Erwerbslosen, Hilfebedürftigen und auch von Geflüchteten erscheint den Festangestellten als Gerechtigkeitsproblem. Die abgewerteten Gruppen verhalten sich in den Augen der klassifizierenden Arbeiter geradezu antiemanzipatorisch, weil sie sich mit äußerster Entfremdung, mit Situationen vollständigen Ausgeliefertseins arrangieren. Personen und Gruppen, die sich derart vollständig unterwerfen, die sich einer Situation totaler Entfremdung wehrlos ausliefern, sind gerade aus der Perspektive gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellter eine latente oder gar eine manifeste Bedrohung jeglicher Solidarität von Lohnabhängigen. Das gilt umso mehr, wenn Geflüchtete als Argument herhalten müssen, Ausnahmen vom Mindestlohn zu machen und auf diese Weise in unmittelbare Konkurrenz zu den verwundbarsten Gruppen am Arbeitsmarkt gesetzt werden. Hinzu kommt: Die Welt der Prekarisierten und Ausgegrenzten lässt sich nicht mehr aus der Welt der noch einigermaßen geschützten Lohnarbeit heraushalten. Wenn nicht im eigenen Werk, so begegnet man der bedrohlichen Realität im Nachbarbetrieb oder im Wohngebiet. Abgrenzung, Distinktion oder gar kollektive Abwertung können dazu dienen, den Wettkampf mit prekarisierten Gruppen mit dem Mittel des Ressentiments zu bestreiten. Doch je näher entsprechende Lebensrealitäten rücken und je stärker sie Personen betreffen, die man selbst kennt, desto schwerer wird es, Vorurteile zu konservieren und sie strategisch zur Selbstaufwertung und damit zur Stigmatisierung anderer einzusetzen. Die unterschiedlichen Auffassungen in der Belegschaft und die innere Widersprüchlichkeit der Sichtweisen jener Befragten, die zu exklusiver Solidarität tendieren (gegen Hartz IV, aber für mehr Druck auf Langzeitarbeitslose), machen deutlich, dass sich entsolidarisierende Mechanismen nicht zwangsläufig und auch nicht im Selbstlauf durchsetzen. Offenbar existiert Spielraum für Handlungsstrategien, die auf eine inklusive Solidarität mit prekär Beschäftigten, Erwerbslosen und auch mit Geflüchteten zielen.

**These 4: Eine große Herausforderung für die Gewerkschaften besteht darin, dass sich rechte Orientierungen häufig bei jungen, aktiven, neu gewonnenen Mitgliedern finden.**

Neu ist, dass vor allem jüngere Beschäftigte, gerade auch im Osten, wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit nicht mehr passiv hinnehmen. Das mobilisierungsfähige Thema in den meisten von uns untersuchten ostdeutschen Betrieben ist der Lohn. Lohnforderungen werden aber von Menschen aus höchst unterschiedlichen Lebenslagen und Erfahrungsräumen erhoben. In ihnen

artikulieren sich langanhaltende Stagnationstendenzen bei den Einkommen Festangestellter und daraus erwachsende Kritik an als ungerecht empfundenen Verteilungsverhältnissen ebenso wie fortbestehende Ost-West-Differenzen oder besondere Diskriminierungen von Frauen, prekär Beschäftigten, gering Qualifizierten und Migranten. In einer zerklüfteten Arbeitswelt erweist sich der Lohn als verbindendes Thema – auch weil er eine Quantifizierung von qualitativ Verschiedenem leistet. In den Arbeitskonflikten geht es daher auch, aber eben nie ausschließlich ums Geld. Gekämpft wird für »Living Wages«. Löhne zum Leben müssen aus der Arbeitskraftperspektive nicht nur deutlich über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, sondern auch Zugang zu gesellschaftlichen Basisgütern sichern. Mit der Forderung nach gerechter Entlohnung sind in den von uns untersuchten Betrieben Themen wie Arbeitszeit, Leistungsintensivierung, Flexibilisierungsdruck, Planungsunsicherheit im Privatleben und nicht zuletzt die Kritik an autoritativen betrieblichen Kontrollregimes verknüpft. Gewerkschaftliche Organisierungserfolge gelingen vor allem bei Angehörigen jüngerer Alterskohorten mit eher schwach ausgeprägter Bindung an Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmen und Region, die »jetzt« einen höheren Lohn und ein besseres Leben wollen. Gewerkschaftliche Organisierung ist für sie kein Wert an sich, schon gar kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um in Verteilungskämpfen für sich das Beste herauszuholen; sie stehen für ein »Ende der Bescheidenheit« im Osten. Ihre gewerkschaftliche Überzeugung ist allerdings ähnlich fragil wie die Identifikation mit Betrieb und Unternehmen. Diese Gruppe erweist sich – trotz gewerkschaftlicher Organisierung – für rechtspopulistische und auch rechtsextreme Anrufungen als besonders empfänglich. Befragte Gewerkschaftssekretäre haben uns immer wieder darauf hingewiesen, dass die Wahl zum Jugendvertreter und »Likes« bei rechtsextremen oder rechtspopulistischen Parteien durchaus keinen Widerspruch darstellen. Eine fragile gewerkschaftliche Grundüberzeugung reicht offenbar nicht aus, um das subjektive politische Weltbild von Arbeitern und Angestellten zu strukturieren. Man mag das bedauern. Ich plädiere für eine andere Sicht. Offenbar gehören die Gewerkschaften zu den wenigen demokratisch-zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die frustrierten Arbeitermilieus der Republik überhaupt noch erreicht. Hier liegt die eigentliche gesellschaftliche Bedeutung dessen, was wir an anderer Stelle als (nachholende) Demokratisierung der betrieblichen Arena bezeichnen. Wer sich selbstbewusst und in demokratischer Form für seine

eigenen Interessen und gegen wahrgenommene Ungerechtigkeit engagiert, der ist für die Demokratie noch lange nicht verloren. In der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Orientierungen haben die Gewerkschaften einen Spagat zu vollführen. Einerseits tendieren Gewerkschafter zu einer Politik der »klaren Kante« gegenüber Formationen, die sie als zutiefst antidemokratisch wahrnehmen. Sie schrecken nicht davor zurück, entsprechende Mitglieder aus der Organisation auszuschließen. Andererseits wollen sie sich dem Dialog mit Kolleginnen und Kollegen nicht verweigern, deren Protesthaltung sie nachvollziehen können. In solchen Auseinandersetzungen dürften, so befragte Sekretäre, die Gewerkschaften nicht als Establishment-Organisation wahrgenommen werden. Häufig glichen die Auseinandersetzungen einem »Geschwimme, das uns überfordert, weil wir von den Kapazitäten nicht darauf eingerichtet sind«. Wichtig ist indessen, dass die Auseinandersetzung überhaupt geführt wird. Als der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann im Oktober des vergangenen Jahres in einem Interview mit dem Deutschlandfunk erklärte, »Wer hetzt, fliegt«, flogen tatsächlich Mitgliedsbücher. Genau dies kann zu defensiven Reaktionen führen, weil Gewerkschafter und Betriebsräte wegen drohender Austritte vorsichtshalber auf eine Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Tendenzen verzichten. Umso wichtiger ist, dass es in der Arbeitswelt überhaupt Aktive gibt, die Diskussionen mit potentiellen Wählern und Sympathisanten rechtspopulistischer Formationen bestehen. Bei der Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht und Handlungsfähigkeit geht es daher um sehr viel mehr als um die Zukunft einer altehrwürdigen Interessenorganisation. Es geht um die Zukunft der Demokratie in einem sozial gespaltenen Land.

**These 5: Das wirkungsvollste Gegenmittel gegen die Neue Rechte und deren gewalttätige Radikalisierung ist eine Politik demokratischer Umverteilung.**

»Wir müssen den Klassenkampf wieder auf die Tagesordnung bringen. Und das ist allein dadurch zu bewerkstelligen, dass man auf die globale Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten besteht ... Vielleicht ist eine solche globale Solidarität eine Utopie. Doch wenn wir nichts tun, dann sind wir wirklich verloren – und wir verdienen es, verloren zu sein«, schreibt der slowenische Philosoph Slavoj Žižek in der Streitschrift »Der Neue Klassenkampf«. Um handlungsfähig zu werden, müsse die Linke mit einigen Tabus brechen. Dazu gehöre die verbreitete Vorstellung, »der Schutz der eigenen Lebensweise sei an sich profaschistisch oder rassistisch«.

Den Sorgen der einfachen Leute, die um die Bedrohung der eigenen Lebensweise kreisten, könne auch von einem linken Standpunkt aus begegnet werden – Bernie Sanders, demokratischer Sozialist und Herausforderer von Hillary Clinton, sei der lebendige Beweis. Der Schutz der eigenen Lebensweise dürfe nicht als solcher zurückgewiesen werden. Vielmehr müsse gezeigt werden, dass eine Verteidigung durch Rechtspopulisten diese Lebensweise in viel größerem Maße bedrohe als »alle Einwanderer zusammen«. Ich fürchte, Zizek hat recht. Ohne die Frage nach demokratischer Umverteilung – nicht nur zwischen oben und unten, sondern auch zwischen starkem Exportsektor und abgewerteten reproduktiven Sektoren, zwischen starken und

schwachen Ländern in Europa und der Welt, zwischen Klimagewinnern und Klimaverlierern – anzugehen, kann die soziale Frage den Rechtspopulisten nicht mehr genommen werden. Deshalb wäre es auch für die Gewerkschaften und die politische Linke wichtig, Walter Korpi's Idee des demokratischen Klassenkampfes mit neuem Leben zu füllen. Dabei handelt es sich um einen Kampf, der ungeachtet aller Härte der Auseinandersetzungen, auf der Grundlage verbrieft ökonomischer und sozialer Rechte der Lohnabhängigen ausgetragen wird. Die Grundidee besagt, dass Konflikt und Dissens auch in Betrieb und Arbeitswelt eine Bedingung funktionierender Demokratie sind. Sie nicht anzugehen bedeutete, dem Rechtspopulismus und seiner autoritären

Ideologie das Feld zu überlassen.

#### Literatur

- Castel, Robert: *Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat*. VSA, Hamburg 2005
- Dörre, Klaus/Goes, Thomas/Schmalz, Stefan/Thiel, Marcel: *Streikrepublik Deutschland*. Campus, Frankfurt am Main 2016
- Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hg.): *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben*. VSA, Hamburg 2013
- Korpi, Walter: *The democratic class-struggle*. Routledge, London 1983
- Zizek, Slavoj: *Der neue Klassenkampf: Die wahren Gründe für Flucht und Terror*. Ullstein, Berlin 2015

## Für eine solidarische, demokratische und internationalistische Gesellschaft!

### Beschluss des Landesparteitages der LINKEN Baden-Württemberg vom 25./26. Juni in Stuttgart – „Die Aufgaben des Landesverbandes“

#### Die Ergebnisse der Landtagswahlen stellt DIE LINKE vor große Herausforderungen.

In Baden-Württemberg ist es uns trotz eines engagierten Wahlkampfes nicht gelungen, in den Landtag einzuziehen. Stattdessen hat es die AfD mit einer rassistischen und nationalistischen Sündenbockpolitik in drei Landtage geschafft. Im Stuttgarter Landtag gibt es eine deutliche Verschiebung nach rechts. Die grün-schwarze Landesregierung hat die sogenannte „schwarze Null“ zum obersten Gebot erklärt und weitere Verschärfungen in der Haushalts-, Sozial- und Innenpolitik angekündigt. Wir werden uns als Teil der außerparlamentarischen Opposition in Baden-Württemberg und vor Ort in den Kommunalparlamenten für politische Alternativen zur Profitorientierung der Landesregierung in wichtigen Bereichen wie dem Schul- und Bildungswesen, der Integration von Geflüchteten, dem Gesundheitswesen, der Wohnungswirtschaft, der Energie-, Struktur- und Verkehrspolitik einsetzen. Wir teilen die Kritik des Städte- und Gemeindetages an der sich abzeichnenden schwarz-grünen Sparpolitik gegenüber den Kommunen. Und wir unterstützen die Aufforderungen des Gemeindetages an die neue Landesregierung, dass „die notwendigen Mittel für die Infrastruktur nicht gegen die Ausgaben für die Flüchtlingshilfe und die Integration in den Kommunen ausgespielt werden dürfen“. Dafür streiten wir auch weiterhin mit unseren engagierten Kommunalpolitiker\*innen vor Ort.

#### Grün-Schwarz verschärft die soziale Ausgrenzung

Der Koalitionsvertrag bleibt selbst hinter den sozialpolitischen Wahlversprechen der CDU zurück. Ein gebührenfreies Kita-Jahr ist nicht vorgesehen. Das Gemeinschaftsschulkonzept der bisherigen Landesregierung wird eingefroren statt ausgeweitet. Gezielte Maßnahmen gegen Armut und Kinderarmut im Land sind nicht vereinbart. Eine Förderung von Schülerverkehren und Sozialtickets ist, im Gegensatz zu Regelungen in anderen Bundesländern, auch weiterhin nicht Regierungspolitik. Förderprogramme im Wohnungsbau soll es vorrangig für private Eigentümer geben, nicht für gemeinnützige, kommunale und soziale Wohnungsprojekte. Die neue Landesregierung lehnt eine Gesundheitskarte für Geflüchtete ab. Sie hat im Koalitionsvertrag weder ein Konzept vorgelegt für die Anschlussunterbringung der Geflüchteten in den Kommunen, noch für eine umfassende Integration in Bildung und Beruf.

#### Vorfahrt für Soziales und Kampf um Demokratie in Baden-Württemberg!

Seit Jahren steigen im ganzen Land und besonders in den Städten die Mieten und Energiekosten, bezahlbarer Wohnraum ist knapp geworden, prekäre Beschäftigung nimmt zu und die Verteilungskämpfe haben begonnen. Fünf Jahre Grün-Rot haben daran nichts geändert. Auch Grün-Schwarz wird daran nichts ändern - im Gegenteil. Auf der einen Seite droht eine Politik, die Soziales aus den Augen lässt und nur die Interessen der Wirtschaft in den Mittelpunkt rückt, während auf der anderen Seite der Ausbau des Verfassungsschutzes und die Vorratsdatenspeicherung vorangetrieben werden.

Wir Linke streiten weiter für bezahlbaren Wohnraum und Sozialtickets und Mobilität auf dem Land. Unsere Mitglieder engagieren sich in den sozialen Bewegungen, Initiativen und Jugendzentren, um vor Ort gesellschaftliche Mehrheiten für linke Ideen zu gewinnen. Wir wollen mehr Freiheit von Zwang und Überwachung durchsetzen, eine Stimme sein gegen Rassismus, Ausgrenzung und Krieg. Gemeinsam mit Sozialverbänden und Gewerkschaften setzen wir uns ein für eine gerechtere Verteilungspolitik, gegen Befristung, Leiharbeit und Lohndumping. Wir unterstützen die Erzieherinnen und Erzieher in ihrem Kampf um Aufwertung und beteiligen uns an der „Erneuerung durch Streik“-Konferenz. Die Aufwertung der sozialen Berufe muss durchgesetzt werden, ebenso mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

Uns kommt auch außerhalb des Landtags die Rolle zu, den Finger in die Wunde zu legen und aktiv zur Vernetzung und zum Aufbau einer Opposition zu Grün-Schwarz beizutragen. Mit unseren kommunalen MandatsträgerInnen und allen Mitgliedern werden wir in Baden-Württemberg eine soziale Offensive unter dem Motto „Wohnen, Mobilität und Kultur“ starten: Eine Sozialoffensive für Sozialtickets, Nulltarif und massiven Ausbau im öffentlichen Nahverkehr in den Kommunen, Vergünstigungen bei öffentlichen Dienstleistungen für Menschen mit geringem Einkommen, Beschlagnahme von spekulativen Leerstand bei Wohnungen, Büros und Gewerbeflächen, Bau von Mietwohnungen direkt durch die Kommunen, gemeinnützigen Wohnraum und höhere Mietzuschüsse für Hartz-IV EmpfängerInnen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Situation an den Kranken- und Pflegeeinrichtungen sein. Die Unterversorgung im Gesundheitssektor setzt Beschäftigte und PatientInnen nach wie vor massiv unter

Druck. Wir wollen Seite an Seite mit den Beschäftigten aus dem Pflegenotstand einen Pflegeaufstand machen. Nach dem Vorbild der Berliner Charité, wo Kolleginnen und Kollegen einen Personalschlüssel in der Pflege erstreiken konnten, unterstützen wir auch hier Verdi bei den Auseinandersetzungen für eine Personalmindestbesetzung. Darüber hinaus fordern wir über unsere Kreisratsabgeordneten die Kreise auf, an der Personalmindestbesetzung mitzuwirken.

Unsere Kampagne „Das muss drin sein“ ist dabei zentral. Sie muss überall in Baden-Württemberg sichtbar und Markenzeichen für DIE LINKE werden.

Gleichzeitig muss die Linke aber auch zentrale Forderungen im Kampf gegen Repression, für Demokratie und gegen Rechts vertreten und von der Landesregierung einfordern, was Grün-Schwarz blockiert: Der Sumpf im Lande bei den NSU-Verbrechen muss endlich aufgeklärt werden, anstatt die Geschehnisse zu verdunkeln. Die Polizeigewalt gegen aktiven Antifaschismus wird verstärkt mit Bodycams zur Vorbereitung von Anklagematerial gegen DemonstrantInnen. Statt die Kennzeichnungspflicht bei der Polizei einzuführen, haben die Grünen der Aufstockung des Verfassungsschutzes zugestimmt. Antifaschismus wird mit Polizeieinsätzen nieder gehalten, antifaschistische Arbeit und Aufklärung gegen Rechts erhalten nicht die nötige Landesunterstützung.

### **Gemeinsam gegen rechts und gegen soziale Spaltung: der AfD entgegentreten!**

Die AfD im Landtag ist eine Gefahr für uns alle. Wir wollen nicht zulassen, dass sich eine Partei bei uns etabliert, die mit ihrem bürgerlichen Anschein ihre Verbindungen zur Naziszene überdeckt. Ihre Mitglieder arbeiten eng mit der NPD zusammen, organisieren rechte Aufmärsche und sind geistige Brandstifter. Die AfD hetzt gegen Flüchtlinge und Muslime und betreibt die gesellschaftliche Spaltung. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Wir unterstützen das bundesweite Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ und sagen „Flüchtlinge willkommen - die Reichen sollen endlich zahlen“. Und als Internationalisten sagen wir: Solidarität statt Nationalismus und Ausgrenzung. Gerade vor Ort arbeiten wir aktiv in Bündnissen gegen Rechts mit und initiieren die Gründung solcher Bündnisse und Initiativen. Nie wieder heißt nie wieder!

Unseren Kampf gegen Rechts verbinden wir auch damit, die AfD in der Sozialpolitik zu stellen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie sich als Partei der kleinen Leute inszeniert und so versucht, die von Prekarisierung Betroffenen und Bedrohten zu täuschen, während sie diese politisch weiter ins soziale Abseits treiben will. Wir müssen den Betroffenen an Hand von konkreten Beispielen unserer Politik klar machen, dass DIE LINKE die einzige Partei ist, die ihre Interessen von erster Stunde an vertreten hat und weiterhin für diese Positionen im Bundestag, in Landtagen, in kommunalen Parlamenten und außerhalb von Parlamenten eintritt und streitet. Durch gezielte Hilfe und Unterstützung im Alltag wird unser sozialpolitisches Profil glaubhaft, sei es in der Auseinandersetzung mit den Jobcentern, den Behörden oder sonstigen öffentlichen Trägern. Wir müssen dabei auch deutlich machen, dass der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit nur gemeinsam mit den Betroffenen geführt werden kann und wir daher auf deren Unterstützung bei Wahlen und anderen politischen Auseinandersetzungen angewiesen sind. Zudem muss DIE LINKE stärker in den Gebieten hoher Wahlerfolge der AfD präsent sein.

Die AfD ist eine frauenfeindliche Partei und verfolgt ein rückwärtsgewandtes Familienbild. Damit negiert sie die Errungenschaften der Frauenbewegung. Sie erhält ihre Zustimmung und ihre WählerInnenstimmen für die reaktionären „Lösungsmuster“, die sie als Antworten auf gesellschaftliche und persönliche Veränderungen und Ängste signalisiert und mit denen sie vorhandenes rechtes Gedankengut bestärkt: nationale Abschottung, soziale Spaltung, menschenverachtende Feindlichkeit gegen alles „Fremde“. Wir wollen gemeinsam

mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften angreifen, um der drohenden Hegemonie von Rechts und der sozialen Demagogie der AfD entgegen zu treten.

### **Refugees welcome – gleiche Rechte und eine Zukunft für alle!**

Wir haben uns im Wahlkampf konsequent gegen die - auch von Grün-Rot umgesetzte - Abschiebepolitik ausgesprochen. „Refugees welcome“ bedeutet auch weiterhin: Umverteilung von Reichtum, Investition in Wohnungen und Arbeitsplätze und gleiche Rechte für alle. Angesichts der Lage der Flüchtlinge in Syrien, der Türkei und Griechenland müssen die von Kretschmann erst möglich gemachten Asylrechtsverschärfungen zurückgenommen werden.

Die Flüchtlingsfrage war das beherrschende Thema während der Wahlen. „Gleiche Rechte und eine Zukunft für alle“ sind die Antwort der LINKEN darauf. Das bedeutet für uns: Wohnungen, Schule, Ausbildung, Gesundheitskarte und Berufsarbeit für die Flüchtlinge. Das bedeutet ebenso: Verteidigung und Kampf um das Asylrecht, Kampf gegen die vorgelagerte deutsche Grenzabschottung und gegen den EU/Türkei-Deal.

Eine noch bessere Vernetzung der Flüchtlingsarbeit in ganz Baden-Württemberg ist nötig. Dafür wollen wir uns mit entsprechenden Initiativen zu unseren gemeinsamen Forderungen beraten und diese an die neue Landesregierung richten. So können wir auch in der Opposition Druck machen für eine humanere Flüchtlingspolitik!

### **Nein zu Krieg und Waffenexporten!**

Die Welt wird kriegerischer und die BRD ist in der Türkei und in Syrien mit der Bundeswehr direkt und indirekt an Waffenverkäufen an Kriegstreiber beteiligt. DIE LINKE bleibt dabei: Fluchtursachen bekämpfen und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung statt TTIP, CETA und Kriegseinsätze! Die grün-schwarze Landesregierung macht Werbung für TTIP und begründet das mit der Exportorientierung Baden-Württembergs. Wir werden die Grünen, die das bundesweite Anti-TTIP-Bündnis unterstützen, mit ihrer Doppelzüngigkeit in dieser Frage konfrontieren. Wir rufen auf zu den bundesweiten Demonstrationen am 17. September, u.a. in Stuttgart.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die Einstellung der Verfahren gegen die Kriegsgegner Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Zandberg-Harrich, die die illegalen Exporte von G36-Sturmgewehren durch die Firma Heckler & Koch nach Mexiko aufdeckten. Für ihre journalistische Leistung erhielten sie im April 2016 den Grimme-Preis.

### **Parteiaufbau im ganzen Land!**

Unsere Partei ist vor allem dort attraktiv, wo wir aktiv sind und uns kommunal einmischen: In Kommunalparlamenten, im Stadtteil oder Mieterinitiativen, in der Anti-Atom-Bewegung, dem Friedensbündnis oder Aktionsgruppen gegen Rechts. DIE LINKE will als Partei der sozialen Gerechtigkeit und der BürgerInnenrechte in die Gesellschaft wirken. Um dafür im ganzen Land handlungsfähig zu werden, brauchen wir Aktive vor Ort, die unsere Initiativen und Kampagnen ins Gespräch bringen und sichtbar machen. Im Jahr 2019 finden in Baden-Württemberg die nächsten Kommunalwahlen statt. Der Landesverband orientiert frühzeitig darauf, dass wir in allen Landkreisen und möglichst vielen Kommunen in der Lage sind, mit Listen der Partei DIE LINKE oder mit linken Bündnislisten antreten zu können. Unsere Partei sollte Konzepte für die Stärkung der Frauen in der Partei und für die Gewinnung von mehr Frauen entwickeln. Unser Ziel ist es alle Listen quotiert mit Männern und Frauen zu besetzen.

### **Bündnisarbeit und Strukturaufbau in Baden-Württemberg**

Bei der Landtagswahl konnten wir zwei Trends beobachten:

Wir konnten insbesondere in den größeren und den Universitätsstädten (Stuttgart, Freiburg, Heidelberg Tübingen) und in der Alterskohorte 18-25 Jahre deutlich zulegen. Gerade in diesen urbanen, weltoffenen Milieus tritt DIE LINKE häufig als Bündnispartner auf, auch in den Kommunalparlamenten. In den ländlichen Regionen sind wir schwach geblieben oder schwächer geworden. Wir brauchen eine flächendeckende Präsenz auch in Mittelstädten und kleineren Gemeinden, wenn wir zukünftig die 5 %-Hürde knacken wollen. Unsere Erfolge in den Städten wollen wir nun ausbauen und gleichzeitig einen nachhaltigen Strukturaufbau in der Fläche unterstützen. Auch in strukturschwächeren Regionen wollen wir linke Bündnisarbeit aufbauen und einer zunehmenden Hegemonie von Rechts linke Alternativen entgegenstellen. Dazu werden der Landesverband, die Regionalbüros und die Landesgruppe der Bundestagsfraktion die Kreisverbände verstärkt bei Initiativen unterstützen, damit wir im ganzen Land stärker werden.

In den ländlichen Regionen haben wir zu wenige Mitglieder, um unsere Organisationsstrukturen zu halten und zu stärken. Wir brauchen Ortsverbände und Stützpunkte, die in der Lage sind, eine kontinuierliche Arbeit zu machen. Wir brauchen deshalb regionale Entwicklungskonzepte für den Organisationsaufbau in der Fläche. Hierzu soll es gut vernetzten Stützpunkten ermöglicht werden, durch breite Unterstützung der Kreisverbände und aus den Regionalbüros, vor Ort Politik auch bereits mit wenigen Mitgliedern zu entwickeln und weitere Mitglieder zu gewinnen und zu betreuen. Begleiten wollen wir dies mit einer professionellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dem weiteren Ausbau der IT-Infrastruktur des Landesverbandes.

#### **Ausbau der innerparteilichen Bildung**

Ein wesentlicher Teil des Parteaufbaus ist auch die politische Bildungsarbeit. Wir nutzen u.a. Seminarangebote zur Ausbildung von Multiplikatoren „gegen Rechts“ und zum Organizing. Für die Koordination der Bildungsarbeit der Partei in den Regionen und Kreisverbänden sollen Bildungsverantwortliche benannt und eine ReferentInnenliste erstellt werden. Für Neumitglieder, für Kreisvorstände, für kommunalpolitisch Interessierte wird es jeweils gesonderte Angebote geben. Als Landesverband werden wir mit Hilfe der Landeskommission „politische Bildung“ ein Konzept erstellen, um die Arbeit der Mitglieder vor Ort zu unterstützen und neue

Mitglieder zu integrieren, denn jede und jeder Einzelne kann für uns einen großen Unterschied machen.

#### **Mitgliederoffensive und Angebote zum Mitmachen!**

Nach der Landtagswahl sind eine Reihe junger Menschen eingetreten. Das ist erfreulich und stellt uns als Landesverband breiter auf. Nun müssen wir an authentischen, offenen und einladenden Parteistrukturen arbeiten und neue Aktionsformen entwickeln, damit wir DIE LINKE attraktiv machen für weitere Neumitglieder und aktive Nicht-Mitglieder. Gegenwärtig nimmt die Mitgliederzahl der LINKEN im Land im Jahr um etwa 150 Mitglieder zu. Allerdings werden viele Neumitglieder nicht aktiv oder treten wieder aus. Darin sehen wir die Aufforderung, die Angebote für alle Arten von Aktivitätswünschen mit und in der LINKEN genauer zu erfragen und auszubauen. Als Mitgliederpartei wollen wir für unsere Mitglieder da sein, und nicht umgekehrt.

#### **Bundestagswahlkampf 2017 vorbereiten**

Die nächste wichtige Wahlauseinandersetzung für unseren Landesverband ist die Bundestagswahl im nächsten Jahr. Wir werden in allen 38 Wahlkreisen Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen und wir wollen eine Landesliste anbieten, mit der wir im Land erfolgreich Wahlkampf machen können. Ziel ist es, eine arbeitsfähige Landesgruppe mit sechs Abgeordneten aus Baden-Württemberg im Bundestag zu erreichen, mit der wir sowohl im Land als auch auf Bundesebene politischen Einfluss nehmen können. Zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes und zur Nominierung der Landesliste am 28. Januar 2017 werden Vorbereitungen in Kreisverbänden auf vier regionalen Mitgliederversammlungen im Herbst angeboten. Dort soll eine inhaltliche Diskussion mit Hinblick auf die Schwerpunkte des Bundestagswahlprogramms möglich sein. Die Bewerberinnen und Bewerber für die Landesliste sollen die Möglichkeit haben, sich der Diskussion mit den Mitgliedern zu stellen. Hier und jetzt für soziale Gerechtigkeit und für eine andere, eine solidarische, soziale und antirassistische Gesellschaft einzutreten ist Voraussetzung für ein gutes Ergebnis der LINKEN bei den Bundestagswahlen und ebenso ein Beitrag, die AfD zu schwächen und aus dem kommenden Bundestag zu halten.

*Hier der Link zur Parteitagrede von Landessprecherin Heidi Scharf: [http://www.die-linke-bw.de/uploads/media/Rede\\_Heidi\\_Scharf\\_Landesparteitag\\_2016.pdf](http://www.die-linke-bw.de/uploads/media/Rede_Heidi_Scharf_Landesparteitag_2016.pdf)*

## **Landesparteitag: Bericht aus Forum 3 / Handlungsfeld Kommunalpolitik**

Die etwa dreißig Interessierten zeigten, dass es Bedarf an kommunalpolitischer Auseinandersetzung innerhalb der Linken in Baden-Württemberg gibt. Und tatsächlich sind unsere linken Mandatsträger oftmals einzige soziale Opposition in den jeweiligen Gremien.

Begonnen wurde mit einem Vortrag von Florian Vollert, der im Landkreis Heilbronn Kreisrat ist. Thema war die erfolgreiche Einführung eines Sozialtickets im Stadt- und Landkreis Heilbronn. Dabei wurde klar, dass DIE LINKE alleine kaum erfolgreich sein kann, sondern mit Bündnispartnern zusammenarbeiten muss. Im Heilbronner Fall war es das Sozialforum, das sich dem Thema Sozialticket gewidmet hatte. Das Bündnis wurde von Gewerkschaftern und Sozialverbänden gegründet und wehrte sich gegen die Auswirkungen der Agenda 2010, wie etwa die 1-Euro-Jobs. Im Sozialforum waren immer auch Mitglieder und Mandatsträger der LINKEN aktiv. Vollert skizzierte den Weg des Tickets, das 2015 eingeführt wurde und nun für 20 Euro von allen Berechtigten gekauft werden kann. Berechtigte sind Hartz 4- und Grundsicherung im Alter-Bezieher\*Innen und Flüchtlinge. Stadt und Landkreis zahlen dann 26,30 Euro pro Ticket dazu, was dazu führt, dass im Heilbronner Gemeinderat bereits die Verwaltung mit der CDU gegen die Weiterführung des Tickets votiert hat. Noch waren sie unterlegen, aber das

Ticket wird wohl bei jeder Haushaltsberatung wieder auf den Prüfstand kommen.

Petra Braun-Seitz hat dann Anträge der LINKEN aus dem Reutlinger Kreistag vorgestellt. Das Thema war der soziale Wohnungsbau, der auch auf kommunaler Ebene vorangetrieben werden muss. In einem Antrag wurde gefordert, dass die Stadt Reutlingen den Neubau von bezahlbarem Wohnraum durch die Tochtergesellschaft GWG vorantreiben und Maßnahmen zur Umwandlung von Leerstand zu Wohnraum vorschlagen soll. In einem weiteren Antrag wird ein Baukonzept für gemischte Wohnformen gefordert, das die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen miteinbezieht.

In der anschließenden Diskussion über die Situation vor Ort wurde auch der Wunsch nach Kommunalpolitik ohne Mandatsträger vorgetragen. Nicht in allen Gemeinden und Kreisen sind wir mit Mandatsträger gesegnet, aber auch dort ist linke Kommunalpolitik wichtig. Über das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. soll dieser Wunsch nach Konzepten und Ideen gedeckt werden. Einen ersten Termin im Landkreis Rastatt wurde bereits beim Landesparteitag vereinbart. Weiter Infos zu linker Kommunalpolitik in Baden-Württemberg findet ihr unter [www.kompofo.de](http://www.kompofo.de).

## Landesparteitag: Bericht aus dem Forum 4

Über 30 Delegierte nahmen während des Parteitags am Forum Nr. 4 teil, das den Titel „Organisationsentwicklung, Mitglieder, Weiterbildung“ trug. Zu allen drei Themenfeldern wurden zunächst konkrete Probleme benannt, die in den Kreisverbänden bestehen, so z.B. unattraktive Angebote für Interessierte und Sympathisanten, fehlende kontinuierliche Arbeit und Organisation vor Ort sowie allgemein zu wenig aktive Mitglieder. Schnell zeigte sich, dass sowohl die Problemlagen als auch die Zielsetzungen in den Kreisverbänden ähnlich sind. Ergebnis des Forums: Spätestens seit dem vergangenen Landtagswahlkampf ist klar, dass DIE LINKE im ganzen Land mehr Aktive benötigt,

um mehr Aktivitäten in den Kreisverbänden durchführen zu können. Und mehr Aktivitäten führen zu mehr Außenwirkung und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Außerdem rückt der Bundestagswahlkampf 2017 näher und dafür will die Partei im ganzen Land gut gerüstet sein – sowohl inhaltlich wie personell. Es besteht also Handlungsbedarf. Daher bietet der Landesverband den Kreisverbänden ab Herbst 2016 eine vierteilige Seminar-Reihe an. Die Seminare dienen dazu, dass mehr Bürger in den Orts- und Kreisverbänden im Land aktiv mitmachen. Außerdem soll die Kampagnenfähigkeit und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Aktiven vor Ort verbessert werden.

## Weitere Beschlüsse des Landesparteitages

Auch die folgenden Beschlüsse wurden auf dem Landesparteitag verabschiedet

**„Gesundheitsversorgung für alle und in der Fläche“**  
Gesundheitsversorgung für alle und in der Fläche - mehr Personal im Krankenhaus - das muss drin sein!

- Angesichts von Krankenhausschließungen, Privatisierungen und Ärztemangel sagen wir: Gesundheit muss für alle gleichermaßen da sein. Für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen, für Geflüchtete. Und sie darf nicht vom Wohnort abhängen. Es braucht eine Gesundheitsversorgung in der Fläche – Ärztezentren oder Krankenhäusern braucht es auch auf dem Land.
- Eine gute Gesundheit hängt auch von der guten Arbeit der Beschäftigten ab. Die Unterbesetzung in der Pflege gefährdet deshalb uns alle. Dem Beispiel der Charité folgend setzen wir uns für bessere Personalversorgung der Krankenhäuser im Land ein. Insbesondere unterstützen wir die Bestrebungen der Beschäftigten an den Unikliniken für eine Mindestbesetzung in der Pflege und begleiten mögliche Aktionen unterstützend.
- Im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ wird die Situation an den Krankenhäusern und die Verbesserung der Personalsituation in der Pflege bis zur Bundestagswahl einen Schwerpunkt mit Veranstaltungen und Aktionstagen bilden.

**„Flucht ist kein Verbrechen!“**

DIE LINKE: Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer verhindern

Verhaftungen von Geflüchteten in Ausländerbehörden und aus Schulen stoppen!

DIE LINKE stellt sich entschieden gegen die Pläne der Bundesregierung die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen. Wir fordern die Landesregierung auf, insbesondere die Grünen und Ministerpräsident Kretschmann, sich in der Frage sofort klar zu positionieren und ihre Zustimmung im Bundesrat zu verweigern.

Die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten hat gravierende Auswirkungen auf das Asylverfahren von Menschen der betreffenden Herkunftsländer, gerade für besondere Risikogruppen aus Nordafrika wie politische Aktivistinnen und Aktivisten, Journalistinnen und Journalisten und homosexuelle Menschen. Ausschließlich die generelle und sorgfältige Prüfung des Einzelfalls kann den notwendigen Schutz bieten.

Zudem appelliert DIE LINKE an die Landesregierung Verhaftungen in Ausländerbehörden und Schulen zu unterbinden, die zunehmend zur Methode werden, seit die Landesregierung das Abschiebegefängnis in Pforzheim eingerichtet hat. Sie führen zu Angst unter allen Geflüchteten, die Ausländerbehörde zu betreten, um Ausweispapiere verlängern zu lassen und in die Schule zu gehen. DIE LINKE lehnt die Abschiebehaft konsequent ab und wendet sich gegen die geplante Erhöhung der Haftplätze in Pforzheim. Flucht ist kein Verbrechen!

**„Keine Alternative! Aufstehen gegen den Rassismus von AfD und Co“**

Der Landesverband beteiligt sich aktiv am Bündnis „Aufste-

hen gegen Rassismus“ und ruft seine Kreisverbände auf, im Rahmen der Kampagne vor Ort Aktivitäten zu initiieren, sich an lokalen Bündnissen zu beteiligen und die Mitglieder zu Stammtischkämpferinnen und -kämpfern auszubilden.

Der Landesvorstand wird beauftragt, die LAG Antifaschismus und entsprechende Bündnispartner dabei zu unterstützen, die Arbeit der AfD im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beobachten. Ihr wird auch materielle Unterstützung bei der Vernetzung mit Antifaschistischen Initiativen und Organisationen auf kommunaler und Landesebene zuteil. Der LAG wird breiter Raum in den Medien der Landespartei und auf der HP der Landespartei eingeräumt, um über die Aktivitäten zu berichten und mögliche Gegenaktionen anzustoßen. Der Landesverband ruft dazu auf, die bundesweite Großdemo am 3. September in Berlin zu unterstützen.

**„Eine sozial gerechte Bildungspolitik für alle in Baden-Württemberg“**

Eine Initiative „Eine sozial gerechte Bildungspolitik für alle in Baden-Württemberg“ starten.

**Ausgangslage:**

Baden-Württemberg ist bundesweit das Schlusslicht bei der sozialen Gerechtigkeit im Bildungswesen. Nirgends ist das Schulsystem so selektiv wie hier, d.h. soziale Unterschiede werden durch die Schule verstärkt. 20-25 % der jungen Menschen werden durch das Bildungswesen abgehängt. Die grün-schwarze Landesregierung, ein zukünftiger CDU-Kultusminister, die zunehmende Privatisierung des Bildungswesens u.v.m. verschärfen diesen Konflikt. Selbst die kleinen Reformen der bisherigen grün-roten Landesregierung haben eine konservativ-reaktionäre Gegenbewegung hervorgerufen. Das reaktionäre Rollback wird mit dem Erstarren der AfD vermutlich zunehmen. Die Landesregierung wird dem kaum etwas entgegenzusetzen (wollen). Gleichzeitig sind viele Menschen in diesem Land mit dem selektiven Bildungswesen unzufrieden. Sie wollen ein Bildungswesen, das die soziale Ungleichheit ausgleicht und ein Schlüssel zur Integration ist.

**Ziel:**

Die LINKE Baden-Württemberg entwickelt ein selbstbewusstes bildungspolitisches Profil. Entlang unserer Ziele - kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni (einschließlich kostenfreier Verpflegung an Kitas und Schulen) sowie gemeinsames Lernen von der Kita bis zur 10. Klasse - entwickeln wir in allen Parteigliederungen Kompetenz zu dem Thema und entwerfen ein attraktives Konzept für „Eine sozial gerechte Bildungspolitik für alle in Baden-Württemberg“.

**Schritte:**

- Den Orts- und Kreisverbänden werden im Rahmen der parteiinternen „Politischen Bildung“ ermöglicht, sich mit dem herrschenden selektiven Bildungswesen und alternativen Modellen auseinanderzusetzen. Diese Veranstaltungen sollen die Bereitschaft wecken, sich ein neues Bildungswesen vorzustellen. Es finden Veranstaltungen mit Referenten/innen aus der Wissenschaft, der Praxis und von Selbstorganisationen statt. In diesem

Rahmen werden eigene Vorstellungen und Fragestellungen entwickelt.

- Der Landesvorstand gibt einen geeigneten Rahmen, um die Mitglieder Diskussion zu bündeln und das bildungspolitische Profil weiter zu entwickeln und stellt einen Referenten/innenpool zusammen.
- Wir gehen auf potentielle Bündnispartner zu (Elternverbänden, Jugend-, Schüler, und Studentenorganisationen, andere Parteien, Gewerkschaften, NGOs etc.), um gemeinsame örtliche und landesweite Initiativen zu stärken oder aufzubauen und eine Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln.

Am Ende soll eine breite soziale Bewegung gegen das selektive Bildungswesen und für „Eine sozial gerechte Bildungspolitik für alle in Baden-Württemberg“ stehen.

### **Keine Fortsetzung der Exzellenzinitiative**

Am 16. Juli haben die Ministerpräsidenten der Länder der Fortsetzung der sogenannten Exzellenzinitiative der Bundesregierung zugestimmt. Die Delegierten des Landesparteitages verurteilen dabei die Zustimmung durch die Landesregierungen von Brandenburg und Thüringen, in denen DIE LINKE. vertreten ist.

### **„Kein Werben fürs sterben!“**

**Wir, die Linke LV Bawü unterstützen unseren Genossen Thomas Haschke bei seinen Verfahren. Kriminalisierung von Anti-Kriegsprotest stoppen! – Freispruch für Thomas**

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht sich zu versammeln, um zu protestieren sind verfassungsrechtlich besonders geschützt. Immer wieder versuchen jedoch Strafverfolgungsbehörden mit dem Vorwurf des Haus- oder Landfriedensbruches legitimen Protest gegen Krieg und Militär zu kriminalisieren. Krieg und Militär scheinen berechtigt zu sein, der Protest dagegen nicht – das ist jeder Demokratie unwürdig. Unser aller Solidarität ist gefragt! Auch in Stuttgart, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, soll der Aktivist Thomas bei den Protesten gegen einen Bundeswehr-Rekrutierungsstand auf der Ausbildungsmesse „Nacht der Unternehmen“ in der Liederhalle am 17. November 2015 Unrecht begangen haben. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft: Hausfriedensbruch nach § 123 StGB. Unabhängig von der Frage, ob die Person überhaupt am Ort war, ist es falsch, legitimen Protest auf der Messe mit einem Hausfriedensbruch gleichzusetzen und zu kriminalisieren. Es ist insbesondere eine Verhältnismäßigkeit zu überprüfen, bei der das Hausrecht mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung in Hör- und Sichtweite miteinander in Widerspruch stehen. Dies alles muss das Gericht nun klären, es ist zu hoffen, dass es, so es überhaupt dem Vorwurf der Staatsanwaltschaft folgt, dem Recht auf Versammlung und freie Meinungsäußerung in ihrer zentralen Bedeutung für die Demokratie den Vorzug gibt. Entscheidend ist es, den jungen Menschen vor dem Bundeswehrstand näher bringen zu können, dass diese sich nicht durch die Lockangebote für Aktion und Abenteuer der Bundeswehr ködern lassen. Protest muss in einer Demokratie jederzeit möglich sein und vor Ort bei einer öffentlichen Veranstaltung an die Beteiligten adressiert werden können. Politisch ist dieses von der Polizei bis zur Staatsanwaltschaft reichende Vorgehen skandalös. In einem Land, dass immer stärker militärische Gewalt zur Normalität erklärt, für das Kriege in aller Welt zur Gewohnheit geworden ist und das Militär immer mehr Einfluss in Politik und Gesellschaft einfordert, wird Protest zur Pflicht. Das betrifft insbesondere die Rekrutierungs- und Werbeauftritte der Bundeswehr an Schulen, auf Berufs- und Ausbildungsmessen, oder Veranstaltungen die gezielt auf Minderjährige abzielen. Selbst die Vereinten Nationen haben Deutschland für diese Praxis bereits gerügt. Die versuchte Kriminalisierung von Protest schließt damit an die strafrechtliche Verfolgung weiterer Antikriegsaktivistinnen und -aktivisten an. So ermittelt die Staatsanwaltschaft München gegen den Rüstungsgegner und Grimmepreisträger Jürgen Grässlin wegen des Buchs „Netzwerk des Todes“, in

dem illegale Waffengeschäfte nach Mexiko enthüllt wurden. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt gegen Herrmann Theisen, der vor dem Atomwaffenlager Büchel über Flugblätter Soldatinnen und Soldaten auffordert, die Geheimniskrämerei um die Nuklearsprengköpfe zu brechen. Gegen die Kriminalisierung von Anti-Kriegsprotest, für die Solidarität mit dem AktivistInnen!

### **„Keine Teilnahme an den Königsbronner Gesprächen“**

Aufforderung an Abgeordnete und Funktionäre / Funktionärinnen, nicht mehr an dem Militärspektakel „Königsbronner Gespräche“ teilzunehmen. Der Landesverband Baden-Württemberg unterstützt das Anliegen des Kreisverbands Ostalb, die widersprüchliche Situation aufzuheben, dass DIE LINKE. gegen die „Königsbronner Gespräche“ protestiert und demonstriert, während linke Abgeordnete an der Militärveranstaltung als Referent teilnehmen. Der Landesverband Baden-Württemberg fordert Abgeordnete oder andere Funktionäre / Funktionärinnen der Partei dazu auf, an diesen Gesprächen in Zukunft nicht mehr teilzunehmen.

### **„Solidarität mit den Streikenden in Frankreich!“**

Seit 3 Monaten protestieren hunderttausende Menschen in Frankreich mit Streiks, Demonstrationen und Platzbesetzungen gegen die geplanten Gesetzesänderungen der Regierung Hollande. Mit dem sogenannten „Loi du travail“ will die sozialdemokratische Regierung den Kündigungsschutz drastisch reduzieren, betriebliche Vereinbarungen an die Stelle von Branchentarifen setzen und die Arbeitszeiten verlängern. Da es im Parlament keine Mehrheit für das Gesetz gab, hat Präsident Hollande es mit Hilfe einer Notverordnung durchgesetzt. Das „Loi du travail“ ist der Versuch, die Angriffe auf die Beschäftigten nach dem Vorbild von Agenda 2010 und Hartz IV durchzusetzen. Wie bereits in anderen europäischen Ländern gibt es jetzt in Frankreich Widerstand. Menschen organisieren sich selber auf der Suche nach einer Alternative zur herrschenden Politik. Die Abstimmung mit den Füßen, der Protest auf der Straße kann eine solch unsoziale Politik noch stoppen. Unsere Solidarität gilt den Menschen in Frankreich und ihrem Kampf gegen das neoliberale Loi du travail! Für ein Europa der Résistance! Hoch die internationale Solidarität!

### **.... und mit dem Widerstand gegen die französische Agenda 2010**

Der Landesparteitag DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit den Streiks, Demonstrationen, Versammlungen, Nuit debouts, Blockaden und Betriebsbesetzungen in Frankreich gegen die an die Agenda 2010 angelehnte Arbeitsmarktreform. Wir verurteilen die Gewaltexzesse der Polizei gegen Demonstranten und Streikende und die Kriminalisierung der Bewegung. Die Notstandsgesetze der Regierung, die Frankreich angeblich vor Terroranschlägen schützen sollen, sollen in Wirklichkeit die Regierung vor dem berechtigten Unmut der Bevölkerung schützen. Wir sind beeindruckt davon, dass sich seit Ende März eine Bewegung aufgebaut, die die Jugend, die Arbeiter, Angestellte, Migranten und Einheimische erfasst hat. Mit dem achten Aktionstag wurde die Bewegung zur härtesten Auseinandersetzung der vergangenen Jahre und hat europaweite Ausstrahlung. Es ist nicht nur ein Schlag gegen die Regierung Hollande sondern auch gegen die EU-Kommission, die die Politik des Sozialabbaus in Frankreich mit betreibt. Die bereits gemachten Rückzieher der Regierung und die Polizeigewalt haben den Widerstand gegen die Arbeitsmarktreform bisher nicht beschwichtigt. Im Gegenteil. Die Zeichen stehen weiter auf Sturm. Und das ist gut so. Die derzeitige Bewegung in Frankreich zeigt, dass Rassismus und Islamophobie durch den gemeinsamen sozialen und politischen Kampf in den Hintergrund gedrängt und bekämpft werden kann. Frankreich zeigt, dass der Kapitalismus auch in Europa immer mehr Länder in den Abgrund stürzt. Auf kapitalistischer Grundlage gibt es keinen Ausweg. Die regierende „Sozialistische Partei“ und ihr Präsident Hollande sind keine Lösung des Problems, sondern Teil des Problems. Mit ihrer gegen die Arbeiterklasse und Jugend gerichteten Poli-

tik diskreditieren sie den Sozialismus.

### **Solidarität mit den Parlamentsabgeordneten der HDP und den Bürgermeister der DBP**

DIE LINKE. Wir stellen uns entschieden gegen die Aufhebung der Immunität und drohenden Prozesse gegen die Parlamentsabgeordneten der HDP und gegen die Amtsenthebung der Bürgermeister\*Innen der DBP in den kurdischen Provinzen. Wir fordern von der Bundes- und Landesregierung, dass sie sich gegenüber der türkischen Regierung für die gewählten HDP- und DBP-Vertreter\*Innen und den Erhalt demokratischer Strukturen in der Türkei einsetzen.

Die Bundes- und Landesregierung müssen sich für einen sofortigen Stopp der Zerstörung kurdischer Städte durch die türkische Armee und die Ermöglichung der Rückkehr der halben Millionen geflüchteten Menschen einsetzen. Die Türkei ist kein sicheres Herkunftsland und muss von dieser Liste gestrichen werden. Von der Landesregierung fordern wir, dass sie sich für einen sofortigen Stopp aller Rüstungsgüter in die Türkei einsetzt.

DIE LINKE Baden-Württemberg wird einen Dialog und eine Zusammenarbeit der Kommunalpolitik unterstützen und noch im Herbst eine kommunalpolitische Konferenz mit der HDP/DBP anstreben.

### **„Die Europäische Union neu begründen“ Ausgangslage**

Die Europäische Union erlebt momentan eine tiefgreifende Krise: Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008-2009 bricht wieder auf. Dies zeigt sich an neuen Drohungen der Troika gegenüber Griechenland, am Ausgang des Referendums über den Brexit, an der Bankenkrise in Italien und an den Reaktionen auf die Panama-Papiere. Hinzu kommen ungelöste Probleme wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit und das Stocken der TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA.

Der Umgang der EU mit der Flüchtlingskatastrophe, die Forcierung der Freihandelsabkommen (TTIP, CETA, TISA, EPA) und vor allem das Diktat gegen Griechenland zeigt, dass die EU neoliberal, undemokratisch und militaristisch ist.

Offen wird die Krise auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen. Mit brutaler Gewalt, fundamentalen Menschenrechtsverletzungen und dem Zerbrechen eines Minimalkonsenses zwischen den EU-Mitgliedstaaten (Dublin-Abkommen) wird die Festung Europa ausgebaut. Die Ungleichgewichte und die Verschärfung der sozialen und ökonomischen Spaltung zwischen den kapitalistischen EU-Staaten beantworten die Regierungen mit Scheinlösungen wie Demokratie-Abbau (Bundeswehreinsetzung im Inneren, Ausnahmezustand in Frankreich) und verstärkten Militär- und Kriegseinsätzen außerhalb der EU. Die herrschenden Eliten sind nicht in der Lage, die Krise konstruktiv zu lösen, sondern verlagern sie nur und lenken davon ab, dass sie die Krise und Flüchtlingsbewegung verursacht haben. Europa braucht einen sozialen, demokratischen und friedlichen Neustart durch Aufbau einer solidarischen, toleranten Zivilgesellschaft.

Gesellschaften, die sich in der Geschichte der Menschheit nach außen abgeschottet haben, hatten und haben keine Zukunft. Nur offene Gesellschaften, die sich Herausforderungen stellen und anderen Ideen und Kulturen öffnen, können sich entwickeln. Eine Rückkehr zu konkurrierenden Nationalstaaten befördert Rechtsextremismus im Innern und Kriege nach außen – das lehrt die Geschichte.

Es muss Alleinstellungsmerkmal der LINKEN sein, dass wir konkrete Tagesforderungen gegen die Verarmungspolitik mit der Utopie einer neuen europäischen Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene verbinden. So sollten wir entsprechend der Losung „Global denken – lokal handeln“ den Aktionen gegen die Steuerflucht nach Panama mit der Notwendigkeit einer Vermögenssteuer zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben verknüpfen.

**Für das Thema einer neuen solidarischen Zivilgesellschaft**

### **sind drei Punkte nötig.**

Der erste grundlegende Punkt ist die Neubelebung und Verteidigung der Menschenrechte: Kein Mensch ist illegal – illegal sind die vom internationalen Kapital verursachten Fluchtursachen wie Krieg, Hunger, Elend und Zerstörung von Lebensraum, die aktuell Millionen Menschen zwingen, ihre Heimat und ihre Familie zu verlassen. Die Spaltung der Flüchtlinge in solche aus Bürgerkriegsländern und in solche aus angeblichen „sicheren Herkunftsstaaten“ ist Willkür und verstößt gegen fundamentale Menschenrechte. Hier brauchen wir eine Auseinandersetzung (und eigene Schulung) mit Hilfe von Veranstaltungen zu vier Aspekten:

- a. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, kurz: UN-Sozialpakt (1966)
- b. den ökonomischen und ökologischen Fluchtursachen in Afrika und Asien, verbunden mit einer Kritik der EU-Handelspolitik (inklusive ihrer Verschärfung durch CETA und TTIP)
- c. Macht der Banken und Konzerne über die EU
- d. Ablehnung des Lissabon-Vertrags inklusive der Verpflichtung zur militärischen Aufrüstung und Ablehnung der EU-Militär- und Kriegseinsätze.

Der zweite Punkt ist der Kampf gegen die wachsende soziale Spaltung in unserer Gesellschaft durch Hartz IV, Niedriglöhne und Armut. Sie entwürdigt immer größere Teile der Bevölkerung und verhindert die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dagegen wächst der Widerstand von DGB, Paritätischem, Kinderschutzbund und kirchlichen Organisationen, mit denen wir uns verbünden müssen.

Der Kampf für eine soziale Zukunft ist Grundlage, um Rechtsextremismus und Rassismus in Deutschland und in der EU zu bekämpfen und diesen Kräften den Boden zu entziehen. Dazu hat DIE LINKE zahlreiche Beschlüsse gefasst, die wir offensiver vor Ort umsetzen müssen.

Der dritte Punkt verfolgt das Motto: Menschenrechte kennen keine nationalen Spaltungen – für eine solidarische Politik im Inneren der Gesellschaft. Dies umfasst Aktionen und Veranstaltungen für eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, für ihre sofortige Integration in Sprachkurse, den Arbeitsmarkt bzw. Ausbildung und für eine Gesundheitskarte. Hier verbinden wir tagespolitische Forderungen mit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus.

Dabei können und müssen wir uns stützen auf das größte Engagement vieler Menschen seit dem Zweiten Weltkrieg. Das solidarische Engagement für eine bisher einmalige „Willkommenskultur“ ist der politische Kern der aktuellen Krise, gegen den die Herrschenden im Inneren vorgehen wollen.

### **Beschlüsse zur Organisationsarbeit**

#### **„Einrichtung einer barrierefreien Landesgeschäftsstelle in Stuttgart“**

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg beschließt, eine barrierefreie Landesgeschäftsstelle in Stuttgart, wenn möglich noch vor der Bundestagswahl 2017 anzumieten. Der Landesvorstand legt halbjährig einen Bericht zum Stand einer barrierefreien Landesgeschäftsstelle in Stuttgart vor.

#### **Regionalkonferenzen und regionale Bildungsangebote**

Der Landesparteitag befürwortet die Durchführung regionaler Bildungsangebote zu Inhalten- und Methoden politischer Arbeit (z.B. PR-Arbeit, Organizing, Straßentheater, aufsuchender Wahlkampf, Kampagnenarbeit)

#### **„Mitglieder- und Bildungskonzept“**

Der Landesvorstand wird aufgefordert, ein landesweites Bildungskonzept für politische Schulungen und ein Mitgliederwerbekonzept zu entwickeln. Diese Konzepte werden den Kreisverbänden einschließlich der Materialien (Werbeträger usw.) zur Verfügung gestellt. Regionale Nähe und Erreichbarkeit sind dabei zu berücksichtigen.



### Geschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

### Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

### Geschäftsführender Landesvorstand

Mails (wenn nicht anders vermerkt) info@die-linke-bw.de, Elvis Capece, Kathleen Kamp-rath (Landesschatzmeisterin), Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart • Sahra Mirow, sahra.mirow@die-linke-bw.de • Barbara Rochlitzer, b.rochlitzer@die-linke-stuttgart.de • Heidi Scharf, heidi.scharf@die-linke-bw.de • Dirk Spöri, dirk.spoeri@die-linke-bw.de • Bernhard Strasdeit (Landesgeschäftsführung), Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, Mail: strasdeit@die-linke-bw.de

### Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

### Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00, BIC: PBNKDEFF BLZ: 60010070, Konto 289582700

### Kreisverbände

#### Baden-Baden/Rastatt

Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Iltingen, 07245/6051, Mail: norbert.masson@web.de, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

#### Biberach

Ralph Heidenreich, 07351/575708, ralph@ralph-heidenreich.de www.die-linke-biberach.de

#### Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Wilhelmstraße 31, 88045 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6 01 72 44, eMail: detlef.boehner@dielinke-bodensee.de

#### Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.:

01738262633, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

#### Breisgau/Hochschwarzwald

siehe auch Regionalbüro Freiburg, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

#### Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

#### Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

#### Esslingen

Heinrich Brinker, Telefon: 0171/4239869, Mail: heinrich\_brinker@t-online.de, Net: www.die-linke-esslingen.de

#### Freiburg

Kreisgeschäftsstelle, Karlstr. 10, 79098 Freiburg, Tel: 0761-29 28 07 30, info@dielinke-freiburg.de, www.die-linke-freiburg.de

#### Freudenstadt

Über Landesgeschäftsstelle

#### Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen Mail: t.edtmaier@dielinke-göppingen.de

#### Heidelberg / Badische Bergstraße

Kreisgeschäftsstelle Theodor-Körner-Str. 7 69115 Heidelberg kreisvorstand@dielinke-kv-heidelberg.de www.die-linke-hd.de

#### Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@voith.com

#### Heilbronn

Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

#### Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Kai Bock, 01726910468, kai.bock@die-linke-sha.de, http://die-linke-sha.de

#### Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

#### Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

#### Kraichgau-Neckar-Odenwald

Christian Anschütz, Eleonore Ortgies, Gerold Seitz; Tel.: 072616596000 Email: Info@die-Linke-KNO.de Web: www.die-Linke-Kno.de. Postanschrift über: c/o WK-Büro Michael

Schlecht, T6 37, 68161 Mannheim

#### Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinke-loerrach.de

#### Ludwigsburg

Sebastian Lucke, Mobil: 0175 564 99 35, Mail: sebastian.lucke@hotmail.de; Web: http://www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

#### Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

#### Mannheim

DIE LINKE. Mannheim T6, 37 68161 Mannheim Tel.: 0621/1227218 E-Mail: info@dielinke-ma.de www.dielinke-ma.de

#### Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenu.de

#### Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

#### Pforzheim

Claus Spohn, claus.spohn@online.de, www.die-linke-pforzheim.de

#### Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m\_konie@web.de, www.die-linke-ravensburg.de

#### Rems-Murr

Stephan Kober, stepahn.kober@die-linke-rems-murr.eu Net: http://linke-bw.de/kv-rems-murr/

#### Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

#### Rhein-Hardt

Heinrich Stürtz, Tel. 06221/6738478, h.l.stuertz@gmx.net, www.die-linke-rhein-hardt.de

#### Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikő Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

#### Sigmaringen

Über Landesgeschäftsstelle

#### Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

#### Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

#### Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

#### Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754- 929243, paul.barrois@web.de

#### Zollernalb

Andreas Hauser, Meßstetten, mobil: 0152/56602713 Mail: A.u.T.Hauser@t-online.de

### Zusammenschlüsse

#### LAG Antikapitalistische Linke

AKL, Werner Ott, w.ott@dielinke-stuttgart.de

#### LAG Antifa

Dagmar Uhlig, Reinhard Neudorfer, 07151-54806, ckramer-neudorfer@onlinehome.de,

#### LAG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 0162-2352964, mail@stefandreher.de

#### LAG Bildung

Sabine Skubsch, lag-bildung@kabelbw.de

#### LAG Bürgerrechte und Demokratie

Dr. Edgar Wunder, 0151-22671258, mail@edgarwunder.de

#### LAG Forum Demokratischer Sozialismus

Marco Radojevic, Sierenmoostr. 1. 78464 Konstanz, Tel. 01523 434 7561, Mail: marco.radojevic@gmx.de.

#### LAG Frieden

Thomas Haschke, 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

#### LAG Frauen

Heide Hepach, Sahra Mirow, sahra.mirow@die-linke-bw.de

#### LAG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 0761-131516, lothar\_schuchmann@gmx.de

#### LAG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun, evamaria\_glathe@gmx.de

**LAG Hartz 4**

Jürgen Steinhof, 0171/1949775, steinhof55@hotmail.com

**LAG Kommunistische Plattform**

Renata Eckhoff, 07331-66520, renata.eckhoff@t-online.de

**LAG Linke Unternehmer/innen**

Volker Bohn, 0151-14906528, volker.bohn@dielinkeunterland.de

**LAG Ökologische Plattform**

Wolfgang Kämmerer, mail@wolfgangkaemmerer.de

**LAG Queer**

Christian Stähle, 0171-9181900, Stadtrat-Staehle@gmx.de

**LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik**

Gotthilf Lorch, 07071-369783, gotthilf.lorch@amici-tue.de

**Hochschulgruppen  
DIE LINKE.SDS**

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: die-linke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

**Linksjugend [‘solid]**

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

**Bundestags-  
abgeordnete**

**Regionalbüro  
Ostwürttemberg**

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

**Wahlkreisbüro Heike Hänsel**

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heikehaensel.de • Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heikehaensel.de

**Wahlkreisbüro Karin Binder**

Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe. Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de • Regionalbüro Freiburg, Karlstr. 10, 79098 Freiburg, Tel: 0761-29 28 07 30, info@dielinke-freiburg.de, www.die-linke-freiburg.de

**Wahlkreisbüro Michael  
Schlecht**

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net

Stuttgart Bürgerbüro, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart; michael.schlecht@wk.bundestag.de

**Wahlkreisbüro Annette  
Groth**

Wilhelmstr. 31, 88045 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6 01 72 43, Tel.: 07541/6 01 72 44, annette.groth.wk@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Richard  
Pitterle**

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

**Kommunalmandate**

Aufgeführt sind die alle bekannten Mandatsträger/innen, die Mitglieder der LINKEN sind oder über (Bündnis-)Listen der LINKEN gewählt wurden.

**Regionalversammlung  
Stuttgart**

Wolfgang Hoepfner (Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org), Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org), Christoph Ozasek (Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org), Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de)

**Kreistage**

**BIBERACH:** Ulrich Widmann (uliwidmann@aol.com); **BÖBLINGEN:** Markus Arnold (markus.arnold.bb@gmx.de), Norbert Fülßinger (nfuessinger@web.de), Brigitte Ostmeyer (brigitte.ostmeyer@die-linke.de); **BODEN-SEE:** Roberto Salerno (roberto.salerno@gmx.de), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ESSLINGEN:** Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de), Jochen Findeisen (attacht@yahoo.de), Reinhold Riedel (reinhold.riedel@tele2.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de); **HEIDENHEIM:** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de); **HEILBRONN:** Johannes Müllerschön (johmuellerschoen@nexgo), Florian Vollert (florian.vollert@gmx.de); **HOHENLOHE:** Ernst Kern (ernstkern@gmx.de); **KARLSRUHE:** Jürgen Creutzmann (creutzmannjuergen@web.de); **KONSTANZ:** Marco Radojevic (marco.radojevic@gmx.de), Hans-Peter Koch (hpk.kn@t-online.de); **LUDWIGSBURG:** Hans-Jürgen Kemmerle (kemmerle\_ludwigsburg@yahoo.de), Peter Schimke (peter.schimke@gmx.de), Walter Kubach (walter.kubach@t-online.de), Annegret Jeziorski (taz\_anne2003@yahoo.de);

**MAIN-TAUBER:** Rolf Grüning (rechtsanwalt-gruening@t-online.de); **ORTENAU:** Andreas Kirchgeßner (solylibertad@web.de), Lukas Obwald (lukas.forstarbeiten@gmx.de); **OSTALB:** Veronika Stossun (stossun@online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **RAVENSBURG:** Till Bastian (t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de), Wolfgang Nippe (nippe@posteo.de); **REMS-MURR:** Stephan Kober (st.kober@arcor.de), Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **REUTLINGEN:** Petra Braun-Seitz (p.braunseitz@t-online.de), Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de); **RHEIN-NECKAR:** Edgar Wunder (mail@edgarwunder.de), Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Detlef Gräser (d.graeser@web.de), Mandy Vacklahovsky (vacklahovsky@gmail.com); **TÜBINGEN:** Bernhard Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Margit Paal (maggie@lu15.de), Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Gisela Kehrer-Bleicher (kehrer-bleicher@t-online.de); **WALDSHUT:** Norbert Portele (portelegreiner@t-online.de); **ZOLLERNALB:** Andreas Hauser (a.u.t.hauser@t-online.de)

**Stadt- und Gemeinderäte**

**AALEN:** Roland Hamm (roland.hamm@gmx.de), Cora Berreth (coraberreth@gmx.de); **BAD SÄCKINGEN:** Angelo de Rosa (2066@freenet.de); **BIBERACH:** Ralph Heidenreich (ralph@ralph-heidenreich.de); **BRACKENHEIM:** Volker Bohn (volker.bohn@die-linke-heilbronn.de); **BRETTEN:** Hermann Fülberth (h.fuelberth@gmx.de); **BRUCHSAL:** Thuriid Feldmann (info@thurid-feldmann.de); **FELLBACH:** Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **ESSLINGEN:** Werner Bolzhauer (kulturamrande@kulturamrande.de), Tobias Hardt (tobiashardt@web.de); **FREIBURG:** Michael Moos (michael.moos@linke-liste-freiburg.de), Hendrikk Guzzoni (hst.guzzoni@web.de), Ulrike Schubert (ulmischubert@gmx.de), Lothar Schuchmann (lothar\_schuchmann@gmx.de); **FRIEDRICHSHAFEN:** Josef Mayer (seppmayer@buchholz6.de); **GEISLINGEN:** Holger Schrag (holger.schrag@sch-it.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de), Hüsnüye Yalcinkaya; **HEIDELBERG:** Sahnra Mirow (sahramirow@googlemail.com), Bernd Zieger (ziegerb@t-online.de); **HEIDENHEIM:** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de), Norbert Fandrich (lisa.fandrich@t-online.de); **HEILBRONN:** Hasso Ehinger (ehinger.hasso@web.de); **KARLSRUHE:** Nikolaos Fostiropoulos (niko@fostiropoulos.de), Sabine Zürn (sabinez@viacanale.de); **KONSTANZ:** Holger Reile (h.reile@seemoz.de), Anke Andrea Schwede (anke.schwede@polyma.com); **KORNWESTHEIM:** Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org); **LAHR:** Lukas Obwald (lukas.forstarbeiten@gmx.de), Sonja Rehm (sonja.kucha@googlemail.com); **LEONBERG:** Gitte Hutter (gitte.hutter@leo-linke.de); **LÖRRACH:** Mateo Di Prima (m.diprima@web.de); **MANNHEIM:** Thomas Trüper (thomas.trueper@mannheim.de), Göky Akbulut (goekayakbulut@gmail.com); **PFORZHEIM:** Claus Spohn (claus.spohn@online.de), Peter Pfeiffelmann (info@dielinke-pforzheim.de); **REUTLINGEN:** Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de), Jessica Tatti (jessica.tatti@gmx.de); **ROTTENBURG AM NECKAR:** Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Christian Hörburger (hoer.obernau@t-online.de); **SCHWÄBISCH GMÜND:** Sebastian Fritz (seba\_fritz8@web.de), Hubert Buchstaller (chirurgie-buch@t-online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **SINDELINGEN:** Richard Pitterle (richard.pitterle@linke-bb.de), Margarete Mohr (peggy\_mohr@gmx.de); **SIPPLINGEN:** Manuel Müller (mueller.siplingen@gmx.de); **STUTTGART:** Thomas Adler (tomadler@01019freenet.de), Laura-Zarita Halding-Hoppenreit (lauraskingsclub@aol.com), Christoph Ozasek (Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org); **TÜBINGEN:** Gerlinde Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Gotthilf Lorch (gotthilf.lorch@amici-tue.de), Gitta Rosenkranz (gh.rosenkranz@googlemail.com), Felix Schreiber (felix.s@hotmail.de); **ÜBERLINGEN:** Monika Behl (monikabehl@gmx.net), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ULM:** Uwe Peiker (uwe.peiker@t-online.de), Doris Schiele (dorisschiele@gmx.net); **VAIHINGEN AN DER ENZ:** Peter Schimke (peter.schimke@gmx.de) **WEINHEIM:** Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Matthias Hördt (mhoerdt@gmx.net); **WALDSHUT-TIENGEN:** Paul Klahn (paulhklahn@gmx.net)



